



DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Soziale Nachhaltigkeit und Stadtentwicklungsplanung
am Beispiel des Wiener Stadtentwicklungsplans 2005“

Verfasser

Werner Fulterer

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2008

Studienkennzahl lt.
Studienblatt:

A 122 300

Studienrichtung lt.
Studienblatt:

Soziologie, geisteswissenschaftl. Stzw.

Betreuerin / Betreuer:

Ao. Univ.-Prof. Dr. Christoph Reinprecht

Meinen Eltern gewidmet.

Ich versichere, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig verfasst habe. Ich habe keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt. Ich habe die Arbeit bzw. Teile davon weder im In- noch im Ausland einer Beurteilerin / einem Beurteiler zur Begutachtung als Prüfungsarbeit vorgelegt.

Wien, Oktober 2008

Fulterer Werner

.....

1. Einleitung.....	7
2. Sozial nachhaltige Entwicklung.....	10
2.1 Nachhaltigkeit als politischer Begriff.....	10
2.1.1 ‚Earth-Summit‘	11
2.1.2 Österreich.....	12
2.2 Grundlagen des Nachhaltigkeitsbegriffs.....	13
2.2.1 Einbindung der Bevölkerung.....	16
2.2.2 Wirtschaftliche Nachhaltigkeit	18
2.2.3 Ökologische Nachhaltigkeit.....	21
2.3 Soziale Nachhaltigkeit	24
2.3.1 Messen sozialer Nachhaltigkeit	28
2.3.1.1 Nachhaltigkeitsindikatoren der Vereinten Nationen.....	30
2.3.1.2 Nachhaltigkeitsindikatoren der Europäischen Union	31
2.3.1.3 Nachhaltigkeitsindikatoren der österreichischen Bundesregierung.....	33
3. Stadtentwicklungsplanung und soziale Nachhaltigkeit	34
3.1 Stadt als sozialer Lebensraum.....	34
3.2 Raum und Stadtentwicklung.....	36
3.3 Stadtentwicklungsplanung	39
3.3.1 Herausforderungen für die Stadtentwicklungsplanung.....	45
3.3.1.1 Wirtschaft, Image.....	45
3.3.1.2 Bevölkerungsrückgang	50
3.3.1.3 Wohnen, Zersiedelung	52
3.3.1.4 Mobilität.....	54
3.3.1.5 Segregation	56
3.3.1.6 Ressourcenverbrauch und räumliche Strukturen	59
3.4 Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklungsplanung	60
3.4.1 Soziale Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklungsplanung	65
3.4.1.1 Nutzungsmischung.....	65
3.4.1.2 Öffentlicher Raum	67
3.4.1.3 Leitbilder sozial nachhaltiger Stadtentwicklungsplanung	68
3.4.1.4 Partizipation	71

4. Der Wiener Stadtentwicklungsplan STEP 05	72
4.1 Inhalt und Funktion	74
4.2 Ziele und Prinzipien des STEP 05	79
4.3 Der Nachhaltigkeitsbegriff im STEP 05	85
4.3.1 Soziale und gesellschaftliche Nachhaltigkeit.....	88
4.3.1.1 Daseinsvorsorge, Gesundheit.....	88
4.3.1.2 Bildung und Wissenschaft	89
4.3.1.3 Kultur und Kunst.....	90
4.3.1.4 Soziale Teilhabe – Diversität	90
4.3.1.5 Gender Mainstreaming.....	91
4.3.1.6 Partizipation	92
4.3.1.7 Stadtbild und Identität.....	92
4.3.2 Verankerung der Prinzipien sozialer Nachhaltigkeit in den Handlungsfeldern des STEP 05	93
4.3.3 Zusammenfassung.....	97
5. Schluss	100
6. Abbildungsverzeichnis.....	104
7. Literatur.....	104
8. Anhang	116

1. Einleitung

Städte sind als komplexe gesellschaftliche Gebilde dynamischen Entwicklungsprozessen ausgesetzt und sind für innere und äußere Einflüsse offen. Ihr Erscheinungsbild und ihre Funktionen sind immer auch Ergebnis vergangener und gegenwärtiger gesellschaftlicher Prozesse und Entwicklungen, die sie gleichzeitig als dominante Siedlungs- und Organisationsform mit beeinflussen. Gesellschaft kann hier, bei einer Masse von auf engem Raum und in unmittelbarer Nähe zu politischen Institutionen und wirtschaftlichen Strukturen zusammenlebenden Menschen, neue Dynamiken mit gesamtgesellschaftlicher Relevanz entwickeln; Städte sind somit auch Motoren des gesellschaftlichen Wandels. Eine bewusste Steuerung der Stadtentwicklung ist aber nur innerhalb enger Grenzen machbar: die Freiheit des Individuums, Misstrauen gegenüber explizit ausgeübten politischen Steuerungsfunktionen und die Unmöglichkeit, gesellschaftliche Komplexität in all ihren Details zu erfassen und in ihren Wechselwirkungen angemessen einzuschätzen, begrenzen die Reichweite direkter, gezielter Interventionen durch politische oder administrative Institutionen. Die Stadtentwicklungsplanung muss daher, so sie denn einen Anspruch auf umfassende Steuerungswirkung erheben will, die ihr zur Verfügung stehenden Instrumente möglichst effizient nutzen.

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung und die in den letzten Jahren entwickelten Strategien zu deren Umsetzung enthalten einen Anspruch der von oben koordinierten und gesteuerten gesellschaftlichen Entwicklung, der auch auf der Ebene der Städte greifen muss, wenn er tatsächlich realisiert werden soll: in Europa leben beinahe drei Viertel aller Menschen in oder in unmittelbarer Nähe zu Städten. Entsprechende Ansätze von politischen und administrativen Institutionen zur Herstellung nachhaltiger Entwicklung machen auf der sozialen Ebene diverse gesellschaftliche Entwicklungsprozesse aus, die als nicht verträglich und potentiell zerstörerisch eingestuft werden, etwa ein unterstellter Wertewandel hin zu Individualisierung und ein Zerfall traditionaler Bindungen. Als primäre Ursachen werden materielle Polarisierung und Armut identifiziert, die dem individuellen Entfaltungswillen Grenzen setzen und so Spannungslinien erzeugen. Dieses materiell orientierte Verständnis zeigt sich auch in der heutigen Stadtentwicklungsplanung: als zentral wird die Kontrolle des Individuums über die eigenen Lebensbedingungen empfunden, und eine florierende Wirtschaft soll dem

Individuum die nötigen materiellen Ressourcen verschaffen, um diese Kontrolle auch umzusetzen; deshalb sollen möglichst günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen bereitgestellt werden. Der wirtschaftliche Strukturwandel und der weltweite Abbau von Regulationen haben aber die Mobilität des Kapitals erhöht und den globalen Standortwettbewerb verschärft, dem sich nun auch die einzelnen Städte durch die Gestaltung individueller Standortfaktoren unterwerfen müssen. Auch die Stadtentwicklungsplanung muss zunehmend strategische und wachstumsorientierte Denkmuster entwickeln und sich am Verhalten der Privatwirtschaft orientieren; die Stadt nimmt die Rolle eines Unternehmens ein, das Investitionen tätigt und Kooperationen einget. Gleichzeitig ist der Stadtraum aber noch immer Ort des Zusammenlebens und sozialen Handelns. Hier entwickelt sich nun ein Spannungsfeld zwischen der Teilnahme an Deregulierungen, um Kapital anzuziehen und wirtschaftliches Wachstum zu erzeugen, und dem Kampf gegen soziale Polarisierungen durch die Umverteilung materiellen Wohlstands innerhalb der Gesellschaft.

Die Nachhaltigkeitsdebatte hat die Verflechtung von Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft in die Wahrnehmung der Öffentlichkeit gerückt und der Politik Steuerungsfunktion in allen drei Bereichen übertragen. Ausgehend vom 1992 stattfindenden Gipfel von Rio wurden supranationale, nationale und regionale Konzepte und Strategien zur Herstellung von Nachhaltigkeit formuliert, die die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft sicherstellen sollen. Auch auf Stadtebene soll die Entwicklung übergreifend in eine Richtung gelenkt werden, die möglichst ‚nachhaltig‘ sein soll. Stadtentwicklungsplanung wird so wieder mehr Bedeutung für die Gestaltung der Gesellschaft beigemessen. Im Jahr 2005 veröffentlichte die Stadt Wien den Stadtentwicklungsplan STEP 05, der als *„Instrument einer generellen, vorausschauenden Stadtplanung und Stadtentwicklung“* (STEP 2005: 16) der Verwaltung der Stadt Wien grundlegende Leitlinien für die zukünftige Planung von Raumordnung und Infrastrukturen liefern soll. Ein im Text wiederholt vorkommender Begriff ist jener der *„sozialen und gesellschaftlichen Nachhaltigkeit“* (ebd.: 22), der

das Ziel der sozialen Gerechtigkeit, das Recht auf menschenwürdiges Leben für alle sowie die Beteiligung aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen am politischen und gesellschaftlichen Leben (ebd.)

umfasst.

Hier stellen sich nun mehrere Fragen:

- wie ist der Begriff der ‚sozialen Nachhaltigkeit‘ inhaltlich definiert, und wie kann soziale Nachhaltigkeit hergestellt werden?
- Was bedeutet ‚soziale Nachhaltigkeit‘ in der Stadtentwicklungsplanung, und wie kann sie im Rahmen der Stadtentwicklungsplanung gezielt hergestellt werden?
- In welcher Ausprägung kommt das Konzept der ‚sozialen Nachhaltigkeit‘ im STEP 05 zum Ausdruck, und wie ist es inhaltlich in den Handlungsfeldern verankert?

Die Untersuchung dieser Fragen erfolgt in mehreren Schritten: im ersten Schritt soll das Konzept der ‚sozialen Nachhaltigkeit‘ inhaltlich bestimmt werden. Untersucht werden die Entwicklung und die inhaltlichen Grundlagen des Nachhaltigkeitskonzepts, sowie die inhaltliche Unterscheidung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension. Darauf folgt eine Betrachtung von gängigen Indikatorenkonzepten, anhand derer nachhaltige Entwicklung erfassbar und messbar sein soll, im Hinblick auf ihre ‚soziale‘ Komponente.

Im zweiten Schritt folgt eine Betrachtung der Stadtentwicklungsplanung, ihres Einflusses auf die Entwicklung der Städte, und der gesellschaftlichen Herausforderungen, denen sie sich derzeit stellen muss. Weiters wird untersucht, was das Konzept der sozialen Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklungsplanung inhaltlich bedeutet, und wie eine sozial nachhaltige Stadtentwicklung hergestellt werden kann. Der Fokus liegt dabei auf der mitteleuropäischen Region.

Im dritten Schritt wird als konkretes Beispiel der Wiener Stadtentwicklungsplan STEP 05 herangezogen: zunächst wird untersucht, auf welche Grundlagen der STEP 05 aufbaut, d.h. wie die zukünftige Entwicklung Wiens in der Vorstellung der Stadtentwicklungsplanung aussieht, und welche Ziele angestrebt werden; dann wird das dort verwendete Nachhaltigkeitskonzept betrachtet im Hinblick auf die Unterscheidung der inhaltlichen Dimensionen. Als letzter Teil folgt noch eine Betrachtung der Verankerung der Prinzipien der im zweiten Teil ermittelten sozial nachhaltigen Stadtentwicklungsplanung in den Handlungsfeldern des STEP 05.

2. Sozial nachhaltige Entwicklung

2.1 Nachhaltigkeit als politischer Begriff

Als politischer Begriff wird nachhaltige Entwicklung ('sustainable development') seit der 1987 erfolgten Veröffentlichung des Berichts der ‚Weltkommission für Umwelt und Entwicklung‘ verwendet (nach deren Leiterin und damaligen Ministerpräsidentin Norwegens, Gro Harlem Brundtland, auch als ‚Brundtland-Bericht‘ bezeichnet) (Littig, Grießler 2004: 15). In einer ersten Definition wurde hier Nachhaltigkeit als *„dauerhafte Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“* (Hauff 1987: 46) formuliert. Diese Definition (wie auch spätere) wurde von drei ethisch-normativen Prinzipien maßgeblich beeinflusst:

- der Anspruch bzw. das Recht auf menschenwürdiges Leben für jedes Individuum;
- das Konzept der ‚Selbstbegrenzung‘ des Menschen im Sinne eines ressourcenschonenden Lebensstandards;
- die Idee einer ‚Gerechtigkeit‘ in Form einer Angleichung des Wohlstands zwischen den heute lebenden (intragenerative Gerechtigkeit) und gegenüber den zukünftigen Generationen (intergenerative Gerechtigkeit) (Brandl 2002: 12).

Damit wurden bereits die Grundlagen für den späteren Umgang mit dem Entwicklungsbegriff gelegt: im Zentrum steht weniger ein ‚idealer‘ Naturzustand der ökologischen Umwelt als der Mensch, der durch seinen Stoffwechsel Einfluss auf die Stoffkreisläufe der Natur nimmt. Angetrieben wird dieser Stoffwechsel vom Versuch, zentrale menschliche Bedürfnisse zu befriedigen (Reese-Schäfer 1995: 110-111); diese Bedürfnisse sind:

- körperliche Bedürfnisse: Hunger, Durst etc.,
- das Bedürfnis nach Sicherheit, Schutz, Wärme,
- das Bedürfnis nach der Zugehörigkeit zu einer Gruppe/Gesellschaft,
- das Bedürfnis nach Ausdruck der individuellen Identität,
- das Bedürfnis nach Selbsterfüllung im Rahmen der Umwelt (Meslow 1967, bei: Beer, Higgins 2000: 149).

Diese Mischung aus materiellen und immateriellen Bedürfnissen steht als treibende Kraft hinter der menschlichen Vergesellschaftung, während die individuelle Ausformung ihrer Befriedigung (der Begriff des ‚menschenswürdigen Daseins‘) wiederum gesellschaftlich bestimmt wird und historisch wandelbar ist (Littig, Griebler 2004: 72). Diese Verflechtung von Gesellschaft, Bedürfnisbefriedigung und Eingriffen in ökologische Kreisläufe wurde vom Brundtland-Report (und späteren Ansätzen) in den Mittelpunkt gestellt, allem voran die Annahme, Armut führe zur Übernutzung natürlicher Ressourcen (Brand 1997: 9). Im Blickpunkt stand daher die *„zunehmende Verflechtung globaler ökologischer Krisenphänomene mit wachsenden Armutproblemen, vor allem in Süden“* (Brand 1997: ebd.). Die Existenz von Tragfähigkeitsgrenzen der Natur wurden damit angesichts der aktuellen Ressourcennutzung zwar anerkannt, die Schonung von Ressourcen sollte aber weniger durch eine Zurücknahme im Rahmen der gesellschaftlich vermittelten Bedürfnisbefriedigung, sondern vor allem durch technologische Weiterentwicklungen bei Warenproduktion und –konsum, die durch Technologietransfers auch weniger entwickelte Regionen erreichen sollten, möglich werden (Raemakers 2000: 22). Diese Sichtweise wurde mittlerweile abgewertet, da eine solche Art der Ressourcenschonung im Sinne einer technologischen Neutralisierung ökologischer Probleme zwar grundsätzlich für möglich gehalten wird, die derzeit durch Fortschritt erzielten Reduktionen im Ressourcenverbrauch von der gleichzeitigen Verbreitung ressourcenintensiver Produktions- und Lebensweisen aber wieder wettgemacht werden (Brand 1997: 9; Conrad 1997: 69).

2.1.1 ‚Earth-Summit‘

Die Konzentration auf den Menschen, seine Austauschverhältnisse mit der Natur und das Konzept eines gesellschaftlichen Gerechtigkeitsbegriffs wurden am 1992 abgehaltenen ‚Earth-Summit‘ der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro fortgeführt. Hier wurde ein Programm mit diversen ökologischen, politischen und sozialen Handlungsschwerpunkten (die Agenda 21) verabschiedet, um ein konkretisiertes Konzept nachhaltiger Entwicklung zu schaffen und einer weltweiten Öffentlichkeit bewusst zu machen (Littig, Griebler 2004: 17). Die wichtigste Weiterentwicklung von Rio bestand in der Einbeziehung neuer gesellschaftlicher Akteure in den Prozess nachhaltiger Entwicklung (Brandl 2002: 12); vor allem von einer Ausweitung der Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene im Rahmen einer ‚Lokalen Agenda 21‘ (LA21) wurde das Entstehen einer sachbezogenen und

kreativen Zusammenarbeit zwischen gesellschaftlichen Gruppen erwartet, die die Herstellung sozialer Gerechtigkeit erleichtern und Umwelt bewahren helfen sollte (Dangschat 1997: 188; Littig, Grießler 2004: 15; Sabancilar 2002: 63). Diese LA21-Initiativen haben sich regional unterschiedlich stark durchgesetzt, der Hauptteil der Aktivitäten findet mit über 80% in Europa statt. Hier existiert mit der ‚Aalborg-Charta‘ eine freiwillige Selbstverpflichtung zur Durchführung von lokalen Agenda 21-Prozessen, durch die die Kommunen mehrere Aufgaben für die Herstellung nachhaltiger Entwicklung übernehmen (Dangschat 1997: 169; Littig, Grießler 2004: 18; Lexikon der Nachhaltigkeit 2005), darunter das

- Ergreifen von Maßnahmen zur Umsetzung umweltgerechter Ziele
- Austausch von Erfahrungen aus der kommunalen Praxis
- Unterstützung beim Entwurf der lokalen Aktionsprogramme
- Zusammenarbeit zwischen den Kommunen
- Verbindung dieser Prozesse mit Aktivitäten der EU (Postl 2005: 36)

2.1.2 Österreich

In Österreich wurden die Anregungen von Rio ebenfalls aufgegriffen. An der Universität für Bodenkultur Wien wurde 1995 ein ‚Österreichisches Institut für Nachhaltige Entwicklung‘ eingerichtet, das eine Beratungsfunktion für Politik und Privatwirtschaft anbietet (BOKU). Auf der Ebene der Kommunen wurden in einer eigenen ‚Gemeinsamen Erklärung zur Lokalen Agenda 21 in Österreich‘ die inhaltlichen Ziele der LA21 bekräftigt (Surböck 2005: 35). Bisher fanden vier österreichische LA21-Gipfel statt (zuletzt 2007) (vgl. LAND SALZBURG), und mehr als 10% der österreichischen Gemeinden (zusammen etwas über eine Million Einwohner umfassend) hatten 2007 einen LA21-Prozess initiiert (Internet-Portal zur Nachhaltigkeit in Österreich 2007). In Wien führen derzeit neun Bezirke LA21-Initiativen durch (vgl. LA21 WIEN).

Weiters verabschiedete die österreichische Bundesregierung 2002 eine ‚Österreichische Strategie zu Nachhaltigen Entwicklung‘, erstellt „von einer Arbeitsgruppe aus rund 40 Vertretern der Ministerien, Länder und Gemeinden, Sozialpartner, Interessensvertretungen und NGO-Plattformen“ (LM 2002), in der Leitziele, ein Umsetzungsprozess und Indikatoren für die Bewertung von Maßnahmen diskutiert und für die gesamtstaatliche Ebene das Leitbild einer ‚Politik der Nachhaltigkeit‘ definiert wurden (LM 2002: 6). Als Voraussetzung für die Realisierung des Leitbildes wird im Sinne einer

Einbindung der Bevölkerung eine von oben koordinierte Teilnahme aller relevanten gesellschaftlichen Akteure verlangt (LM 2002: 100).

Diese nur umrisshafte Darstellung soll deutlich machen, dass international ein sehr deutliches Bewusstsein für den Bedarf nach einer gesellschaftlichen Veränderung vorhanden ist, um aktuelle sozialen und ökologischen Probleme zu bekämpfen:

- die Steigerung des Energie- und Rohstoffverbrauchs,
- die Zersiedelung durch Suburbanisierung und Expansion der Industrie,
- die Industrialisierung der Landwirtschaft,
- die Dominanz des PKW-Verkehrs im Personentransport,
- der Massenkonsum und die dadurch verursachte Abfallsproduktion (Häußermann, Siebel 1996: 300).

Die Lösungsansätze sollen unter Zusammenarbeit politischer, wirtschaftlicher und sonstiger gesellschaftlicher Akteure entwickelt werden, um eine möglichst starke Verankerung im gesellschaftlichen Bewusstsein und Umsetzung im Alltag zu erreichen.

2.2 Grundlagen des Nachhaltigkeitsbegriffs

Der Begriff der „nachhaltigen Entwicklung“ hat sich im Zuge eines offenen Prozesses ohne die Etablierung einer allgemeingültigen und anerkannten Definition verfestigt, weshalb auch weiterhin noch elementare Aspekte wie die Rolle von Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft diskutiert werden. Zwei verschiedene Modelle der Beziehungen zwischen den Dimensionen werden unterschieden:

- Einsäulenmodelle: das Primat der ökologischen Dimension voraussetzend, werden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem wegen ihrer Eingriffe in ökologische Kreisläufe als die Verursacher globaler Probleme behandelt. Dementsprechend haben diese beiden Dimensionen die notwendigen Anpassungen vorzunehmen, um eine dauerhafte Befriedigung menschlicher Bedürfnisse bei minimiertem Ressourcenverbrauch zu ermöglichen. Nachhaltigkeit bezeichnet in diesem Modell die Einhaltung ökologischer Tragfähigkeitsgrenzen, die nicht durch wissenschaftliche Methoden ermittelt, sondern normativ bestimmt werden; dabei spielt die ‚Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen‘ eine zentrale Rolle (Littig, Grießler 2004: 25-29; Oblasser 2006: 59-60).

- **Mehrsäulenmodelle:** in diesen Ansätzen werden die drei Dimensionen gleichwertig oder zumindest nicht als eindeutig hierarchisch geordnet betrachtet. Zwischen den Dimensionen existieren hier Rückkoppelungen: so erfordert ein Mehr an Wirtschaftsleistung auch ein Mehr an Ressourcenverbrauch, erzeugt aber dafür auch ein Mehr an ‚Lebensqualität‘; neben diesen Wechselwirkungen können auch Verbindungen zu anderen relevanten Dimensionen existieren, wie etwa der kulturell-ästhetischen oder der politisch-institutionellen (Littig, Griebler 2004; 29-32; Fischer-Kowalski 1998: 20). Die Natur wird, obwohl schützenswert, der menschlichen Bedürfnisbefriedigung nachgereiht; die Existenz von (von aktueller Technik und gesellschaftlichem Ressourcenverbrauch festgelegten) Grenzen der Natur (‚inner limits of growth‘) wird aber anerkannt (Brand 1997: 13; Littig, Griebler 2004: 16; Raemakers 2000: 22).

Hier wird bereits eine der zentralen Konfliktlinien der Nachhaltigkeitsdiskussion sichtbar: die Frage, ob die derzeitig dominierende Form der Bedürfnisbefriedigung im Rahmen einer globalisierten, wachstumsorientierten Marktwirtschaft durch eine Steigerung des gesellschaftlichen Wohlstands nachhaltige Entwicklung auf globaler Ebene ermöglichen kann, oder im Gegenteil eine solche ausschließt durch eine systemimmanente Aufzehrung oder Zerstörung der ökologischen und sozialen Ressourcen, die die Grundlagen des Wachstums bilden (Brand 2002: 31-32; Wehling 1997: 43; Wendorf et al. 2004: 6). Die Positionen verlaufen quer durch die Dimensionen Wirtschaft, Natur und Gesellschaft:

- die ‚Wettkampfperspektive‘: wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Standortkonkurrenz haben in den letzten Jahrzehnten eine neue globale Qualität erreicht, internationale Austauschbeziehungen (Direktinvestitionen, Kapitaltransaktionen, Wissenstransfers, auch Konsumpräferenzen und kulturelle Einstellungen) entwickelten eine neue Qualität (Bathelt, Glückler 2002: 263-265; Kulke 2004: 194). Die Fürsprecher des ökonomischen Wachstumsmodells bewerten die Priorisierung von Umweltsachen nur als positiv, wenn sie freiwillig durch Kostenrechnungen und technologische Innovationen im Sinne einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit erfolgt; Ansätze einer staatlichen Regulation werden dagegen als nicht zielführend und kontraproduktiv abgelehnt (Sachs 1997: 100-104). Gegner kritisieren dagegen eine Tendenz des Kapitalismus zu

Selbstdestruktivität, abnehmender Gesamteffizienz und sinkender Lösungskompetenz, wenn keine staatliche Regulation erfolgt (Conrad 1997: 59).

- Die ‚Astronautenperspektive‘: die zum Teil katastrophalen Folgen wirtschaftlicher Tätigkeit für Ökosysteme weltweit hat die Forderung nach einer global koordinierten Abkehr von den bisherigen Produktions- und Konsumformen und dem Primat wirtschaftlichen Wachstums entstehen lassen. Im Fokus zukünftigen Handelns soll der Schutz des Planeten als ökologisches Gesamtsystem stehen, dem andere Ziele untergeordnet werden sollen (Sachs 1997: 104-107). Gegner hinterfragen diese Fixierung auf ökologische Grenzen, da sie als Rahmen für das für die Realisierung nachhaltiger Entwicklung nötige umfassende Konzept zur Neugestaltung moderner Gesellschaften nicht ausreicht (Conrad 1997: 57).
- Die ‚Heimatperspektive‘: ein im Prozess der Begriffsbildung immer wieder genanntes Konzept ist jenes der Verteilungsgerechtigkeit. Durch neue dezentrale und nicht akkumulationszentrierte Gesellschaftsentwürfe soll der in industriell entwickelten Ländern überproportional hohe Ressourcenverbrauch auf ein normativ zu bestimmendes Niveau sinken; gleichzeitig sollen die Entwicklungschancen unterentwickelter Regionen verbessert werden (Sachs 1997: 107-110). Dem entgegen steht das Konzept einer Ausweitung des bisherigen akkumulationszentrierten kapitalistischen Wirtschaftssystems, dem durch seinen Wettbewerbscharakter, durch die permanente Investitionstätigkeit (auch in Humankapital) und durch seine Komplexität ein positiver Einfluss auf die Entwicklung demokratischer Strukturen und den Ausgleich zwischen unterschiedlich entwickelten Regionen nachgesagt wird¹ (Pies 2000: 55-57).

Durch das Einbringen verschiedener Perspektiven hat sich die Diskussion mittlerweile von der Frage, wie der Lebensstandard weiter Teile der Weltbevölkerung durch materielles Wachstum gehoben werden kann, und welche technologischen Fortschritte zur gleichen Zeit den Ressourcenverbrauch auf ein erträgliches Maß senken können, gelöst. Da die Einsparpotentiale moderner Technologien nicht ausreichen für eine signifikante Verringerung der Stoffkreisläufe ohne eine gleichzeitige Veränderung der

¹ dessen destruktive Wirkungen auf gesellschaftliche Solidaritäten aber gleichzeitig auch kritisiert werden, vgl. Brunkhorst 2000: 278-280

gesellschaftlichen Konsumweise, wird die gesellschaftliche Akzeptanz und Übernahme ökologisch verträglicher Verhaltensweisen als zwingend erachtet (Brandl 2002: 14). Nachhaltige Entwicklung bezeichnet deswegen auch einen gesellschaftlichen Veränderungsprozess. Obwohl die im gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen System höhere Bewertung kurzfristiger Ergebnisse die Verfolgung langfristiger Strategien erschwert (Brand 2002: 37; Herrmann 2002: 224-227) und die Komplexität gesellschaftlichen Wandels eine gezielte Steuerung sozial-ökologischer Transformationsprozesse verhindert,² wurde der Diskurs erweitert um die Frage, ob Strukturwechsel radikal („strong“) oder nur leicht („weak“) sein sollen, bei einer gleichzeitigen Forderung nach neuen Gesellschaftsentwürfen und Konzepten neuer Lebensstile der Entschleunigung, der Regionalisierung und der Vielfältigkeit (Brand 2002: 31; Dangschat 1997: 171).

2.2.1 Einbindung der Bevölkerung

Die Steuerungsversuche einer regulativen Politik können gleich von mehreren Problemen behindert werden:

- Implementationsprobleme: die Vollzugsinstanzen können sich nicht oder nur unzureichend durchsetzen;
- Motivationsprobleme: die Adressaten der Politik verweigern die Mitarbeit;
- Wissensprobleme: die Wirkungszusammenhänge werden falsch eingeschätzt;
- Steuerungsprobleme: die einsetzbaren Instrumente sind für die beabsichtigten Eingriffe in Systemprozesse unzureichend (Gawron 2001: 35)

Dazu kommt noch ein nach ALLMENDINGER in den westlichen Gesellschaften allgemein wachsendes Misstrauen der Bevölkerung, das sich gegen eine von Skandalen, Misserfolgen und Vertuschungen geschwächte politische Elite richtet (Allmendinger 2001: 2-4). Gegen den Widerstand der Bevölkerung ist eine Steuerung deshalb nur in Einzelfällen und nur unter hohem Ressourcen- und Personaleinsatz möglich (Gawron 2001: 35). Da die staatliche Politik bei einer von oben erzwungenen Umsetzung breit angelegter gesellschaftlicher Entwicklungsstrategien schnell an ihre Grenzen stoßen würde, soll die Bevölkerung als ‚dritte Kraft‘ direkt neben Staat und Markt partizipativ

² auch Prognosen sind nur in begrenztem Umfang möglich, vgl. Littig, Grießler 2004: 74

eingebunden werden (Brandl 2002: 15; Selle 1994: 179). Der Begriff ‚Partizipation‘ bezeichnet in diesem Zusammenhang gleichzeitig *„die Beteiligung an und die Identifikation mit bestimmten Institutionen, Werten und sozial relevanten Kräften einer Gesellschaft“* (Hillmann 2007: 667) sowie *„engagiertes und sich in praktische-polit. Arbeit manifestierendes Beteiligen an demokratischen Strukturen und Prozessen“* (ebd.). Von dieser Partizipation werden durchwegs positive Effekte für die Umsetzungsmöglichkeiten gesellschaftlicher Entwicklungsstrategien erwartet; außer ‚top-down‘ -Prozessen³ werden deshalb auch ‚bottom-up‘ –Aktivitäten ermutigt: jene gehen von der sogenannten ‚Basis‘ aus, also von Privatpersonen, Bürgerinitiativen und anderen, meist auf freiwilliger Arbeit basierenden Gruppen (Littig, Grießler 2004: 24). Bisher haben derartige ‚bottom-up‘-Aktivitäten in europäischen Städten erst wenig gesellschaftliche Verankerung erfahren, die Initiativen gehen oft von den lokalen Behörden aus (Burgers et al. 2003: 59). Dies liegt einerseits an der erst verhältnismäßig kurzen Zeit, seit der zur Teilnahme an Partizipationsprozessen offen ermutigt wird; andererseits werden die derzeitigen gesellschaftlichen Voraussetzungen als eher negativ für eine Ausweitung der Partizipation bewertet. So wird die Popularisierbarkeit von Nachhaltigkeitskonzepten generell angezweifelt, da sich bisherige Konzepte meist auf allgemeiner Ebene bewegen, nur wenig Identifikationscharakter für gesellschaftliche Gruppen bieten und zudem in einer wachsenden massenmedial vermittelten Informationsflut geringe Aufmerksamkeit erhalten (Brand 2002: 36). Und auch die Leitbildfunktion der nachhaltigen Entwicklung selbst wird hinterfragt: die Steuerungsmöglichkeiten durch Leitbilder seien zu gering (Brand 2002: 40-41), die Leitbilder selbst seien nur *„Schutzschilder, [...] um sich nicht mit der konkreten Entwicklung auseinandersetzen zu müssen“* (Töpfer 2001: 47).

Erschwerend kommt hinzu, dass Prozesse gesellschaftlicher Enttraditionalisierung, der Entwertung langfristiger Bindungen und des Verlusts an biographischer und politischer Planbarkeit eine verbreitete Indifferenz gegenüber den an Steuerungswirkung verlierenden gesellschaftlichen Institutionen produzieren (Brand 2002: 39). Diese Prozesse werden als Produkt einer zunehmenden sozialen Polarisierung der westlichen Gesellschaften identifiziert, ausgelöst von drei Entwicklungen:

³ jene Prozesse, die von übergeordneten Institutionen und Personen initiiert werden, beispielsweise von Politik- oder Verwaltungsakteuren, internationalen Organisationen oder auch Unternehmensleitungen, vgl. Littig, Grießler 2004: 23

- ein ökonomischer Strukturwandel als um sich greifende Massenarbeitslosigkeit und das vermehrte Auftreten atypischer und prekärer Beschäftigungsformen,
- staatliche Deregulierung als Abbau staatlicher Sicherungssysteme im Sinne einer Rücknahme der Steuerungsfunktion nach Überforderung und Schwächung durch die ‚Globalisierung‘ (Selle 1994: 29-31),
- sowie der Wandel der Lebensweisen im Sinne einer Schwächung familiärer und soziokultureller Milieus (Herrmann 2002: 211).

Als Ergebnis dieser Prozesse seien eine sich verschärfende ungleiche Verteilung gesellschaftlichen Reichtums und ein sinkender Lebensstandard breiter Gesellschaftsschichten zu erwarten, während gleichzeitig die soziale Bindekraft schwindet (Strubelt 1998: 228). Die gesellschaftliche Stabilität wird damit gleich auf zwei Arten bedroht: einerseits sinkt der gesamtgesellschaftliche Nutzen von Wachstumsgewinnen zugunsten selektiver Wohlstandszuwächse, andererseits sind aber auch jene sozialen und ökologischen Ressourcen, die in diesem wachstumsorientierten Wirtschaftssystem die Grundlagen des Wachstums bilden, zunehmend aufgezehrt oder zerstört (Wehling 1997: 43).

2.2.2 Wirtschaftliche Nachhaltigkeit

Arbeit und Arbeitsteilung stellen wichtige Strukturierungsprinzipien gesellschaftlicher Ordnung dar: *„Die Vergesellschaftung des Menschen ist Ergebnis seiner arbeitsteiligen Auseinandersetzung mit der Natur“* (Brandl 2002: 20). Neben der Einkommenssicherungsfunktion der Arbeit als Voraussetzung selbstbestimmter Lebensführung besitzt sie auch psychosoziale Funktionen, produziert soziale Kohäsion und dient zur bürgerschaftlichen Integration (Littig, Griebler 2004: 75-78). Arbeit treibt auch das Stoffwechselverhältnis Mensch-Natur voran und hat damit direkte Auswirkungen auf die ökologischen Stoffkreisläufe (Brandl 2002: 19-20). In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wird der gesellschaftlich relevante Arbeitsbegriff auf die Erwerbsarbeit und die Produktion marktrelevanter Produkte begrenzt (Bahrtdt 1961: 30; Brandl 2002: 22). Hier ermöglicht der Markt als ‚dauerhafte institutionalisierte Ordnungsform‘ das Knüpfen bestimmter Formen sozialer Kontakte, eine Nichtteilnahme hat somit Folgen für die gesellschaftliche Integration (Bahrtdt 1961: 37-38). Gleichzeitig

werden der kapitalistischen Produktionsweise Tendenzen zur Ausgrenzung von Gesellschaftsmitgliedern und zur Gefährdung und Zerstörung der ökologischen Grundlagen durch die Produktion struktureller Armut als immanent zugeschrieben (Brand 1997: 9; Conrad 1997: 56):

...die Ursachen von Armut liegen vielmehr im kapitalistischen Wirtschaftssystem einschließlich der patriarchalen Arbeitsteilung zwischen Haus- und Lohnarbeit und dessen Regulation (der Arbeits- und Wohnungsmärkte, der Steuer-, Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs-, Kultur- und Migrationspolitik) sowie der Gewährung unterschiedlicher bürgerlicher Rechte aufgrund nationaler und rassischer Abstammung (Dangschat, Dietrich 1999: 80)

In der sozialen Marktwirtschaft übernimmt der Staat eine regulierende Funktion, um vom kapitalistischen Akkumulationssystem erzeugte gesellschaftliche Spannungen durch eine gesteuerte Umverteilung von Wachstumsgewinnen abzubauen und einen Ausgleich zwischen der Produktionsfähigkeit und der Konsumbereitschaft der Gesellschaft zu schaffen (Wehling 1997: 43). Dafür werden Infrastrukturen für Gesundheit und Bildung zur Verfügung gestellt, der Arbeitsmarkt und der wirtschaftliche Wettbewerb reguliert und das Konsumniveau durch sozialstaatliche Leistungen gestützt (Dicken, Lloyd 1999: 315). Die in den 1970ern einsetzende Krise des ‚fordistischen‘ Wirtschaftsmodells einer auf Massenkonsum basierenden standardisierten, unflexiblen, konstant anwachsenden Massenproduktion brachte für die durch ökonomisches Wachstum legitimierten und finanzierten politischen Systeme eine bis heute andauernde Krise innerer und äußerer Souveränität (Selle 1994: 29-31). Kritik an regulierenden staatlichen Eingriffen initiierte bereits in den 1970er Jahren den Beginn der Rücknahme politisch-administrativer Steuerungsfunktionen (Dicken, Lloyd 1999: 316). Die Folgen sind bis heute fortschreitende Umstrukturierungen und Rationalisierungen von Verwaltungsstrukturen und die Reorganisation und partielle oder vollständige Auslagerung von öffentlichen Leistungen in die Privatwirtschaft (Heinz 2002: 130-131). Nach DANGSCHAT/DIETRICH wird dieser Abbau staatlicher Regulationskompetenz durch die Wirkungen der ‚Globalisierung‘ im Sinne einer Internationalisierung von Güterproduktion und –verkehr und Finanzmärkten beschleunigt (Dangschat, Dietrich 1999: 85). Ob der Staat seine stabilisierende Funktion angesichts eines sich global verändernden, von nationalen Regulationssystemen zunehmend unabhängigen Wirtschafts- und Akkumulationssystems in Zukunft wahrnehmen kann, oder ob diese Funktion von

anderen, lokal orientierten Strukturen übernommen werden muss, wird weiterhin diskutiert (Newman, Thornley 1996: 10-11).

Der Druck auf die Arbeitnehmer wird währenddessen durch die globale Verflechtung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien, die eine zunehmend flexible, präzise und effiziente Koordination von Prozessen globaler Arbeitsteilung zulassen, erhöht. Zur Senkung von Produktionskosten können Unternehmen nun einfacher arbeitsintensive Produktionsstandorte in Regionen verlegen, die sich durch niedrigere Lohnkosten und geringere Regulationsdichte in arbeitsrechtlichen und umwelttechnischen Belangen auszeichnen; mittlerweile werden neben un- und niedrigqualifizierten Tätigkeiten auch vermehrt hochqualifizierte Tätigkeiten auf diese Weise verlagert (Friedrich 1999: 263-264; Kulke 2004: 23-26, 97). Gleichzeitig mit dem Abbau sozialstaatlicher Leistungen erleben die Arbeitsmärkte deshalb eine Umstrukturierung und Flexibilisierung auf mehreren Ebenen:

- Ausweitung der funktionalen Flexibilität: verstärkte Nachfrage nach erhöhter und mehrfacher Qualifikation im wachsenden Dienstleistungsbereich;
- Ausweitung der numerischen Flexibilität: Anpassen der Anzahl der Arbeitnehmer an den jeweils aktuellen Bedarf zur Kostensenkung, vermehrt kurzfristige Beschäftigungen, Leiharbeit, Zeitarbeit;
- finanzielle Flexibilität: Anpassen der Entlohnung an die Erfordernisse der Wettbewerbssituation (Dicken, Lloyd 1999: 317-318).

In der Praxis bringen diese Entwicklungen eine sich ausweitende Spaltung des Arbeitsmarkts in qualifizierte und gutbezahlte Beschäftigungen auf der einen, sowie atypische und schlecht bezahlte Tätigkeiten ohne spezielle Anforderungen, die gleichzeitig eine zunehmend mangelhafte soziale Absicherung bringen, auf der anderen Seite; außerhalb des Produktionsprozesses steht währenddessen eine wachsende Zahl von Langzeitarbeitslosen, die wegen eines verlangsamten Wirtschaftswachstums, sich ändernden Anforderungen im Produktionsprozess und stetem Rationalisierungsdruck nicht mehr Fuß fassen können (Dicken, Lloyd 1999: 317-318; Friedrich 1999: 264; Heinz 2002: 133; Kulke 2004: 97). Die dadurch stattfindende materielle Polarisierung wird durch die gesellschaftliche Wertung der Erwerbsarbeit und die sozialen Auswirkungen von Langzeitarbeitslosigkeit auch zur gesellschaftlichen Polarisierung.

Im Bezug auf die wirtschaftliche Dimension treten Konzepte der nachhaltigen Entwicklung weitgehend für die Erhaltung bzw. Steigerung internationaler Wettbewerbsfähigkeit ein, um dadurch Wirtschaftswachstum zu erzeugen und die Zahl der Arbeitnehmer zu erhöhen (Conrad 1997: 64, 67). Dafür müssen auch die Qualifikationen der Arbeitnehmer laufend erhöht werden. Kritische Ansätze stellen dagegen das Primat des ökonomischen Wettbewerbs und die damit verbundenen Produktionsmethoden, Einstellungen und individuellen Verhaltensweisen generell in Frage und versuchen, neue Produktions- und Konsummodelle zu entwickeln (Dangschat 1997: 172-173). So würde beispielsweise eine dem Konzept der ‚moralischen Ökonomie‘ entsprechende Lösung einer Verlangsamung der Gesellschaft gleichkommen: Stärkung der Regionalwirtschaften, neue Konsumformen und ein intelligenter Einsatz von Dienstleistungen stehen hier stellvertretend für eine neue Form der Selbstbegrenzung des Individuums (Sachs 1997: 110). Auch die Rolle des Staates solle generell ausgeweitet werden, um die *„Gefahr eines Rückfalls in die Ungeordnetheit von Marktprozessen oder die Eigendynamik von organisierten partikularen Interessen zu bannen“* (Selle 1994: 34). Unter derartigen Konzepten finden sich auch Vorschläge zur Neubewertung und Umverteilung der gesellschaftlich anerkannten Arbeit, um allen Individuen den Selbsterhalt zu ermöglichen (Littig, Grießler 2004: 75-78).

2.2.3 Ökologische Nachhaltigkeit

Das Konzept ökologischer Nachhaltigkeit kann durch drei allgemeine Richtlinien beschrieben werden:

- die Nutzungsrate sich erneuernder Ressourcen darf deren Regenerationsrate nicht überschreiten,
- nicht erneuerbare Ressourcen dürfen nur in dem Maße abgebaut werden, in dem ein gleichwertiger Ersatz in Form erneuerbarer Ressourcen und erhöhter Ressourcenproduktivität geschaffen wird,
- die Rate der Schadstoffemission (einschließlich der Abfallbeseitigung) darf die Verarbeitungskapazität der Umwelt (‘carrying capacities’) nicht überschreiten und die Lebensbedingungen der Menschen und anderer Arten nicht gefährden. (Brand 1997: 24)

Als Ziel steht aber weniger die „Rettung“ der ökologischen Umwelt im Mittelpunkt, sondern der langfristige Erhalt einer lebensfreundlichen Umwelt für den Menschen, die durch eben dessen Eingriffe bedroht wird (Dangschat 1997: 171). Auch wird der Rahmen der zu erreichenden Veränderungen nicht direkt durch analytische Methoden festgelegt; die

‚ökologische Tragfähigkeit‘ der Natur wird vielmehr nur als Orientierungshilfe für eine daran anschließende Diskussion verwendet, da durch sie der Einfluss gesellschaftlicher Prozesse und Strukturen auf den Verbrauch natürlicher Ressourcen verdeutlicht wird (Littig, Grießler 2004: 69):

„Thus environmental sustainability turns out to be closely linked to supposedly ‚internal‘ problems of social structure, such as social justice, gender equality and political participation (...) In this sense, sustainability describes a topic of research that is basically social, addressing virtually the entire ‚process by which societies manage the material conditions of their reproduction, including the social, economic, political and cultural principles that guide the distribution of environmental resources‘.“ (Becker et al 1999: 4; bei Littig, Grießler 2004: 69)

Nachhaltige Entwicklung hat damit auch in ihrer ökologischen Dimension eine enge Beziehung zu gesellschaftlichen Strukturen. Ein Versuch der Konkretisierung der oben genannten Richtlinien offenbart schnell die Grenzen des Konzepts: die Komplexität der Stoffwechselerhältnisse wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Systeme verhindert die naturwissenschaftliche Bestimmung exakter Richtwerte und erzwingt die Verwendung normativ begründeter Umweltstandards (Brand 1997: 24). Auch die Konzepte zur wissenschaftlichen Bestimmung der Grenzen ökologischer Systeme bzw. ihrer Belastbarkeit sind durch die Unvollständigkeit der Informationen und die Unvorhersehbarkeit gesellschaftlicher Entwicklungen nur begrenzt verwendbar und wiederum oft von einer Vermischung wissenschaftlicher und normativer Elemente gekennzeichnet (Kulke 2004: 181). Umstritten ist deshalb das Ausmaß des ökologischen Drucks, da Rohstoffknappheiten zwar bei nicht erneuerbaren Energieträgern absehbar, davon abgesehen aber nur bei einigen einzelnen Rohstoffen quantitativ belegbar sind: *„Aus diesem Grund spricht man im Bereich der Rohstoffintensität weniger über klare Reduktionsziele als über die Quantifizierung von Produkten und den damit verbundenen Stoffströmen im Sinne der Ressourcenschonung“* (Böhm et al. 2005: 13, 15).

Da die ‚natürliche Tragfähigkeit‘ eines Lebensraums sich nicht getrennt von den in diesem Raum existierenden sozialen Systemen und deren Steuerungsmechanismen denken lässt, dreht sich dieser Diskurs auch darum, ob die für eine Senkung des Ressourcenverbrauchs nötigen gesellschaftlichen Veränderungen ‚weak‘, d.h. unter langfristiger Beibehaltung eines hohen Niveaus des Ressourcenverbrauchs, wobei grundsätzlich alle Ressourcen als ersetzbar und ihren Einsatz rein vom jeweiligen Handels-

bzw. Gebrauchswert bestimmt betrachtet werden (Hodge, Hardi 1997: 10; bei Littig, Grießler 2004: 69; Raemakers 2000: 27), oder ‚strong‘, d.h. durch eine fundamentale Umgestaltung der Gesellschaft, des Produktions- und Konsumverhaltens und der Lebensstile, der ein Konzept der endlichen natürlichen Ressourcen und der Unersetzbarkeit kritischen natürlichen Kapitals zugrunde liegt ausfallen sollen (Brand 2002: 31; Dangschat 1997: 171-173; Raemakers 2000: 27).

Nach BRAND bedeutet ein ökologisch nachhaltiger Entwicklungsbegriff grundsätzlich die Entwicklung einer neuen Ethik der Selbstbegrenzung im gesellschaftlichen Umgang mit der Natur:

- Selbstbegrenzung der Naturnutzung in Bezug auf zukünftige Generationen;
- Selbstbegrenzung der Naturnutzung unter dem Aspekt gerecht verteilter, globaler Entwicklungschancen;
- Selbstbegrenzung der Eigendynamik systemspezifischer Entwicklungsrationalitäten unter dem Gesichtspunkt der ‚Vernetzung‘ ökologischer, ökonomischer und sozialer Entwicklungsaspekte (Brand 1997: 14)

Diese Selbstbegrenzung soll Einzug halten in den gesellschaftlichen Alltag. Beispielhaft hierfür ist das Konzept des ‚ökologischen Fußabdrucks‘, das den Ressourcenverbrauch jedes Individuums bei einer dauerhaften Fortschreibung des jeweiligen Lebensstils kalkulieren und auf einen äquivalenten Flächenverbrauchswert umrechnen will. Auf diese Weise wird der globale (besonders in den Industriestaaten hohe) Ressourcenverbrauch thematisiert, dessen Beibehaltung derzeit ‚ein Mehrfaches unseres Planeten‘ benötigen würde (FNN 2007; Kulke 2004: 180). Gleichzeitig wird damit aber auch die Frage in den Raum gestellt, in welchem Verhältnis der Mensch zur Natur stehen soll, welchen ‚gerechtfertigten‘ Anspruch eine Gesellschaft auf einen Teil der produktiven Erdoberfläche dauerhaft durchsetzen kann, welche Folgen eine gesellschaftliche Ungleichverteilung von Ressourcen hat und wie ein ‚gerechter‘ Ressourcenverbrauch aussieht (Littig, Grießler 2004: 19-22; Peithmann 2002: 15). In Österreich ist beispielsweise der Energieverbrauch im Zeitraum 1974-2004 um knapp 75% gestiegen (AEA 2006), während die Gesamtbevölkerung nur um knapp 7,5% zunahm (Statistik Austria 2008); 2003 lag der äquivalente Ressourcenverbrauch pro Kopf 1,5 Hektar über der österreichischen Biokapazität. Die gesamte Europäische Union (EU25) lag pro Kopf 2,6 Hektar über der europäischen Biokapazität, und weltweit war der Verbrauch um 0,5 Hektar zu hoch (Ecological Footprint and Biocapacity 2006).

2.3 Soziale Nachhaltigkeit

Die soziale Dimension nachhaltiger Entwicklung ist wegen ihres offen normativen Charakters und den sie umgebenden Diskussionen nur schwer fassbar. Die diskutierten Ansätze fordern üblicherweise die Initiierung gesellschaftlicher und sozialpsychologischer Veränderungsprozesse und setzen auf mehreren Ebenen an:

- auf materieller Ebene: in Österreich wie auch in anderen Ländern existieren als Ausgleich zu den ökonomischen Akkumulationsmechanismen bisher staatliche Umverteilungsmechanismen (Bildungs-, Gesundheits-, Pensionssysteme, Arbeitslosenunterstützung, finanzielle Unterstützungsleistungen etc.), die wesentlichen Anteil an der materiellen Absicherung breiter gesellschaftlicher Schichten hatten. Die künftige Finanzierbarkeit dieser Systeme wird seit einiger Zeit in einer ideologisch stark aufgeladenen Debatte hinterfragt. Der auf dieser Ebene greifende Ansatz der ‚sozial‘ nachhaltigen Entwicklung soll durch das Schaffen und Aufrechterhalten geeigneter Prozesse und Strukturen jedes Individuum in die Lage versetzen, die eigene materielle Existenz selbstständig, d.h. unabhängig (oder zumindest weniger abhängig) von der bisherigen Art von staatlichen Umverteilungsleistungen und aus eigener Kraft zu sichern (vgl. Müller-Christ 1998: 36-37).
- auf rechtlicher Ebene: die Lebensqualität von Individuen wird durch aus wirtschaftlichen Tätigkeiten entstehenden ökologischen Belastungen wie Lärm, Luftverschmutzung und anderen Schadstoffen, aber auch durch soziale Belastungen wie unregelmäßigen Arbeitszeiten und stressbedingten Krankheiten beeinträchtigt. Moderne Gesellschaften erlauben bisher aber weitgehend nur eingeschränkte Auseinandersetzungen mit jenen Akteuren, die die Folgekosten ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit auf die Allgemeinheit abwälzen. Auf dieser Ebene soll ‚sozial‘ nachhaltige Entwicklung durch geeignete Prozesse und Strukturen die Gesellschaft in die Lage versetzen, die jeweils Verantwortlichen für die ökologischen und sozialen Folgekosten ihres Handelns verantwortlich zu machen (Dangschat 1997: 172-173; vgl. Müller-Christ 1998: 37).
- Auf gesellschaftlicher Ebene: für das Funktionieren einer Gesellschaft sind Normen nötig, die die zwischenmenschliche Interaktion regeln. Modernen Gesellschaften wird ein gesamtgesellschaftlicher Wertkonsens (mit ursprünglich religiösen

Wurzeln) unterstellt, dessen Prinzipien wie Gerechtigkeit, Mitgefühl, Barmherzigkeit und Fürsorge den Bezugsrahmen für die Gestaltung zwischenmenschlicher Beziehungen bilden. Eine abnehmende Bedeutung dieser Prinzipien kann neue Entwicklungspotentiale eröffnen, es werden aber auch negative Folgen gefürchtet, die sich bei einer räumlichen und zeitlichen Generalisierung zu gesellschaftlichen Problemen, beispielweise einem breiten Vertrauensverlust der Bürger in die Gemeinschaft, auswachsen können und innergesellschaftliche Abläufe stören. ‚Sozial‘ nachhaltige Entwicklung würde auf dieser Ebene bedeuten, dass Individuen ihr Verhalten so ausrichten sollen, dass die gegenwärtige Gemeinschaftsform keine ‚Verschlechterung‘, etwa im Sinne einer Entsolidarisierung, erfährt (vgl. Müller-Christ 1998: 38-39). Umstritten ist aber, woran eine derartige Ausrichtung erfolgen könnte; mögliche Begriffe wie Nationalstaat, Patriotismus oder Vernunft offenbaren bei näherer Betrachtung meist problematische Inhalte (vgl. Nassehi 1990).

Die materielle und die rechtliche Ebene stehen üblicherweise im Vordergrund der Debatte. Beispiele hierfür sind die Konzepte zur Produktion von Arbeitsplätzen durch Wirtschaftswachstum, Ansätze einer Verstärkung staatlicher Regulation, eine Veränderung des ökonomischen Produktionsmodus durch die Aufwertung von Begriffen wie Ressourceneffizienz, Kompatibilität und Reversibilität, oder internationale und wirtschaftliche Abkommen zum Klimaschutz, z.B. der Emissionshandel im Rahmen der Europäischen Union (Dürr 2007).

Der auf der Werteebene ansetzende Begriff ist komplexer und orientiert sich am kulturellen Funktionssystem, das

alle kulturellen Praktiken und Deutungsmuster einer Gesellschaft [beinhaltet], die sich in Lebensstilen und Lebensformen, gesellschaftlichen Ordnungen und ihren Legitimationen (z.B. der Geschlechterordnung), Wert- und Wahrheitsvorstellungen, Religion u. dgl. M. niederschlagen. Kulturelle Praktiken und Deutungsmuster sind über verschiedene Kulturen betrachtet hochgradig divergent und historisch wandelbar. Sie stellen den Rahmen dar innerhalb dessen ökonomische und politische Prozesse geformt und begründet werden. (Littig, Grießler 2004: 73)

Hier wird der normative Gehalt der Nachhaltigkeitsdebatte klar sichtbar: durch eine Kritik an den gegenwärtigen Naturverhältnissen werden auch die gesellschaftlichen

Organisationsverhältnisse und das kulturelle Funktionssystem in Frage gestellt (Littig, Grießler 2004: 74). Dem Individuum wird durch das Nachhaltigkeitskonzept eine Bewusstseinsänderung in mehrfacher Hinsicht abverlangt: nicht nur die Wahrnehmung der Natur und der gesellschaftlichen Probleme, auch das Bewusstsein für die Folgen des eigenen, individuellen Handelns für Natur und Gemeinschaft soll geschärft werden. ‚Die Gesellschaft müsse ihre Stoffwechselprozesse ändern‘ heißt, dass die derzeitige Art der Verschränkung von Bedürfnisbefriedigung und Ressourcenverwendung anders gewichtet werden soll zugunsten eines zu bestimmenden Umgangs mit den vorhandenen Ressourcen, der das Gesamtsystem in ein bisher nicht vorhandenes Gleichgewicht bringen soll und auch zukünftigen Generationen die Möglichkeit der angemessenen und menschenwürdigen Bedürfnisbefriedigung bietet (Littig, Grießler 2004: 68). Ein nachhaltiger Lebensstil würde demnach von diesen Prinzipien bestimmt:

- Dematerialisierung: eine Reduktion der Stoffströme
- Suffizienz: eine Senkung der Ansprüche bei der Befriedigung von Bedürfnissen
- Effizienz: im Ressourcenmanagement
- Natürlichkeit: Orientierung an ökologischen Kreisläufen, Nähe zur Natur
- Entschleunigung: die Verlangsamung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Abläufe
- Vielfalt: die Funktionsmischung in Wirtschaft und Lebensweise
- Identität: mehr regionale Identitätsbildung und Identifikation statt Individualisierung und Entwurzelung
- Kreativität: das Schaffen neuer Entwicklungstrends durch das Hinterfragen der gegenwärtigen Verhältnisse
- Sicherheit: wirtschaftliche Selbstständigkeit der Region, Schutz der Umwelt, Solidarität durch politische Partizipation, Gesundheitsvorsorge usw. (Kanatschnig, Weber 1998: 49-54).

In diesem Verständnis des sozialen Nachhaltigkeitsbegriffs wird die Öffentlichkeit mit ihrem breit gefächertem Alltagsverständnis und der subjektiven Interpretation und Gewichtung abstrakter und normativ bestimmter Begriffe wie ‚sozial‘, ‚Gerechtigkeit‘ und ‚Chancengleichheit‘ mit einbezogen. Operationalisierungsversuche sozialer Nachhaltigkeit werden aber gerade durch das breite Spektrum ideologisch konnotierter wirtschaftlicher,

politischer und sozialer Begriffe erschwert (Littig, Grießler 2004: 67-69). Die Betrachtung von Definitionsversuchen ‚nachhaltiger Entwicklung‘ zeigt dementsprechend, dass die gesellschaftliche Dimension des Nachhaltigkeitsbegriffs, obwohl zentral, bisher nur wenig konkretisiert wurde und statt eines umfassenden Ansatzes gesellschaftlicher Veränderung nur punktuelle Modifikationen wie die Sicherstellung der Befriedigung von Grundbedürfnissen (z.B. Gesundheit, Bildung, Beschäftigung, Wohnversorgung) vorgeschlagen wurden (Dangschat 1997: 177). Das Ziel gesellschaftlicher Veränderung wird so weniger durch präzise gesteuerte sozial-ökologische Transformationsprozesse verfolgt, sondern eher als Begleiterscheinung der Bekämpfung bestimmter ‚nicht-nachhaltiger‘ Entwicklungen erhofft. Durch diese Versuche der indirekten Steuerung sollen bestimmte, als nachhaltig gewertete Prinzipien in der Gesellschaft breite Durchsetzung finden: Recht auf menschenwürdiges Leben, intergenerationale und intragenerationale Gerechtigkeit, Partizipation aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen (Littig, Grießler 2004: 74).

Inwiefern diese Prinzipien überhaupt ‚nachhaltig‘ herstellbar sind, ist weiterhin umstritten. So wird beispielsweise angezweifelt, dass intergenerative Gerechtigkeit bei gleichzeitigem Erhalt des ökologischen Kapitals überhaupt erreicht werden kann; ebenso wird diskutiert, ob die Wirtschaftskreisläufe, deren Rolle in der Regel als zentral beurteilt wird, liberalisiert oder regionalisiert werden sollen (Brand 2002: 31). Auch in der Frage, ob Partizipation und das Ideal bürgerschaftlichen Engagements tatsächlich Gegenmittel für soziale Desorientierung, Exklusion und Marginalisierung darstellen (vgl. Kapitel 2.2.1), gehen die Meinungen auseinander; beispielsweise beschreibt PUTNAM Mitglieder von Gemeinschaften als politisch und sozial aktiv, und bewertet die Qualität des Gemeinschaftslebens von Individuen anhand deren Mitgliedschaften in ‚associations‘, da diese Mitgliedschaften ‚Gegenseitigkeit‘ und ‚vertrauenswürdige Beziehungen‘ schaffen würden (Albrechts 2005: 184). Diesem Ansatz zufolge kann direkte staatliche Intervention bürgerschaftliches Engagement steigern bzw. regenerieren (Mayer 2002: 36-37). Andere Ansätze kritisieren das hier idealisierte und formale mit aktiver Mitgliedschaft gleichsetzende Bild bürgerschaftlichen Engagements als verzerrt und verweisen gleichzeitig auf einen in der ‚higher educated middle class‘ überproportional verbreiteten und oft konservativ motivierten Aktivismus, der sich weniger sozialem Wandel, als vielmehr der Erhaltung des Status Quo verpflichtet fühlt und durchaus ‚*illiberal*,

partikularistisch oder ausschließend“ (Mayer 2002: 47) wirken kann (Albrechts 2005: 185). Weiters müssen die Einflüsse ökonomischer und politischer Prozesse, beispielsweise die Folgen eines Abbaus sozialstaatlicher Leistungen, berücksichtigt werden (Mayer 2002: 41). Und nicht zuletzt erschweren Beharrungstendenzen des repräsentativen Demokratiemodells die Realisierung eines kooperativ-kommunikativen (deliberativen) Politikmodells der Emanzipation und Beteiligung an lokalen und regionalen Prozessen (Brand 2002: 38-39).

2.3.1 Messen sozialer Nachhaltigkeit

Mit der Frage nach der Realisierbarkeit sozialer Nachhaltigkeit eröffnet sich gleichzeitig die Frage nach der Messbarkeit einer solchen. Im Rahmen verschiedener Konzepte nachhaltiger Entwicklung wurden und werden Indikatorensysteme entwickelt, um Bestandsaufnahmen und die Evaluierung von regulierenden Eingriffen zu ermöglichen. Die Anforderungen an Indikatorensysteme sind theoretisch klar: die Daten sollen aussagekräftig, überall verfügbar sowie schnell erhebbar sein, damit eine mögliche hohe Vergleichbarkeit erreicht wird. Die Verwendung von Indikatoren für die Ermittlung nachhaltiger Entwicklung ist aber mit Problemen behaftet: so ist aufgrund der dimensionsübergreifenden Konzeption des Begriffs bei der Reduktion auf Indikatorenansätze die Berücksichtigung der Wechselwirkungen zwischen den Dimensionen oft verkürzt und unzureichend; gleichzeitig kann die Verfügbarkeit der Daten ein wichtigeres Auswahlkriterium darstellen als ihre tatsächliche Aussagekraft. Die schwierige Messbarkeit der für die Werteebene der sozialen Dimension relevanten Begriffe wird auch dazu führen, dass zur Steigerung der Vergleichbarkeit inhaltlich komplexe Erhebungen vernachlässigt und vor allem ökonomische und ökologische Daten verwendet werden. Selbst die Evaluation der Wirkung von Eingriffen ist durch die Komplexität des Feldes und die Vielzahl der Wechselwirkungen nur unter Vorbehalt machbar. Die größte Schwierigkeit verursacht neben der Bestimmung und Messung abstrakter Konzepte wie ‚Zufriedenheit‘ und ‚Toleranz‘ durch quantifizierbare Daten aber die ideologische Aufgeladenheit des Auswahlprozesses: die Auswahl und Gewichtung von Indikatoren und die Definition von Grenzen wird so öfter durch politisch-ökonomische als durch wissenschaftliche Überlegungen beeinflusst (Sabancilar 2002: 85). In den letzten Jahren ist dadurch auf verschiedenen Ebenen eine Vielzahl unterschiedlich anschlussfähiger

Operationalisierungen des sozialen Nachhaltigkeitsbegriffs entstanden (Littig, Griesler 2004: 32-33). Eine allgemeine Zusammenstellung von Indikatoren versuchen LITTIG/GRIESSLER, die dafür ein Set aus drei Kategorien und insgesamt 12 Unterkategorien ausdifferenzieren:

- ‚Befriedigung von Grundbedürfnissen und Lebensqualität‘
 1. Existenzsicherung, Einkommensverteilung, Armutsgefährdung (Anteil Personen unter der Armutsgrenze, Einkommensungleichheit)
 2. Erwerbsarbeit (Arbeitslosigkeit Männer, Frauen, Jugendliche, Langzeitarbeitslose, Ältere)
 3. Bildung (Anteil der Analphabeten, Anteil der Schulabgänger ohne Aus- oder Weiterbildung)
 4. Wohnung (Zahl der Obdachlosen)
 5. Gesundheit (Lebenserwartung, Anzahl Herz-/Kreislaufkrankungen, Gesundheitsausgaben, Anzahl Arbeitsunfälle, Anteil Arbeitsplätze mit Gehörschutzpflicht)
 6. Individuelle Zufriedenheit (mit Arbeit, Gesundheit, Einkommen, Wohnung, Umwelt)
- ‚Chancengleichheit‘
 7. soziale Mobilität (Vergleich soziale Stellung Eltern-Kinder)
 8. Zugang zu Bildung und Weiterbildung (Anteil Arbeiterkinder an Studierenden, ausländische Jugendliche ohne Schulabschluss, Partizipationsquoten an Bildungsmaßnahmen)
 9. Geschlecht (Quotient der Arbeitszeit für Erwerbs- und Nichterwerbsarbeitszeit von Männern und Frauen, Lohnniveau von Männern und Frauen, Frauen in Führungspositionen, Gender Empowerment Measure)
 10. Minderheiten (Anteil Ausländer unter Armutsgrenze, Anteil ausländische Arbeitslose)
- ‚Soziale Integration‘
 11. Sozialer Zusammenhalt (ehrenamtliches Engagement in gemeinnützigen Organisationen, soziale Netzwerke)
 12. solidarische Haltungen und Toleranz (Einstellungsforschung zur Akzeptanz von Ausländern, Homosexuellen, Arbeitslosen; Spendenaufkommen für

gemeinnützige Zwecke; regelmäßige ehrenamtliche Mitarbeit in zivilgesellschaftlichen Organisationen) (Littig, Grießler 2004: 81-85)

Die Auswahl dieser Indikatoren wird mit der Kulturabhängigkeit der menschlichen Bedürfnisse, den Folgen deren Befriedigung für die natürliche Stoffkreisläufe, der Rolle der Arbeit, der politischen Partizipation und der normativen Prinzipien „*Sozialer Gerechtigkeit und Recht auf ein menschenwürdiges Leben für alle*“ (auch für zukünftige Generationen) begründet. Die Indikatoren selbst bestehend weitgehend aus auch für ökonomische Konzepte verwendbaren Kennzahlen wie Ausbildung, Beschäftigungsrate und Armut; dazu kommen noch als eigens zu erhebende, schwieriger zu bestimmende und kulturabhängige Daten die individuelle Zufriedenheit mit Arbeit, Gesundheit, Einkommen, Wohnung und Umwelt, die Einstellungsforschung sowie die Eingebundenheit in soziale Netzwerke (Littig, Grießler 2004: 81-85). Von der Verwendung derartiger inhaltlich unscharfer Indikatoren wird in anderen Konzepten eher abgesehen; beispielhaft sollen hier die Indikatorensysteme der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und Österreichs kurz betrachtet werden:

2.3.1.1 Nachhaltigkeitsindikatoren der Vereinten Nationen

Kapitel 40 der Agenda 21 schreibt die Verwendung von Indikatoren für die Messung nachhaltiger Entwicklung fest (UN: Indicators of Sustainable Development 2007: 5). Um eine weltweit möglichst einheitliche Messung mit vergleichbaren und aussagekräftigen Daten zu ermöglichen, entwickelte die ‚Commission for Sustainable Development‘ der Vereinten Nationen von 1994 bis 2006 als Orientierungshilfe ein Set von Indikatoren, die weltweit möglichst rasch und ohne größeren Aufwand erhebbar sein sollen und deren Verwendung jedem Land offensteht (ebd.: 5-7). Im Jahr 2006 wurde die dritte und bisher letzte Version dieser Orientierungshilfe veröffentlicht, die neben 50 zentralen Indikatoren weitere 46 Hilfsindikatoren als Option für jene Länder umfasst, die Mittel und Möglichkeiten für deren Erhebung bereitstellen wollen und können (ebd.: 9). Eine in früheren Versionen vorgenommene Unterscheidung der Indikatoren nach ihrer Zugehörigkeit zu den Dimensionen ‚Wirtschaft‘, ‚Umwelt‘, ‚institutionell‘ und ‚sozial‘ wurde 2006 weggelassen, stattdessen wurden 14 thematische Bereiche eingeführt, denen

die Kern- und Hilfsindikatoren in ihrer jeweiligen Primärwirkung zugeteilt werden (ebd.: 10-14, 15-29):

1. Armut (6 Kernindikatoren, 2 Hilfsindikatoren)
2. Governance (2 Kernindikatoren)
3. Gesundheit (6 Kernindikatoren, 4 Hilfsindikatoren)
4. Bildung (4 Kernindikatoren, 1 Hilfsindikator)
5. Demographie (2 Kernindikatoren, 2 Hilfsindikatoren)
6. Naturkatastrophen (1 Kernindikator, 1 Hilfsindikator)
7. Atmosphäre (3 Kernindikatoren, 1 Hilfsindikator)
8. Land (2 Kernindikatoren, 8 Hilfsindikatoren)
9. Ozeane, Meere and Küsten (3 Kernindikatoren, 3 Hilfsindikatoren)
10. Süßwasser (3 Kernindikatoren, 2 Hilfsindikatoren)
11. Biodiversität (2 Kernindikatoren, 5 Hilfsindikatoren)
12. Ökonomische Entwicklung (8 Kernindikatoren, 7 Hilfsindikatoren)
13. globale ökonomische Zusammenarbeit (2 Kernindikatoren, 4 Hilfsindikatoren)
14. Konsum and Produktion (6 Kernindikatoren, 6 Hilfsindikatoren)

Die Indikatoren selbst sind eine Zusammenstellung wirtschaftlicher Größen, gesellschaftlicher Entwicklungsdaten und ökologischer Parameter. Dass die Unterscheidung der thematischen Bereiche nach ihrer inhaltlichen Zugehörigkeit zu den Dimensionen Wirtschaft, Umwelt und Soziales weggelassen wird, kann als Zugeständnis an die Verknüpfung von Wechselwirkungen zwischen den Indikatoren gesehen werden. .

2.3.1.2 Nachhaltigkeitsindikatoren der Europäischen Union

In der Präambel des Vertrags von Amsterdam unterstreichen die unterzeichnenden Staaten ihren

festen Willen, im Rahmen der Verwirklichung des Binnenmarkts sowie der Stärkung des Zusammenhalts und des Umweltschutzes den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Völker unter Berücksichtigung des Grundsatzes der nachhaltigen Entwicklung zu fördern. (Krautzberger Maria 2002: 9)

Ausgehend von den Ergebnissen von Rio entwickelte die Europäische Union dafür eine eigene nachhaltige Entwicklungsstrategie, die auf den vier Grundprinzipien

‚Umweltschutz‘, ‚Wirtschaftswachstum‘, ‚Wahrnehmung internationaler Verantwortung‘ und ‚soziale Gerechtigkeit und Kohäsion‘ basieren sollte und sich inhaltlich an sechs Kriterien ausrichtet:

1. Einschränkung des Klimawandels und Steigerung des Anteils sauberer Energie,
2. Adressieren von Gefahren für die Gesundheit,
3. verantwortungsvolles Verwalten natürlicher Ressourcen,
4. Verbesserung der Transportsysteme und der Flächennutzung,
5. Kampf gegen Armut und soziale Exklusion,
6. Anpassung an die wirtschaftlichen und sozialen Anforderungen einer alternden Gesellschaft (Biart 2002: 7).

2001 wurde diese ‚European Union Strategy for Sustainable Development‘ vom Europäischen Rat angenommen, 2006 wurde sie erneuert und ausgeweitet (Brand 2002: 34; EUROSTAT 2007: VI; Rat der EU 2006: 2-3). Im Rahmen der Entwicklungsstrategie wurden drei zentrale Anliegen festgelegt, deren Entwicklung durch jeweilige Indikatoren gemessen werden sollen:

1. die Förderung des Wachstums der europäischen Wirtschaft (ein Hauptindikator, drei Subthemen),
2. die Vorbereitung Europas auf die wichtigsten Herausforderungen der Zukunft:
 - Klimawandel und saubere Energie (2 Hauptindikatoren, 2 Subthemen)
 - Nachhaltiger Transport (1 Hauptindikator, 3 Subthemen)
 - Nachhaltiger Konsum und Produktion (1 Hauptindikator, drei Subthemen)
 - Schutz und Verwaltung natürlicher Ressourcen (2 Hauptindikatoren-, 4 Subthemen)
 - Gesundheit (1 Hauptindikator, 2 Subthemen)
 - Soziale Inklusion, demographische Entwicklung und Migration (2 Hauptindikatoren, 6 Subthemen)
 - Globale Armut und Herausforderungen nachhaltiger Entwicklung (1 Hauptindikator, 3 Subthemen)
3. ‚good governance‘, sowohl als Leitprinzip einer effektiven und bürgernahen europäischen Politik, als auch als verstärkte Partizipation der Bürger an politischen Prozessen (3 Subthemen) (vgl. EUROSTAT 2007)

Das übergeordnete Ziel dieser Strategie ist die Förderung ökonomischen Wachstums; dies entspricht einem wachstumsorientierten Entwicklungsverständnis und setzt eine lineare Entwicklung von Gesellschaften voraus, in deren Schlussphase neben Massenkonsum auch außerökonomische Ziele (z.B. Naturschutz oder die Einrichtung wohlfahrtsstaatlicher Mechanismen) zunehmende Relevanz erhalten (Kulke 2004: 188). Die Bedeutung, die dieses Konzept wirtschaftlichem Wachstum auch für soziale Begriffe zumisst, ist beispielsweise am Bereich ‚Soziale Inklusion‘ ablesbar: dieser wird hier durch die Armutsgefährdung definiert und anhand des Hauptindikators ‚Armutrisiko‘ und den Subthemen ‚monetary poverty and living conditions‘, ‚access to labour market‘ und ‚education‘ gemessen (EUROSTAT 2007: 198-211). Als beeinflussbaren Bereich sozialer Nachhaltigkeit sieht das Konzept der Europäischen Union hauptsächlich die materielle Absicherung des Individuums durch den Kampf gegen Armut, die Herstellung von Arbeitsplätzen, sowie die Erhöhung von Bildungsniveau, Pensionen und Pflegestandards (Biart 2002: 8).

2.3.1.3 Nachhaltigkeitsindikatoren der österreichischen Bundesregierung

Die österreichische Bundesregierung verabschiedete 2002 eine Strategie für nachhaltige Entwicklung, in der der Begriff „soziale Nachhaltigkeit“ nur ein Mal und ohne weitere Definition vorkommt (Littig, Grießler 2004: 54). Die Strategie umfasst die vier Handlungsfelder ‚Lebensqualität‘ (14 Indikatoren), ‚wirtschaftliche Dynamik‘ (12 Indikatoren), ‚Lebensräume‘ (19 Indikatoren) und ‚Verantwortung‘ (in Europa und weltweit, 8 Indikatoren) (Lexikon der Nachhaltigkeit 2007 ; LM 2002: 41, 62, 80, 97; Österreichische Nachhaltigkeitsstrategie 2008). Die dem Handlungsfeld ‚Lebensqualität‘ zugeordneten Indikatoren sind:

1. Einkommensverteilung (oberstes/ unterstes Quintil)
2. Armutsgefährdung
3. Persistenz der Armutsgefährdung
4. Langzeitarbeitslosenquote
5. Anteil der weiblichen und der männlichen Arbeitnehmer im (bezahlten und unbezahlten) Elternurlaub an der Gesamtzahl der betroffenen Eltern
6. Bevölkerung in erwerbslosen Haushalten
7. Eigene Gesundheitswahrnehmung, nach Einkommensniveau
8. Beschäftigungswachstum
9. Lebenslanges Lernen (Erwachsenenbeteiligung an Aus- und Weiterbildung)
10. Frühzeitige Schulabgänger, die an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen

11. Berufliche Weiterbildung
12. Erwerbspersonen und Erwerbsquoten nach Geschlecht
13. Einkommensnachteil der vollzeitbeschäftigten Frauen
14. Gesundheitsstatus der Bevölkerung (LM 2002: 41)

„Lebensqualität“ wird damit gemessen anhand von standardisierten wirtschaftlichen und demographischen Daten sowie Rahmendaten des Bildungssystems. Der einzige eigens zu erhebende Indikator findet sich im Handlungsfeld „Lebensqualität“ mit der (nach Einkommensniveau und Geschlecht geordneten) eigenen Gesundheitswahrnehmung (mit direktem Bezug zur Definition der World Health Organisation, die Gesundheit als „[...] *a state of complete physical, mental and social well-being and not merely the absence of disease or infirmity*“, WHO 2008) definiert (LM 2002: 41). 2004 wurde der erste Indikatorenbericht über die Umsetzung der Leitziele veröffentlicht, 2006 wurde er aktualisiert (ÖINE 2008).

Die Betrachtung dieser drei Indikatorensysteme zeigt einerseits, dass zur Erhöhung der Vergleichbarkeit weitgehend standardisierte Daten herangezogen werden. Andererseits ist in allen drei Systemen eine wirtschaftswachstums- und beschäftigungszentrierte Konzeption nachhaltiger Entwicklung zu erkennen. Das Verständnis der sozialen Nachhaltigkeit als eines der materiellen Abgesichertheit zieht sich quer durch alle Konzepte, wobei diese materielle Abgesichertheit hauptsächlich durch Erwerbsarbeit hergestellt wird.

3. Stadtentwicklungsplanung und soziale Nachhaltigkeit

3.1 Stadt als sozialer Lebensraum

Die Wirkungen des Lebensraums „Stadt“, die von der Pluralität der Lebensstile und von der Dynamik der Zusammenhänge zwischen sozialer und räumlicher Mobilität ausgehen, können unterschiedlich eingeordnet werden (Hammer, Scheiner 2006: 18). So wurde etwa laut BAHRDT die moderne Großstadt bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts als Katalysator gesellschaftlicher Zersetzungsprozesse beschrieben (Bahrtdt 1961: 13). Gleichzeitig dient die Stadt aber auch als flexibler und unterstützender Entfaltungsrahmen für die Lebensvorstellungen breiter Bevölkerungsschichten (Strubelt 1998: 232-233). Entsprechend dem Verständnis, dass Stadt als eine räumliche Ansammlung von Menschen

mehr ist als die Summe dieser Individuen, beschrieb Robert PARK bereits in den 1920er Jahren

Stadt als Resultat kollektiven Handelns, in das gewissermaßen das ‚Habit‘ seiner vergangenen, gegenwärtigen und in sich selbst erfüllenden Weise (nämlich über Prozesse der Attraktion und Repulsion) auch zukünftigen Bewohner eingegangen ist. (Lindner 2003: 48)

Theoretisch kann das Konstrukt ‚Stadt‘ anhand von vier grundlegenden Merkmalen beschrieben werden:

- auf sozialer Ebene ergibt sich durch die spezielle Lebens- und Organisationsform ein hohes Maß an Kommunikation und Innovation;
- auf ökonomischer Ebene dominieren Arbeitsteilung, Warenaustausch und die Produktion von Dienstleistungen,
- auf ökologischer Ebene bedeutet Stadt eine Akkumulation energetischer und materieller Ressourcen auf begrenztem Raum,
- baulich-räumlich sind auf einer begrenzten Bodenfläche Gebäude, technische Anlagen und Pflanzungen in spezieller Anordnung konzentriert (Frick 2006: 11).

Aus der Verschmelzung dieser Merkmale entsteht der urbane Raum als Ort der Emanzipation von Natur und gesellschaftlichen Zwängen, gleichzeitig aber auch als Ort des Zerfalls sozialer Bindungen und der Vereinsamung (Siebel 1998: 262, 268).

Grundsätzlich wird eine fundamentale Differenz zwischen den Lebensstilen am Land und in der Stadt unterstellt, wobei innerhalb der Stadt Differenzierungen bestehen, und sich durch die allmähliche Überwindung des klassischen Dualismus von Zentrum und Peripherie in räumlicher, ökonomischer, sozialer und kultureller Hinsicht auch am Land städtische Lebensstile ausbreiten (Basten 2005: 59; Hammer, Scheiner 2006: 24). Das Vorhandensein einer ‚Stadtkultur‘ wird dabei vorausgesetzt,

[...] gleichbedeutend mit Offenheit, sowohl im Sinne des Unvoreingenommenen wie des Zugänglichen, im Sinne des Unentschiedenen wie des Widersprüchlichen, im Sinne des Abwechslungsreichen wie des Experimentellen, last not least im Sinne der Chancen, die das Stadtleben bietet, sowohl an (Entfaltungs-) Möglichkeiten wie an Zufällen. (Lindner 1998: 258)

Dieses Verständnis von ‚Stadtkultur‘ darf nicht mit einer urbanen ‚Identität‘ (etwa im Sinne einer Lebensweise in der Tradition der Aufklärung und bürgerlichen Werte)

gleichgesetzt werden. Trotzdem werden der städtischen Lebensweise spezifische Qualitäten zugeschrieben: das Konzept des ‚urbanen Habitus‘⁴ geht beispielsweise von der Annahme aus, dass Städte (und auch die einzelnen Stadtteile) aufgrund eines ‚biografischen‘ Verfestigungsprozesses bestimmten Entwicklungslinien näher stehen und Prädispositionen in den Haltungen ihrer Einwohner gegenüber Einwirkungen von außen zeigen, also durch spezifische, ortsgebundene Habitus-Formen die individuellen Aktionsmöglichkeiten der Einwohner beeinflussen und zum *„Erzeugungsprinzip von Lebensstilen und deren Repräsentation“* (Lindner 2003: 48, 52) werden. Nach SIMMEL entfalten die Beziehungen von Großstädtern untereinander grundsätzlich spezifische Qualitäten (er identifizierte ‚Intellektualisierung‘, ‚Blasiertheit‘ und ‚Reserviertheit‘), die sowohl als Selektionsmechanismus gegenüber einer nicht verarbeitbaren Menge an Eindrücken funktionieren, als auch zur Anpassung an die rationalistische Lebensweise der Moderne dienen (Siebel 1998: 267). LINDNER stellt dagegen mehr die Chancen, die die intellektuellen, politischen und kulturellen Begegnungen und Diskurse, die Verbindung von physischer Nähe und sozialer Distanz sowie ökonomische Möglichkeiten der Siedlungsform Stadt bieten, in den Mittelpunkt (Lindner 1998: 257).

3.2 Raum und Stadtentwicklung

In der Soziologie hat in den letzten drei Jahrzehnten das relationale Raumverständnis Verbreitung gefunden, das Raum nicht als *„materielle[n] Hinter- oder erdgebundene[n] Untergrund sozialer Prozesse“* (Löw et al 2007: 51), sondern als eine aus dynamischen sozialen Interaktionen resultierende Organisationsform beschreibt, die zwischen mehreren platzierten (*„auch im Sinne von Gewachsenem, Gebautem, Gepflanztem“*, ebd.) Objekten entsteht (Löw et al. 2007: 51; Sigel 2006: 16). So bezeichnen LÖW ET AL. Räume als *„[...] relationale (An)Ordnungen von Lebewesen und sozialen Gütern an Orten“* (Löw et al. 2007: 63), die, da sie *„im Handeln entstehen und auf Konstruktionsleistungen basieren, stets sozial [sind]“* (ebd.: 64). Relational sind sie, da Räume *„[...] als räumliche*

⁴ Als Habitus wird die sozial bedingte und gleichzeitig soziale Ordnung generierende *„[...]Gesamtheit der in Aussehen, Kleidung, Gestik, Mimik, Sprache usw. zum Ausdruck kommenden Besonderheiten des persönlichen Verhaltensstils, von denen auf Einstellungen, soziale Prägungen und Bereitschaften, d.h. auf die Persönlichkeit eines Menschen geschlossen werden kann“* (Hillmann 2007: 324-325) bezeichnet, die vom sozialen Kontext (d.h. von der Herkunft und dem bisherigen Lebenslauf) mitgeprägt werden. Die sich aus dem Habitus ergebenden Verhaltens- bzw. Wahrnehmungsmuster beeinflussen die individuellen Aktionsmöglichkeiten und sind auch Grundlage für die Bewertung sozialer Positionen und des Verhaltens anderer Individuen oder Gruppen durch das Individuum oder die Gruppe (Sigel 2006: 16; Wendorf et al. 2004: 15).

Strukturen, eingelagert in Institutionen, Handeln beeinflussen können“ (ebd.: 63).
Räumliche Struktur bedeutet hier, dass

[...] die Konstitution von Räumen, das heißt, entweder die Anordnung von Gütern bzw. Menschen oder die Synthese von Gütern bzw. Menschen zu Räumen (das Wiedererkennen, Verknüpfen underspüren von (An)Ordnungen), in Regeln eingeschrieben und durch Ressourcen abgesichert ist (ebd.).

Raum wird so beschrieben als Produkt sozialer, *„grundlegend dynamisch[er], prozesshaft[er] und wandelbar[er]“* (Bühler, Kaspar 2006: 38) Konstruktionsprozesse, mit denen er in Rückkoppelungsprozessen verbunden ist. Diese Konstruktionsprozesse sind *„von den darin Handelnden schwer zu erkennen, weil durch die Materialisierung der Raum der/dem Einzelnen als objektiv erscheint“* (ebd.: 63). Die Strukturierung von Gesellschaften in *„Klassen, Geschlechter, Ethnien, Altersgruppen etc.“* (Löw et al. 2007: 65) bewirkt aber, dass unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen Räume unterschiedlich erfahren und ihnen unterschiedliche Relevanzen zuschreiben; in Räumen werden *„meist auch Macht- und Herrschaftsverhältnisse ausgehandelt“* (ebd.).

Trotz der historischen Wandelbarkeit sozialer Prozesse zeigen sich in baulich-räumlichen Organisationsformen durchwegs Regelmäßigkeiten, oder, wie es FRIEDRICHS formuliert: *„Definierbare Formen sozialer Organisation führen regelmäßig zu bestimmten Formen räumlicher Organisation“* (Friedrichs 1977: 50, bei: Frick 2006: 15). Für die Organisationsform ‚Stadt‘ unterscheidet HILLIER drei grundlegende Gesetzmäßigkeiten der baulich-räumlichen Organisation:

- ‚spatial emergence‘: die Stadt organisiert sich im Verlauf ihrer Entwicklung selbst von unten her baulich-räumlich;
- ‚generic function‘: grundlegende menschliche Merkmale und Bedürfnisse erzwingen bestimmte Nutzungen und erfordern Zwangspunkte städtischer Entwicklung, z.B. Unterkünfte;
- Konfiguration: aus den Beziehungen der ersten beiden Gesetzmäßigkeiten entwickelt sich der Grad der Nutzbarkeit und Verständlichkeit des Raums, der sich beispielsweise aus der Korrelation von Zugänglichkeit von Raumabschnitten und der tatsächlichen Bewegungshäufigkeit ablesen lässt (Frick 2006: 39).

Die spezifische Form der Stadt ergibt sich somit als Konfiguration von Prozessen, die über eine von oben erfolgende Steuerung hinausgehen: die Fixpunkte grundlegender menschlicher Bedürfnisse erfordern das Vorhandensein bestimmte Nutzungsmöglichkeiten, darüber hinaus zeigen gesellschaftliche Gruppen unterschiedliche Prioritäten (deren Ausformung historisch wandelbar ist) (Löw et al. 2007: 65). Die räumliche Anordnung dieser Nutzungsmöglichkeiten entsteht im Laufe der Zeit in einem stetigen organischen Wachstums- und Anpassungsprozess durch die Verbindung von

Tradition und Innovation, von Vernakulärem und Fremdem, von ortsbezogener Tradition und von überregionalen Einflüssen, von affirmativem Selbstbezug und von gezielt gesteuerten oder auch zufälligen Importen. (Sigel 2006: 18)

Dies bedeutet, dass ‚Stadt‘ als wachsende Organisationsform auf Dauer von Steuerungsversuchen beschädigt wird, wenn diese der ‚natürlichen‘ Konfiguration entgegengerichtet sind. Der Planungsprofession brachten diese Erkenntnisse nach Jahrzehnten eines anderslautenden Selbstverständnisses das Bewusstsein, dass sie nur begrenzte, da auf unmittelbar baulich-räumliche Eingriffe beschränkte Möglichkeiten hat (Bühler, Kaspar 2006: 38). LÄPPLE beschreibt diesen begrenzten Einfluss in seinem Konzept des ‚relationalen Ordnungsraums‘, den er in vier, in enger Relation zueinander stehende Komponenten zerlegt:

1. *„das materiell-physische Substrat“* (als konkreter Einflussbereich planerischer Tätigkeit),
2. *„die gesellschaftlichen Interaktions- und Handlungsstrukturen“*, durch die der Raum seine Funktionen erhält,
3. *„ein institutionalisiertes und normatives Regulationssystem“*,
4. *„ein mit dem materiell-physischen Substrat verbundenes räumliches Zeichen-, Symbol- und Repräsentationssystem“*, das den Raum erst wahrnehmbar macht (Frick 2006: 16, nach Läßle 1992).

Die direkten Steuerungsmöglichkeiten der Planungsprofession sind damit nicht nur in ihrer Reichweite auf die räumliche Anordnung von Strukturen begrenzt, sondern auch durch das jeweilige Regulationssystem und die Vorgaben der gesellschaftlichen Handlungsstrukturen eingeschränkt. Auch die Art der Raumwahrnehmung kann nicht vorgegeben werden, sondern obliegt dem Individuum und ist von verschiedenen Faktoren abhängig, wie dem

sozialen, ökonomischen und kulturellen Hintergrund, der Erziehung, von ästhetischen Vorlieben, individuellen Gesundheits- und Gemütszuständen, von vergangenen Erfahrungen und vorherigen Wahrnehmungen etc. (Beer, Higgins 2000: 145).

3.3 Stadtentwicklungsplanung

Die Stadtentwicklungsplanung ist ein freiwillig eingesetztes Instrument städtischer Verwaltungen, durch dessen Zuhilfenahme Entwicklungsprozesse gesteuert oder zumindest lenkend beeinflusst werden sollen:

Stadtentwicklungsplanung wird verstanden als umfassende Gesamtplanung, basierend auf gründlicher Bestandsanalyse der Rahmenbedingungen (Wirtschaft, Demographie, Verkehr...), aufgrund welcher sich Zukunftsperspektiven („Leitbilder“) formulieren lassen, die in kurz-, mittel- und langfristige Zielvorgaben umgesetzt werden (wobei grundsätzlich auf eine Änderung der Rahmenbedingungen flexibel reagiert wird). Der Stadtentwicklungsplan ist Grundlage der Beratung von Politikern durch die Stadtplaner und gibt der politischen Führung ein Instrument in die Hand, an dem sie sich bei ihren Entscheidungen orientieren kann. Er soll auch Orientierungsrahmen und Koordinationsinstrument für die Verwaltung sein. (Althoff 1996: 26)

Im Unterschied zur Stadtplanung, die die Sicherung, bzw. Weiterentwicklung der ‚Qualität‘ der baulich-räumlichen Dimension von Stadt verfolgt (Frick 2006: 20, 21), stellt die Stadtentwicklungsplanung theoretisch nicht die räumlichen Aspekte einer Stadt in den Mittelpunkt, sondern versucht, ihre strukturelle Entwicklung (Siedlungsstruktur, Arbeitsstättenstruktur, Landschaftsstruktur, Infrastruktur, vgl. Kanatschnig, Weber 1998: 75) durch integrierte wirtschaftspolitische, stadtökonomische und kulturelle Eingriffe auf räumlicher, wirtschaftlicher und sozialer Ebene zu steuern (Heinz 1998: 235; Hoffmann-Axthelm 1996: 212). Wegen des freiwilligen Charakters dieses Planungsinstruments gibt es keine zwingend einzuhaltenden Verfahren oder Ziele, eventuelle Ähnlichkeiten zwischen Stadtentwicklungsplänen werden von der Abhängigkeit von den jeweiligen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verursacht (Heinz 1998: 234; Heinz 2002: 124; Strubelt 1998: 227). Diese Rahmenbedingungen sind nicht nur für jede Stadt speziell und von deren Entwicklungsgeschichte und ihren regionalen, nationalen und globalen Bezügen geformt, sie können sich auch durch den Einfluss von Entwicklungen, die sich oft dem Einflussbereich von Stadtverwaltungen entziehen, binnen kurzer Frist ändern (Mittringer 2002: 118). In der jüngsten Vergangenheit sind häufig genannte derartige Entwicklungen ein

„Einbruch“ einer global-marktwirtschaftlich orientierten Ökonomie, Demokratisierung und Zivilgesellschaft, Dynamik der neuen Lebensstile, Transformationen in Politik und Verwaltung, arbeitsmarktpolitische, soziale und ökologische Probleme, bei häufig eklatanter Knappheit der kommunalen Ressourcen. (Pirhofer 2005: 19)

Aber nicht nur diese gesamtgesellschaftlichen oder überregionalen Entwicklungen begrenzen die Möglichkeiten der Stadtentwicklungsplanung, auch die tatsächliche Reichweite der Wirkung ihrer Maßnahmen wurde lange Zeit überschätzt: von der Nachkriegszeit bis zur Mitte der 1970er Jahre war in Fachkreisen ein quasi-missionarischer Glaube an die Wichtigkeit der querschnittsorientierten Stadtplanung als eine Form der Gesellschaftsplanung und die dadurch begründete Verantwortung der Planungsprofession weit verbreitet (Heinz 2002: 126-127; Pirhofer 2005: 17; Selle 1994. 275-278). In dieser Idealvorstellung war sie flächendeckend (d.h. das gesamte Stadtgebiet umfassend), komprehensiv (alle Politikbereiche und Tätigkeiten nichtöffentlicher Akteure mit einbeziehend), mittel- bis langfristig angelegt und zielgerichtet. Die dominanten Leitbilder waren ein von der Moderne inspirierter Glaube an die nahezu unbegrenzten Möglichkeiten der Technik sowie die aus der Wirtschaft übernommenen Konzepte der Dezentralisierung und der räumlichen Trennung von Funktionen. Auf diese Art wurde versucht, ein allgemeines Lösungsmodell für gesellschaftliche Probleme zu entwerfen und durch den ‚richtigen‘ Umbau der Städte die ‚Gesellschaft in Ordnung zu bringen‘ (Bahrdt 1961: 10). Der tatsächliche Einfluss der Entwicklungsplanung auf die Entwicklung der Städte erwies sich aber als gering. Bis heute sind europaweit Diskrepanzen zwischen den Entwicklungsmodellen und den tatsächlich erfolgenden Entwicklungen erkennbar (Pirhofer 2005: 30). Die direkte Umsetzung der Konzepte kann an mehreren Problemen gleichzeitig scheitern:

- bei einer Trennung der gesamtstädtischen Entwicklungsplanung von den für die Realisierung der Vorgaben verantwortlichen Stellen liefern die entstehenden großräumigen und komplexen, zugleich aber durch ihren großflächigen Maßstab im Detail oft unbestimmten Querschnittskonzepte wegen ihrer Distanz zum tatsächlichen Planungsfeld den jeweiligen Fachplanungen der spezialisierten Verwaltungsbürokratien teilweise nicht realisierbare Vorgaben. Bei einer Einbindung dieser spezialisierten Planungsstellen liefern diese wiederum oft nur

begrenzte Informationen, um bei der späteren Ausarbeitung der Details möglichst freie Hand zu haben (Gawron 2001: 34-35; Heinz 1998: 238).

- Finanzielle und politisch-administrative Hindernisse erweisen sich oft als unüberwindlich (schon in den 1960er Jahren begannen sich die finanziellen Spielräume vieler Städte zu verringern) (Heinz 1998: 235).
- Die Unvorhersehbarkeit wirtschaftlicher und politischer Entwicklungen machen langfristige und großräumige Planungskonzepte unverwendbar, die Planungsprognosen erweisen sich oft als weit von der Realität entfernt (Heinz 2002: 127; Selle 1994: 38-39, 279).

Als problematisch erwies sich auch das lange verfolgte Leitbild der räumlichen Trennung von Funktionen. Die 1933 vom ‚4. Internationalen Kongress für modernes Bauen‘ beschlossene ‚Charta von Athen‘ schuf die Grundlage für die in der Nachkriegszeit mit Vehemenz vorangetriebene räumliche Entflechtung der Funktionen Wohnen, Arbeit und Erholung. Diese Neuorganisation der Strukturen wurde ursprünglich vom Kampf gegen das Elend der *„Massenquartiere in den Hinterhöfen der Industriestädte der Gründerzeit“* (Strubelt 1998: 225-226) motiviert, Einfluss hatte aber auch das wirtschaftliche Organisationsprinzip der räumlichen Funktionstrennung. Zusammen mit den Auswirkungen des wirtschaftlichen Strukturwandels (vgl. Kapitel 2.2.2) unterstützte dieser Planungsansatz die Dezentralisierung und Verlagerung von Funktionen aus den Innenstädten hinaus, die Randwanderungen und Neuerschließung von Siedlungsflächen in der Peripherie, sowie den wegen der wachsenden Distanzen zunehmenden motorisierten Individualverkehr (Mönninger 2001: 37-38). Mittlerweile hat sich die Ansicht durchgesetzt, dass räumliche *„Funktionstrennungen die Erlebnisvielfalt städtischer Räume reduzieren und das Verkehrsaufkommen vermehren“* (BfLR 1996: 5, bei Sabancilar 2002: 66), und die Dezentralisierungsbestrebungen einer modernitätshörigen Planung seien eine Ursache für die empfundene Abwertung der Stadt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Neumeyer 2001: 29-30).

Ab der Mitte der 1970er Jahre waren die Unzulänglichkeiten in den ‚klassischen‘ Konzepten der Stadtentwicklungsplanung nicht mehr ignorierbar. Der Bedarf an einer Steuerung der Stadtentwicklung ist aber weiterhin gegeben: theoretisch wird durch das Bereitstellen förderlicher Rahmenbedingungen wirtschaftliche Investitionstätigkeit

angezogen sowie das dadurch erzielte Wachstum kanalisiert. Gleichzeitig übernimmt die Planung durch den Schutz ökonomisch schwacher Nutzungen und durch das Management freier Räume eine Umverteilungsfunktion zugunsten marktschwacher Gruppen (Berger, Schmalfeld 1999: 319; Siebel 2005: 110). Nach ALLMENDINGER verhindert sie durch diese Kontrolle des Land- und Ressourcenverbrauchs Chaos und einen dadurch ausgelösten Verfall der Immobilienpreise; diese Funktion des ‚protecting property prices‘ sei sogar der einzige Grund, warum die Stadt- und Raumplanung trotz einer weitverbreiteten Geringschätzung und eines wachsenden Misstrauens der Bevölkerung gegenüber der Verwaltung überlebt weiterhin (Allmendinger 2001: 2-4; Venturi 2005: 45). In den letzten Jahrzehnten wurden verschiedene Neuentwürfe der Stadtentwicklungsplanung entwickelt, die sich hauptsächlich zwischen zwei Polen bewegen:

- ‚Inkrementalismus‘ als mittelfristiges und offenes Planungsmodell, d.h. als schrittweises, unkoordiniertes und an sich wandelnde gesellschaftliche Grundwerte angepasstes Vorantasten anhand von Einzelvorhaben und kleinteiligen Eingriffen in Teilräumen oder Sektoren, dessen Folgen durch eine Evaluierung der Eingriffe nachgewiesen werden sollen. Durch flexible und behutsame Eingriffe soll ein differenziertes Eingehen auf das gleichzeitige Nebeneinander von Wachstum, Stagnation und Schrumpfung ermöglicht werden; die Leitbilder sind offen formuliert und werden am Einzelprojekt diskutiert (Coy 2003: 69; Gawron 2001: 34-35, 45; Heinz 2002: 128-129, 240; Pirhofer 2005: 17; Selle 1994: 39-40, 48-54).
- Als Gegenentwurf zum Inkrementalismus ist seit Beginn der 1990er Jahre verstärkt die ‚diskursive Planung‘ in Verwendung: durch die Einbindung von nicht-politisch/administrativen Akteuren in konsensorientierte Diskussionsprozesse sollen wieder brauchbare gesamtstädtische Orientierungsstrategien erstellt werden (Heinz 2002: 132; Prigge 2005: 58). Grund für diese Rückkehr zu diesen gesamtstädtischen Planungsansätzen ist die wachsende Bedeutung weicher Standortfaktoren und langfristiger ökologischer Ziele (Heinz 2002: 131).

Erstarkt ist das Bewusstsein, dass für die zielgerichtete Beeinflussung gesellschaftlicher Entwicklungen alle betroffenen gesellschaftlichen Gruppen mit einbezogen werden müssen (Selle 1994: 62). Dies ist ein Zugeständnis an die Tatsache,

dass kein gesellschaftlicher Grundkonsens für ein bestimmtes Planungsmuster existiert (Pirhofer 2005: 30), sondern dass Konflikte zwischen rivalisierenden Zielen des ökologischen Umweltschutzes, der wirtschaftlichen Entwicklung und der Lebensqualität bestehen (Dangschat 1997: 187). Nachdem nach ihrem Aufleben und einer anfänglichen Euphorie in den 1970er Jahren der Einfluss der Bürgerpartizipation zugunsten von Akteuren aus Wirtschaft und Politik begrenzt und ihre Rolle auf eine Legitimierungsfunktion reduziert wurde, wurde ihre Bedeutung seit den 1980er Jahren wieder ausgeweitet (Heinz 1998: 244). In der Stadtentwicklungsplanung werden diesen Verständigungsprozessen mehrere Funktionen zugeschrieben: so sollen dadurch neue Informationen zugänglich gemacht und die Positionen betroffener gesellschaftlicher Gruppen abgeklärt werden. Anhand dieser Informationen können dann Prioritäten mit Bedacht gesetzt werden, während der Einbindungsprozess emotionale Potentiale bei den beteiligten Gruppen aktiviert (Becker 2005: 41). Eine möglichst breite Beteiligung kann daher die Akzeptanz von Plänen erhöhen und ihre Realisierung beschleunigen (Sabancilar 2002: 78-9). Ein Problem ist aber, dass das Ausmaß der Partizipation von der sozialen Klasse und vom ethnischen Hintergrund beeinflusst werden kann und wenig durchsetzungsfähige Gruppen dadurch tendenziell eine Benachteiligung erfahren; ebenso ist das Konzept der Partizipation als solches eines der Mittelschicht und für seine Tendenz zu einem ausschließenden ‚Elitismus‘ bekannt (Burgers et al. 2003: 60, 61).

Die drei klassischen raumwirtschaftspolitischen Ziele der Entwicklungsplanung definiert KULKE folgendermaßen: das Ziel des gesamtwirtschaftlichen Wachstums, gemessen an Bruttoinlandsprodukt oder Beschäftigungszahl; das Ziel der Stabilität durch eine Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur; und das Ziel des Ausgleichs von Unterschieden wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit (Kulke 2004: 44-45). Während das Ausgleichziel vor allem in ländlichen Regionen verfolgt wird, liegt der Fokus der urbanen Räume hauptsächlich auf Wachstum und Stabilität. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen durch Wachstum und optimale Nutzung vorhandener Ressourcen wird oft sogar als Hauptziel der Stadtentwicklungsplanung bezeichnet, da der verwendete Wachstumsbegriff mit einem Anstieg der Beschäftigungszahlen gleichgesetzt wird. Gleichzeitig gilt Erwerbsarbeit als eine Art Allheilmittel gegen soziale Probleme wie beispielsweise Integrationsprobleme oder Kriminalität. Die Hoffnung auf eine Abnahme der Arbeitslosenzahlen durch ein Ansteigen der Arbeitsplätze erweist sich angesichts eines

expandierenden und zunehmend ausdifferenzierten Dienstleistungssektors aber nicht selten als trügerisch, da die qualitativ steigenden Anforderungen vom lokalen Arbeitsmarkt oft nicht mehr befriedigt werden können; stattdessen wird Zuwanderung erzeugt (Burgers et al. 2003: 13, 15, 21-22; Strubelt 1998: 222).

Die Orientierung am ökonomischen Wachstumsmodell zwingt die Städte durch sich verändernde Rahmenbedingungen, die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum vermehrt selbst durch das Schaffen von Standortfaktoren aktiv zu gestalten. Beim Management der stadtspezifischen Ressourcen halten deshalb verstärkt ökonomische Strategien Einzug, die sich auch an regionalen und interregionalen Entwicklungen orientieren müssen. Die auf verschiedenen Ebenen nötig werdende Gleichzeitigkeit von Eingriffen erhöht die Komplexität und verlangt die Verstärkung der Netzwerkarbeit, der Umfang der Eingriffe setzt eine breite öffentliche Diskussion und die umsetzungsorientierte Einbindung gesellschaftlicher Akteure voraus (Klotz et al. 2005: 178-182). Die Stadtentwicklungsplanung hat damit in den letzten Jahrzehnten eine Pluralisierung der Methoden erfahren und sich schrittweise dem Stadtmarketing angenähert, das sich gezielt an Investoren, Kunden, Touristen, aber auch nach Innen an Stadtbewohner und –benutzer richtet und der Positionierung im sich verschärfenden Standortwettbewerb dient (Heinz 1998: 241; Heinz 2002: 130). Im Vergleich zu früheren Formen sind geblieben:

- die mittelfristige Perspektive von 10 bis etwa 20 Jahren;
- der größere räumliche Umgriff mit gesamtstädtischem, teilweise auch regionalem Ansatz. (Becker 2005: 43)

Neue Aspekte der Stadtentwicklung sind:

- eine mehr oder weniger differenzierte Bestandsanalyse einschließlich von Stärke- und Schwächeanalysen, wie sie auch beim Stadtmarketing das Fundament bilden;
- die Funktion als Verständigungsplattform, als Orientierungs- und Bewertungsrahmen zur Entwicklung von und Entscheidung über Einzelprojekte;
- eine Art Gratwanderung zwischen Offenheit der Konzepte und Verbindlichkeit (ebd.).

Die deutlichste Abgrenzung vom Stadtmarketing liegt in der zeitlichen Perspektive, die nicht auf kurzfristige sektorale Leistungssteigerungen, sondern auf die Sicherung gesamtheitlicher Qualitäten und das Verhindern von ‚Fehlentwicklungen‘ abzielt (Raith 2005: 62).

Bei der Frage nach zugrundeliegenden Konzepten dieser neuen Stadtentwicklungsplanung taucht eine Vielzahl von Begriffen auf: „*die Stadt der kurzen Wege, die telematische, kompakte oder solidarische Stadt, kritische Konzentration, nachhaltige Siedlungsentwicklung, dezentrale Konzentration, Städtenetz*“ (Pirhofer 2005: 31). Hier offenbart sich ein Problem der Entwicklungsplanung: die gezielte Steuerung von Entwicklung benötigt weitreichende, normativ zu bestimmende Zielvorstellungen, die durch die Ableitung und Umsetzung kurzfristig realisierbarer Maßnahmen auf lange Frist angestrebt werden (Frick 2006: 87). Die Erfahrungen der Vergangenheit haben in der Bevölkerung aber ein tiefes Misstrauen gegenüber Leitbildern hinterlassen, hauptsächlich da die bei deren Formulierung beteiligten Experten (Architekten, Bauherren, Investoren, Verwalter, Fachjournalisten, Berater, Forscher...) sich generell den Bedürfnissen sozialen Zusammenlebens gegenüber ignorant zeigten: diese wurden oft nur am Rande und teilweise auch als ‚zu korrigierend‘ wahrgenommen (Frick 2006: 87; Gilg, Schaeppi 2007: 33). In dieser ihnen zugewiesenen inaktiven Rolle erfuhren die Stadtbewohner durch die ‚Planungsspiele‘ eine deutliche Entfremdung von der Verwaltung und der urbanen Lebensart an sich (Canniffe 2006: 57). So sieht CANNIFFE die urbane Lebensart seit der Mitte des 20. Jahrhunderts in Folge von fortgesetzten Fehleinschätzungen und Fehlplanungen der Stadtplaner in der Krise (Canniffe 2006: 56).

3.3.1 Herausforderungen für die Stadtentwicklungsplanung

3.3.1.1 Wirtschaft, Image

Der Einfluss der Wirtschaft auf die Stadtentwicklung ist in den spezifischen Einrichtungen, der zugeschnittenen Infrastruktur, aber auch in Konsum- und Freizeiteinrichtungen und speziellen Kulturangeboten erkennbar (Lindner 2003: 47). Max WEBER definierte die ökonomische Funktion von Städten als Orte, an denen

die ortsansässige Bevölkerung einen ökonomisch wesentlichen Teil ihres Alltagsbedarfs auf dem örtlichen Markt befriedigt, und zwar zu einem wesentlichen Teil durch Erzeugnisse, welche die ortsansässige und die Bevölkerung des nächsten Umlandes für den Absatz auf dem Markt erzeugt oder sonst erworben hat. (Bahrtdt 1961: 36)

Unbestreitbar ist der Aufstieg der modernen Stadt eng mit dem Bedeutungsgewinn der sekundären und tertiären Wirtschaftssektoren verbunden (Kulke 2004: 29-31). Aus wirtschaftstheoretischer Sicht wird dies von den ‚Agglomerationseffekten‘ begünstigt: ab

einer gewissen Mindestverdichtung der Siedlungsform ist der Nutzen der räumlichen Konzentration höher als die entstehenden Kosten. Als Vorzüge der Stadt werden vor allem die leistungsfähige Infrastruktur und die Nähe zu politischen Entscheidungsträgern, Zulieferbetrieben und Konsumenten bewertet (Kulke 2004: 29-31, 241). Bei zu hohen Verdichtungen werden diese Vorteile in der Theorie durch Umweltbelastungen, die Überlastung der Infrastrukturen und steigende Standortkosten wieder aufgehoben. Tatsächlich setzt hier aber in vielen Fällen ein externer Effekt ein: die Folgekosten bzw. durch wirtschaftliche Tätigkeit entstehende Belastungen werden von der Allgemeinheit getragen (Kulke 2004: 240-241).

Aktuelle Krisen der Städte in den Industriestaaten sind nach DANGSCHAT maßgeblich vom Wandel der wirtschaftlichen Produktionsweise bestimmt: im Rahmen einer Transformation der Produktionssektoren hin zu zunehmend ausdifferenzierenden Dienstleistungen, einer sich intensivierenden globalen Arbeitsteilung, zunehmenden internationalen Handels und einer Intensivierung der Informations- und Kapitaltransfers schrumpft in Europa die gewerblich-produzierende Basis, was besonders Regionen mit altindustrieller und branchenhomogener Struktur hart trifft. Weiters nehmen die in weiterhin ökonomisch erfolgreiche Regionen fließenden Wanderungsströme an Umfang zu (Dangschat 1997: 183). Unmittelbare Folgen dieser Umstrukturierungen sind der Zwang zur wirtschaftlichen Neuausrichtung auf den Dienstleistungssektor und ein Anwachsen struktureller Arbeitslosigkeit (Dangschat 1997: 183; Pirhofer 2005: 14-15). Diese ‚Globalisierung der Weltwirtschaft‘ zwingt den Wirtschaftsraum ‚Stadt‘ verstärkt zur Teilnahme am Wettbewerb um die Neuansiedelung und das Halten von Unternehmensstandorten; der heftige Konkurrenzdruck zwingt dabei zur Adaption unternehmerischer Strategien (Dangschat 1997: 183). Die Ansiedlung von Arbeitsplätzen bzw. die Umstrukturierung von Wirtschaftsstrukturen in der Privatwirtschaft ist durch lokale administrative Eingriffe aber nur schwer steuerbar. Die hierfür relevanten Entscheidungen werden von den Entscheidungsträgern in den betreffenden Unternehmen nicht nur durch rational-ökonomische Überlegungen, sondern auch durch persönliche und subjektive Bewertungen getroffen, und sind damit weder verlässlich beeinflussbar, noch im Voraus kalkulierbar; ein direkter regulierender Eingriff durch die öffentliche Hand käme einer unzulässigen Beschneidung „gesellschaftlich garantierter unternehmerischer/privater Dispositionsfreiheit“ (Heinz 2002: 127) gleich (Kulke 2004:

40, 49). Die tatsächlichen Möglichkeiten der Städte hängen deshalb auch von institutionellen Vorgaben und politischen Grundsatzentscheidungen auf gesamtstaatlicher Ebene ab: wie hoch ist der Zentralisierungsgrad der Wirtschaft, inwieweit können Regionen autonom agieren, wird eine Verknüpfung der Zentren mit dem Umland angestrebt oder ist eine Polarisierung der regionalen Entwicklung das Ziel (Kulke 2004: 255; Bathelt 2002. 69-73). In ihrer traditionellen Ausprägung versucht die Stadtentwicklungspolitik, durch finanzielle Anreize wie die Bereitstellung billiger Grundstücke, verschiedene Steuererleichterungen und die Gewährung von Subventionen Unternehmen anzulocken, ohne Einfluss auf spätere Unternehmensentscheidungen zu beanspruchen. Neuere Wirtschaftsförderungsstrategien bieten besonders wachstumsträchtigen Branchen oder Unternehmen eigens zugeschnittene Unterstützungsleistungen, erwarten dafür im Gegenzug allerdings oft konkrete Kooperationsleistungen oder Garantien der Unternehmen (Berger, Schmalfeld 1999: 320). International ablaufende Globalisierungs- und Restrukturierungsprozesse verursachen allerdings eine Tendenz zur Nivellierung dieser klassischen Standortfaktoren, was die Standortwettbewerbsteilnehmer zu neuen Strategien zwingt (Bell 1997: 2). Die von den Standortfaktoren eröffneten Positionierungsmöglichkeiten werden deshalb neu bewertet: einerseits bei den ‚harten‘ Faktoren, worunter quantifizierbare Größen wie zum Beispiel die vorhandene Infrastruktur, Investitionserleichterungen, direkte Subventionen, die Nähe zu Märkten, Lohnkosten oder Umweltschutzauflagen verstanden werden (Kulke 2004: 35, 38). Allerdings erzeugt die Kapitalmobilität hier eine besonders starke Tendenz zur Beseitigung interregionaler Differenzen, wobei die Regulierungen zu einem guten Teil außerhalb des direkten Einflussbereichs der Kommunen vorgenommen werden; die einzelnen Städte besitzen hier nur geringfügige Kompetenz zur individuellen Positionierung (ebd.: 130-131). ‚Weiche‘ Standortfaktoren beschreiben dagegen die ‚Attraktivität‘ des Produktionsstandortes anhand von Merkmalen, die nicht direkt quantifizierbar und durch Investitionspläne hergestellt werden können, die für die Standortwahl moderner Industrien aber trotzdem entscheidend sind (Berger, Schmalfeld 1999: 321-322). Dies sind nicht nur unternehmensbezogene, sondern auch personenbezogene Faktoren:

- unternehmensbezogene Faktoren
 - Wirtschaftsklima in Stadt und Region

- Image von Standort, Stadt und Region
- Führungsvorteile: räumliche Nähe zu relevanten Institutionen, beispielsweise Universitäten oder andere Forschungseinrichtungen..
- Personenbezogene Faktoren:
 - Wohnmöglichkeiten und Qualität des Wohnumfeldes
 - Qualität der Umwelt
 - Bildungsangebot
 - Gesundheitsversorgung
 - Freizeit- und Kulturangebot (Kulke 2004: 38)

So wird nicht nur durch die Aufwertung von Wirtschaftsgebieten, sondern auch durch eine Aufwertung der Wohn- und Lebensqualität die Attraktivität der jeweiligen Stadt gesteigert und ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöht (Dangschat 1997: 183). Einerseits führt der Standortwettbewerb damit zur Ausbildung weltweit analoger Infrastrukturen im Hinblick auf Verkehr, Produktion, Bildung und Konsum und zu städtebaulicher und architektonischer Nivellierung; ein Zustand, der als ‚generic city‘ (eigenschaftslose Stadt) kritisiert wird (Sigel 2006: 18-19). So scheint auf den ersten Blick durch die Geschwindigkeit des Finanzmarktes und die Entgrenzung des Personen- und Warenverkehrs die Wirtschaft jede geographische Gebundenheit verloren zu haben: der Ort wirtschaftlicher Tätigkeit erscheint, abgesehen von einigen wenigen internationalen Kontrollzentren im Sinne der ‚global cities‘, als nicht mehr relevant (Lindner 2003: 52-53).

Aber bereits der kulturgeographische Ansatz der „global cities“ zeugt von einer gegenläufigen Tendenz und weist Städten einen eigenen, unverwechselbaren Charakter zu. Als Zentren mit besonders ausgeprägten internationalen Vernetzungen und leistungsfähiger Kommunikations- und Verkehrsinfrastruktur (z.B. internationale Flughäfen) dienen diese Städte als Hauptsitze von multi- und transnationalen Unternehmen und internationalen politischen Institutionen (z.B. UNO), und weisen eine besondere Konzentration hochrangiger Dienstleistungsbetriebe (z.B. Finanzdienstleister) und internationaler Kommunikationsaktivitäten (z.B. Messen) auf (Kulke 2004: 235). In ihrer Funktion als Kommandozentralen der internationalisierten Märkte organisieren sie weltweit Wirtschaftsbeziehungen und dienen gleichzeitig selbst als Zentren der Herstellung von Information und Technologien (Dangschat, Diettrich 1999: 99). Trotz dieser wichtigen

Funktionen müssen im Rahmen des globalen Standortwettbewerbs auch ‚global cities‘ auf ihre individuelle Erkennbarkeit setzen und auf die Entwicklung eines spezifischen Images bauen (Lindner 2003: 50):

In diesen ‚global cities‘ werden globale Prozesse mittels lokal verankerter kultureller Formierungen „heruntergebrochen“ und mit der Spezifik des Ortes versehen [...] was wiederum als „feine Unterschiede“ zur Verbesserung der Wettbewerbsposition der Städte instrumentalisiert wird. (Dangschat, Diettrich 1999: 100)

Dies zeigt, dass Ortscharakter als spezifischer Wert in den letzten Jahrzehnten sogar an Relevanz gewonnen hat. Die Globalisierung der Wirtschaft und der Abbau von Grenzen erweitert die Auswahlmöglichkeit des Kapitals und des Individuums: Städten wird (im Sinne ‚weicher‘ Standortfaktoren) ein individueller Charakter und ein damit verbundener spezieller Wert zugeschrieben, der Anziehungskraft entfalten und dadurch in Kapital umgewandelt werden kann (etwa als Produktions-, Finanz- oder Tourismusstandort). Der spezifische Charakter einer Stadt wird so zu ihrem individuellen Kapital, anhand dessen eine Wahlverwandtschaft mit ihr angestrebt wird (Lindner 2003: 52-53; Sigel 2006: 19). Da der sich ausbreitende und ausdifferenzierende Dienstleistungssektor bei der Standortwahl stärker von ‚weichen‘ Standortfaktoren beeinflusst wird als der schrumpfende industrielle Sektor, sind viele Städte für die Sicherstellung wirtschaftlichen Wachstums zu Investitionen in ihr Image gezwungen. Der finanzielle Spielraum für die qualitative Verbesserung ‚weicher‘ Standortfaktoren wird allerdings laufend geringer: der ‚harte‘ Standortfaktor ‚Steuern und Abgaben‘ besitzt die Tendenz zur Nivellierung auf niedrigem Niveau, die dadurch sinkenden Steuereinnahmen bedeuten eine Beschneidung der finanziellen Mittel vieler Städte. Zur selben Zeit nimmt durch prekäre Arbeitsverhältnisse und strukturelle Arbeitslosigkeit das Volumen der öffentlichen Transferleistungen zu, deren Empfänger sich zusätzlich weitgehend räumlich auf die Stadtregionen konzentrieren (Kulke 2004: 130-131). Die solcherart abnehmenden finanziellen Möglichkeiten der öffentlichen Haushalte begrenzen die Mittel zur Realisierung von Entwicklungskonzepten und schwächen die Handlungsspielräume und Steuerungsinstrumente der Kommunen gegenüber jenen der Wirtschaftsakteure (Heinz 2002: 127). Als Folge dieser Finanzschwäche werden oft selektiv symbolhafte und gebietsbezogene Einzelprojekte gefördert, von denen Vorbildwirkung für das Gesamtgebiet erhofft wird (Burgers et al. 2003: 29).

Auf der Suche nach individuellen Identitätsmustern durchlaufen viele Städte auch eine Rückbesinnung auf ihre eigene Geschichte. Diese kann, wenn positiv besetzt, zur Bildung eines nach innen und außen wirkenden Images beitragen und als ‚weicher‘ Standortvorteil wirksam werden. Bauliche Elemente (oft auch nur Rekonstruktionen) als weithin sichtbare Symbole historischer Identität dienen hier zur Sicherstellung von Differenz und Erkennbarkeit, wobei die Trennlinie zwischen identifikationsstiftenden Stadtstrukturen und wenig identifikationsfähigen musealen Erinnerungsräumen als dünn eingeschätzt wird (Meier 2006: 161; Sigel 2006: 28-29). Kritiker sehen in dieser Verbindung von Stadtentwicklung und Geschichtspflege eine inhärenten Gefahr der Verwischung historischer Komplexität durch eine selektive Neuaneignung vielschichtiger geschichtlicher Dimensionen. Durch die gezielte Reduktion von Komplexität zugunsten des Stadtbildes durch die Elimination von Brüchen wird die Erzeugung eines Bewusstseins für die ‚Machbarkeit von Geschichte‘ befürchtet; als konkretes Beispiel nennt SIGEL das Verschwinden sowjetischer Architektur in Mittel- und Osteuropa und die Rekonstruktion historischer Gebäude aus der vorkommunistischen Phase (Sigel 2006: 25-29).

3.3.1.2 Bevölkerungsrückgang

Was das die Entwicklung der Einwohnerzahlen von Städten betrifft, existieren derzeit zwei gegenläufige Trends. Einerseits steigt der globale Urbanisierungsgrad stetig an: laut Schätzungen der Vereinten Nationen wird die weltweite jährliche Zuwachsrate von zur Zeit knapp 2% im Jahr 2030 immer noch ca. 1,6% betragen (bei anwachsender Weltbevölkerung), der Anteil der in urbanen Gebieten lebenden Menschen wird dadurch von derzeit ca. 50% auf etwa 60% der Weltbevölkerung steigen. In absoluten Zahlen bedeutet dies eine Steigerung von derzeit 3,5 auf fast 5 Milliarden Menschen, die 2030 in urbanen Gebieten leben werden. Ein großer Teil dieses Wachstums wird sich auf die in der Mehrzahl in Entwicklungs- und Schwellenländern liegenden ‚mega-cities‘ (Städte mit mehr als zehn Millionen Einwohnern) konzentrieren (ESA 2008; Sigel 2006: 15). Auch in Europa soll in dieser Zeit der Anteil der Stadtbevölkerung, wenn auch mit jährlich weniger als 0,2% sehr viel langsamer als im Weltdurchschnitt, von derzeit ca. 72% auf knapp 78% anwachsen. Im Unterschied zur globalen Entwicklung wird sich die Einwohnerzahl Europas aber voraussichtlich verringern und die Zahl der Stadtbewohner in absoluten Zahlen nur geringfügig zunehmen (ESA 2008).

Gleichzeitig stellt der steigende Altersdurchschnitt der Bevölkerung die Stadtentwicklungsplanung vor neue Probleme: in Zukunft werden verstärkt Wohnformen benötigt, in denen alte Menschen hürdenfrei allein leben können und die im unmittelbaren Wohnungsnahbereich soziale Treffpunkte, Einkaufsmöglichkeiten und Grünanlagen bieten (Oblasser 2006: 66-67; Statistik Austria 2007). Darüber hinaus schürt die Aussicht auf eine schrumpfende und alternde Bevölkerung Europas nicht nur Sorgen über die Finanzierbarkeit der derzeitigen sozialen Sicherungssysteme, durch den sinkenden Konsum werden auch Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung befürchtet, vor allem Verluste von Arbeitsplätzen und eine Verstärkung von Wanderungsprozessen. Die meisten europäischen Städte erwarten einen Rückgang ihrer Einwohnerzahlen bei gleichzeitigem Wachstum einiger weniger wirtschaftlich prosperierender Metropolen (ESA 2008; Sigel 2006: 15). Die Stadtentwicklungsplanung stellt dieser absehbare Schrumpfungsprozess vor konkrete Probleme:

- durch die passive Mitbeheizung leerstehender Wohnungen wird Energie nutzlos verbraucht.
- Da Leerstand auch für die Hausbesitzer finanzielle Belastungen bringt, werden Wohnungen vermehrt unter den Bewirtschaftungskosten vermietet. Im Gegenzug wird in diese Wohnungen aber weniger investiert, viele Quartiere werden ganz dem Verfall preisgegeben.
- Durch die Ausdünnung von Funktionen im Wohnungsnahbereich nimmt die Wohnqualität für Gruppen mit eingeschränkter Mobilität ab, die Abhängigkeit vom Individualverkehr oder von öffentlichen Verkehrsmitteln nimmt zu. Zugleich findet eine Ausdünnung der sozialen Aktivitäten statt, da vermehrt eine überörtliche Orientierung erfolgt und das direkte Wohnumfeld nicht mehr zentral ist für soziale Beziehungen und Erfahrungen; die lokalen Sozialnetze zerfallen (Oblasser 2006: 63, 66).

Eine Stagnation bzw. Abnahme der Einwohnerzahlen eröffnen zwar auch Chancen für eine nachhaltige Steuerung des städtischen Ressourcenverbrauchs (Frick 2006: 81); das entstehende Überangebot an Nutzungsflächen und die sinkenden Finanzmittel drängen die Kommunen aber meist in eine passive Rolle, in der sie weniger agieren können, als vielmehr zur Reaktion gezwungen werden (Prigge 2005: 59).

3.3.1.3 Wohnen, Zersiedelung

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformationsprozesse haben seit Beginn der Industrialisierung durch die zunehmende Ausdifferenzierung, die Neubewertung und die Auslagerung vieler Funktionen an spezialisierte Einrichtungen (beispielsweise Geburt, schwere Krankheit und Tod) den Haushalt als Mittelpunkt sozialer Tätigkeiten entwertet. Als Folge wurde die Erwerbsarbeit als wirtschaftlich relevante Tätigkeit fast vollständig aus dem Haushalt ausgelagert, während die Konsumfunktion intakt blieb (Bahrdt 1961: 29). Gleichzeitig seien Körperlichkeit und Emotionalität in den Privatraum der Wohnung verlagert worden (Häußermann, Siebel 1996: 23; 25). Dementsprechend charakterisieren HÄUSSERMANN und SIEBEL die heute dominierende Wohnform als die durch Selbstdisziplinierung funktionierende Abgrenzung von privatem und öffentlichen Raum auf räumlicher, sozialpsychologischer und rechtlicher Ebene und definieren den Haushalt als Ort der Nicht-Erwerbsarbeit, der Familie und der Intimität, der durch einen rechtlichen und ökonomischen Rahmen geschaffen und erhalten wird (ebd.: 15, 32, 39):

Eine Wohnung muss also die Abgeschlossenheit der Privatsphäre garantieren, eine selbstständige Haushaltsführung, die mit Essenszubereitung gleichgesetzt wird, und die körperliche Entleerung. (ebd. 218-219)

Die konkrete Form der Wohnbedürfnisse als die Erfahrung eines ‚sich zu Hause föhlens‘ ist individuell bestimmt, vom Lebenszyklus abhängig und historisch wandelbar. Außerdem wird sie vom Zugehörigkeitsgeföhl zur jeweiligen sozialen Bezugsgruppe beeinflusst, deren durchschnittlicher Standard als Orientierungshilfe dient (ebd.). Die Ansprüche an die Wohnform können sich auch jenseits der real vorfindbaren Bedingungen bewegen. Ihre Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse wird durch verschiedene kognitive Anpassungsstrategien⁵ erleichtert (Böhler, Kaspar 2006: 37; Gilg, Schaeppi 2007: 24; Häußermann, Siebel 1996: 218-219). Als physische Qualitäten einer Wohnung gelten:

- die relative Lage im Raumgeföge und die bauliche Qualität der Umgebung,
- die Nähe zum Arbeitsort und die Ausstattung mit Infrastrukturen,
- der finanzielle Aufwand für den Erhalt der Wohnung,

⁵ Häußermann und Siebel verweisen hier auf das aus der Einstellungsforschung stammende Konzept des Zufriedenheitsparadoxons (Diskrepanzen zwischen Ansprüchen und realen Verhältnissen schwächen sich mit der Zeit ab) sowie die Theorie der kognitiven Dissonanz (hier: die individuelle Wohnzufriedenheit steigt mit der Zeit durch eine passive Anpassung der Ansprüche an die tatsächlichen Wohnverhältnisse), vgl. Häußermann, Siebel 1996: 218-219

- der qualitative Wohnungsstandard (Gilg, Schaeppi 2007: 20).

Die Wahl des Wohnorts, der Wohnform und der Ausstattung wird aber nicht nur von diesen materiellen Aspekten bestimmt, es wird auch nach Möglichkeit versucht, über den Begriff der ‚Lebensqualität‘ eine emotionale Identifikation mit dem Zuhause herzustellen; daher wird auch der soziale Zugang zu Nachbarn oder Mitbewohnern und der Schutz der Privatsphäre bewertet (Gilg, Schaeppi 2007: 11, 21, 27). Der soziale Zugang wird relevant, da idealtypisch ein menschliches Bedürfnis nach der Teilnahme an Beziehungsnetzen vorausgesetzt wird, deren am leichtesten zugängliche Form der Haushalt als Ort alltäglichen Lebens darstellt. Die Auslagerung von Funktionen hat den typischen Haushalt auf einen Kern aus Eltern und Kindern reduziert, während mit der weiteren Verwandtschaft meist nur Besuchsverhältnisse bestehen (Bahrtdt 1961: 23). Deshalb muss das Bedürfnis nach Gemeinschaftsformen auch durch Beziehungsnetze im Berufsleben und im Privatleben außerhalb des Haushalts befriedigt werden (Gilg, Schaeppi 2007: 21).

Die Stadtentwicklungsplanung muss gleichzeitig die Lebens- und Wohnbedürfnisse unterschiedlicher sozialer Gruppen berücksichtigen und den zeitlicher Wandel der Vorstellung vom ‚idealen Wohnen‘ beachten (Sabancilar 2002: 98). Die zugrundeliegenden Konzepte variieren stark, auch weil die Planer kein einheitliches Verständnis des Begriffs ‚Lebensqualität‘ besitzen und dieses zeitlich wandelbar ist; so wurde etwa lange Zeit das Ideal des Eigenheims politisch und planerisch stark unterstützt, z.B. durch Eigenheimförderungen und Pendlerpauschalen; die Folgen waren Randwanderungen und Zersiedelungen (Häußermann, Siebel 1996: 306; Mönninger 2001: 40; Wendorf et al. 2004: 7). Die durch die Errichtung von Neubauten in der Peripherie eintretende Verdünnung der Siedlungsstrukturen bedeutet eine Erhöhung des Nettobaulandeinsatzes je Einwohner und einen erhöhten Flächen- und Ressourcenaufwand für die nötige Erschließung, damit also ein Mehr an Ressourcen- und Flächenverbrauch sowie Emissionen. Für die öffentliche Hand bedeutet diese Auflösung der Stadt in der Region erhöhte Infrastrukturinstandhaltungskosten und den Verlust von Erholungs- und Rückzugsräumen, gleichzeitig werden durch den Verbrauch von landwirtschaftlichen Flächen die natürlichen Lebensgrundlagen der Stadtregion verringert, etwa im Zusammenhang mit der Wasserversorgung (Oblasser 2006: 63-65). Eine weitere Folge dieser Suburbanisierung ist der Anstieg des Verkehrs: die Bindung an die Kernstadt wird

auch bei der Verlegung des Wohnorts in das Umland meist aufrechterhalten, auch wegen der schlechteren Ausstattung der Umlandgemeinden mit Nutzungsmöglichkeiten. Der Verkehrsanstieg wird hauptsächlich in den Stadtzentren bemerkbar und kann wiederum Abwanderungen verursachen (ebd.: 65). Die ökologischen und sozialen Folgen dieser Randwanderungen und die Relevanz der Belegungsdichte innenstadtnaher Wohnräume für das Entstehen sozialer Beziehungen wurden mittlerweile erkannt; neuere Strategien wollen Leerstände in den Innenstädten beseitigen und dadurch die Ökoeffizienz erhöhen, während die Förderungen für den Neubau von energieintensiven Einfamilienhäusern zurückgefahren werden sollen (Böhm et al. 2005: 16, 19; Dangschat 1997: 185; Spiegel 1998: 42). Durch das Vermeiden nicht-freiwilliger Wohnortswechsel (beispielsweise als Abfolge von Arbeitsplatzverlust, Einkommensverlust und Wohnungsverlust) sollen stabile Wohnverhältnisse geschaffen und soziale Kontakte gestärkt werden (Gilg, Schaeppi 2007: 85; Selle 1994: 177). Die Durchsetzung ökologisch und sozial verträglicher Wohnstile wird allerdings von Marktmechanismen und der Bedeutung von individueller Autonomie, Lebensentwürfen und ästhetischen Normen gebremst (Häußermann, Siebel 1996: 307-309). So gilt beispielsweise ein hoher Flächenverbrauch trotz höheren Energieverbrauchs nach wie vor als wichtiges Element der Wohnqualität; eine künstliche Verknappung der Wohnflächen würde die Preise antreiben und dadurch sozial Schwache benachteiligen bzw. verdrängen (ebd.: 306).

3.3.1.4 Mobilität

Nach dem zweiten Weltkrieg stieg die individuelle Mobilität durch eine Zunahme des motorisierten Verkehrs rapide an. In Kombination mit der Verfügbarkeit billiger Energieressourcen und den dem bürgerlichen Ideal des Eigenheims folgenden Siedlungskonzepten (Strubelt 1998: 223) erzeugte dies eine Auflösung der ehemals zentralistisch orientierten Stadtstrukturen. Kritik am ‚autogerechten Kahlschlag‘ der Innenstädte machte sich bereits seit den 1960er Jahren in Bürgerbewegungen Luft (Meier 2006: 161). Schon für BHRDT stellte die Beruhigung des motorisierten Individualverkehrs eine Steigerung der Lebensqualität dar; zugunsten der Fußgänger solle der Autoverkehr aus der Stadt verbannt werden (Bahrtdt 1961: 118). Das Anwachsen des Verkehrsaufkommens hat neben Folgen für Umwelt (Emissionen, Flächenverbrauch, Ressourcen- und Energieverbrauch etc.) und Wirtschaft (Arbeitslosigkeit durch

Produktionsverlagerungen, Ausdünnung der Versorgung in Stadtzentren, Verbrauch von Ressourcen etc.) auch negative Auswirkungen auf die Gesellschaft (Sinken der Lebensqualität, gesundheitliche Belastungen, eingeschränkte Mobilität ohne eigenes Verkehrsmittel, Abwälzen der sozialen und ökologischen Folgekosten auf die Gesellschaft etc.) (Kanatschnig, Weber 1998: 174-175). Nachhaltige Entwicklungsansätze fordern die Umsetzung neuer Strategien: Einschränkung des Individualverkehrs, Ausweitung der öffentlichen Verkehrsmittel, dezentrale Konzentration von Siedlungstätigkeiten, funktionale Mischungen. Trotzdem ist die Rolle des Individualverkehrs für die Entwicklung von Städten ungebrochen:

Langfristig wirksame Standortentscheidungen orientieren sich damit zunehmend einseitig an den Möglichkeiten des Autos. Das Auseinanderrücken von gebauten Strukturen und räumlichen Gegebenheiten hat damit bei gleichzeitiger Konzentration von Produktions-, Verwaltungs-, Dienstleistungs- und Bildungseinrichtungen die Trennung der Grundfunktionen Wohnen, Arbeiten, Erholen oder Bilden vorangetrieben. Das Leben in der „Zwischenstadt“, also im Randbereich der Städte bzw. in kleinen Umlandgemeinden der großen Städte, setzt im heutigen Kontext in Ermangelung ausreichend verfügbarer flächendeckender öffentlicher Verkehrsmittel im allgemeinen das Auto voraus. Die Zwischenstadt ist damit in mehrfacher Hinsicht problematisch: Als Umweltbelastung, als nicht realisierbar für den Teil der Bevölkerung, der kein Auto zur Verfügung steht, und als Zerstückelung von Lebensraum und Lebenszeit. (Oblasser 2006: 65-66)

Räumliche Mobilität betrifft nicht nur das kurzfristige Verkehrshandeln, langfristig wird auch die Organisation der Stadtstrukturen und, über Ausschluss von Menschen mit eingeschränkter Mobilität, auch die soziale Mobilität, d.h. das Potential zu Auf- bzw. Abstieg in der sozioökonomischen Hierarchie der Gesellschaft, beeinflusst. In welchem Ausmaß Unterschiede im Verkehrsverhalten durch räumliche Strukturen determiniert sind oder individuelle Wohnstandortentscheidungen abbilden, ist allerdings nicht eindeutig klärbar (Hammer, Scheiner 2006: 25). Fest steht aber, dass Massenmotorisierung in Kombination mit hohen Bodenpreisen in den Innenstädten eine Tendenz zur Abwanderung ins Umland erzeugt (Hammer, Scheiner 2006: 18, 20; Strubelt 1998: 223). Daneben zeigt Mobilität noch eine weitere Facette: obwohl sie

häufig mit physischer Bewegung gleichgesetzt wird, umfasst sie aber auch die Nutzung von Medien (,virtuelle Mobilität'), und zwar sowohl stärker individualisierte (die ,neuen Medien' Internet, E-Mail, interaktive Cd-Roms, aber auch Fax, BTX, Telefon...) als auch die klassischen Massenmedien (Fernsehen, Radio, Zeitung, Zeitschrift). (Hammer, Scheiner 2006: 18)

Der Transport von Informationen über Telekommunikationswege kann den Transport von Gütern oder Personen ersetzen oder zumindest verringern (Kanatschnig, Weber 1998: 61). Die Auswirkungen der durch die ‚Mediatisierung der Gesellschaft‘ ermöglichten ‚Ausweitung der Mobilitätsräume‘ sind aber bisher offen, die Nutzung der ‚neuen‘ Medien gilt als hochgradig lebensstilspezifisch (Hammer, Scheiner 2006: 19, 21).

3.3.1.5 Segregation

Nach HÄUSSERMANN/SIEBEL existieren in modernen Stadtgesellschaften drei grundlegende Spaltungslinien:

1. die ökonomische Spaltung nach Eigentum, Einkommen und Position auf dem Arbeitsmarkt;
2. die soziale Spaltung nach Bildung, sozialer Integration und Position auf dem Wohnungsmarkt;
3. die kulturelle Spaltung nach ethnischer Zugehörigkeit, Religion und normativen Orientierungen (Häußermann, Siebel 1991: 28; bei Dangschat 1998: 215)

Segregationen bilden damit nicht nur materielle Distanzen ab, sondern sind anhand mehrerer Merkmale gleichzeitig möglich, also beispielsweise zwischen stabil und prekär Beschäftigten, bzw. Arbeitslosen, zwischen Einheimischen und Zugewanderten, sowie anhand kultureller Differenzierungen.⁶ Dem gegenüber steht die normative Vorstellung der ‚richtigen Bevölkerungsmischung‘, einer ‚idealen‘ Verteilung sozialer Gruppen innerhalb einer Stadt, die nach DANGSCHAT übersieht, dass *„durch die Lage und die Ausstattung des Wohnstandortes selbst unmittelbare Vor- und Nachteile entstehen, die nahezu ausnahmslos die ohnehin bestehenden sozial-kulturellen Unterschiede vergrößern“* (Dangschat 1998: 207).

Theoretisch könnte man also physische Distanz als Indikator für soziale Distanz verwenden; darüber schrieb schon in den 1920er Jahren Robert PARK, der in der Segregation eine Tendenz zur Bildung sozial homogener Stadtteile erkennen konnte (Dangschat 1998: 209). Auch BOURDIEU schrieb:

„Der soziale Raum weist eine Tendenz auf, sich mehr oder weniger strikt im physischen Raum in Form einer bestimmten distributionellen Anordnung von Akteuren und Eigenschaften niederzuschlagen. [...] Daraus folgt, dass der von einem Akteur eingenommene Ort und sein

⁶ was sich nach DANGSCHAT weitgehend auf mittlere soziale Lagen und jüngere Kohorten beschränkt, vgl. Dangschat 1998: 215

Platz im angeeigneten physischen Raum hervorragende Indikatoren für seine Stellung im sozialen Raum abgeben“ (Bourdieu 1991: 25, bei Dangschat 1998: 207)

Ein segregiertes Quartier würde damit, um wieder auf den Habitus des Ortes zurückzukommen, eine distinktive Ressource darstellen, mit eigenen sozialen Netzwerken und einer spezifischen lokalen Kultur (Dangschat 1998: 216). Aus einer derartigen Verbindung von sozialer Distinktion und Segregation ergeben sich nach BOURDIEU unterschiedliche Formen der Lokalisationsprofite:

- Situationsrendite (Nähe zu erwünschten Personen und Dingen und Ferne zu unerwünschten Personen und Dingen; [...]);
- Okkupations- oder Raumbelungsprofite [Quantität des verbrauchten (Wohn)raumes, unverbaubares Blickfeld];
- Positions- oder Rangprofite(Adresse) als besondere Form symbolischen Kapitals. (Bourdieu 1991: 30, bei Dangschat 1998: 208)

Als Frage bleibt aber, inwiefern die Segregation ‚selbstbestimmt‘⁷ oder über ökonomische Mechanismen fremdbestimmt ist (Dangschat 1998: 214-215). Eine Erkenntnis der letzten Jahrzehnte ist, dass sich ausbreitende Armut durch die Ausgrenzung am Wohnungsmarkt zur zunehmenden Segregation der Stadträume führen kann, zur räumlichen Polarisierung in gutverdienende und materiell schlechter gestellte bzw. arbeitslose Menschen, die aufgrund ihrer ökonomischen Schwäche in Räume am Rand der ökonomischen und politischen Aufmerksamkeit abgedrängt werden (Dangschat 1998: 218; Heinz 2002: 134; Selle 1994: 11, 130). In derartigen Räumen existieren vergleichsweise geringere Chancen zur Ausstattung mit finanziellem Kapital, was eine zusätzliche Benachteiligung für bereits materiell Benachteiligte darstellt (Dangschat 1997: 177-178; Dangschat 1998: 216). Als direkte Folge der räumlichen Konzentration von materiell Benachteiligten wird Desintegration und die Ausbreitung sozial destruktiver Verhaltensweisen befürchtet, die durch einen ‚Nachbarschaftseffekt‘ auch ‚Kulturcharakter‘ erhalten können (Burgers et al. 2003: 26), darunter etwa wachsende Gewaltbereitschaft, zunehmender Vandalismus und Verfall öffentlicher Räume, sowie die Verbreitung antidemokratischen Gedankenguts (Herrmann 2002: 212).

Ansätze zur Aufwertung von Raum- und Sozialstrukturen setzen weitgehend auf die Durchmischung von Bevölkerungsschichten und bauen auf die Vorbildfunktion und die

⁷ durch „die Freiheit für und die Verpflichtung zur individuellen Positionierung“, vgl. Dangschat 1998: 214

Steigerung der Kaufkraft durch obere und mittlere Schichten. Dabei werden zwei Aspekte vernachlässigt: erstens kann die qualitative Aufwertung von Gebieten eine Kettenreaktion in Gang setzen, an deren Ende die früheren Einwohner verdrängt und in andere Randgebiete abgewandert sind (Burgers et al. 2003: 19). Eine derartige Verdrängung kann bestehende lokale soziale Netzwerke und ökonomische, soziale und kulturelle Nischen zerstören, die als Auffangstationen die Einbindung von gesellschaftlichen Randgruppen erleichtern oder Raum für die Entfaltung kreativen Potentials bieten (ebd: 19, 28). Diese speziellen Stadträume bieten etwa Migranten oft eine erste Anlaufstelle: Studien aus Deutschland zeigen beispielsweise, dass dort Ausländer unter im Durchschnitt schlechteren Bedingungen als Inländer wohnen, d.h. konzentriert an Orten mit geringerem Prestige, gesteigerter Umweltbelastung, schlechterer Bausubstanz und anderen Standortnachteilen wie qualitativ schlechterer Ausstattung mit Infrastrukturen und öffentlichen Transportmitteln, sowie in qualitativ minderwertigen, beengten, schlecht ausgestatteten Unterkünften, oft in Sanierungserwartungsgebieten als Rest- oder Übergangsnutzer (Häußermann, Siebel 1996: 200-206). In diesen Räumen existieren allerdings oft spezielle Netzwerke, die Niedrigqualifizierten den Einstieg in den lokalen Arbeitsmarkt erleichtern können (derartige Netzwerke können auch migrationsverstärkend wirken); ethnische Enklaven können so auf kleinster Ebene auch größeren Nutzen zeigen als soziale Heterogenität (Burgers et al. 2003: 28). Über den Nutzen dieser Netzwerke hinaus werden diese Wohnbedingungen vor allem auch akzeptiert, da sie in den meisten Fällen nur als temporär, als Zwischenstation verstanden werden. Mit steigender Aufenthaltsdauer gleichen sich die Ansprüche an Qualität und Wohnort an jene des Gastlandes an (Häußermann, Siebel 1996: 200-201).

Der zweite vernachlässigte Aspekt der Durchmischung von Bevölkerungsschichten ist die bei materiell besserstehenden Schichten höhere Mobilität, die sie mit niedrigeren Schichten tendenziell weniger in Kontakt treten lässt (Burgers et al. 2003: 18) und sie damit von der Teilnahme an der Realisierung dieser gesellschaftlich definierten (und von der Definitionsmacht der höheren Schichten maßgeblich gestalteten) Integration durch Durchmischung befreit (Dangschat 1998: 218).

3.3.1.6 Ressourcenverbrauch und räumliche Strukturen

Die Befriedigung biologischer und kultureller Bedürfnisse produziert Materialflüsse in Form von Ressourcenverwendung und Abfallerzeugung (Frick 2006: 79). Die Siedlungsform ‚Stadt‘ verstärkt diese Materialflüsse: Städte benötigen schon für den Bau und die Instandhaltung städtischer Strukturen erheblichen Materialaufwand (Böhm et al. 2005: 14), und als hochverdichtete Siedlungsräume sind sie grundsätzlich abhängig von den umliegenden Regionen und nicht nachhaltig im Sinne einer ökologischen Ausgewogenheit (Bell 1997: 2; Frick 2006: 79-80). Die Wachstumsgrenzen einer Stadt sind so auch von den Kapazitäten der sie umgebenden Ökosysteme bestimmt, z.B. durch das knappe, nicht vermehrbare Gut ‚Boden‘, oder durch die Aufnahmefähigkeit für Abfälle und Abwässer (Frick 2006: 80). Gleichzeitig ergeben sich aus der hohen Besiedlungsdichte aber auch Vorteile wie ein niedrigerer Energieverbrauch pro Kopf und die Verkürzung der Verkehrswege (Dangschat 1997: 182; Frick 2006: 81). Ein ökologisch orientierter Umbau der Städte kann sich an drei verschiedenen Strategien orientieren:

- Änderung der räumlichen Strukturen der Stadt: durch eine Verdichtung der Wohnstrukturen und eine Neuordnung von Nutzungen können Flächen- und Energieverbrauch eingedämmt und das Verkehrsaufkommen verringert werden. Die Steigerung der Effizienz der Flächennutzung und der Anordnung der Nutzungsstrukturen wird aber zum einen durch sozialpolitische Ziele des Staates eingeschränkt, zum anderen würde eine erzwungene Verdichtung durch die Rücknahme der Suburbanisierung eine Beschneidung individueller Autonomie bedeuten (Böhm et al. 2005: 14; Häußermann, Siebel 1996: 304-308; Peithmann 2002: 20).
- Einsparung von Ressourcen durch den Einsatz hochmoderner Stadt- und Haushaltstechniken: dies soll die Schonung von Ressourcen ohne Einbußen beim Lebenskomfort ermöglichen. Die Nachteile liegen bei den hohen Kosten, die eine massive Verteuerung des Stadtlebens zur Folge hätten, und bei der ökologischen Unverträglichkeit der Herstellung der dafür benötigten Technologien, die an den Herstellungsorten voraussichtlich zu massiven Naturschäden produzieren würde (Häußermann, Siebel 1996: 304-308).
- Verhaltensänderung von breiten Teilen der Bevölkerung: dieser Ansatz kombiniert den Verzicht auf verschiedene energieintensive Annehmlichkeiten moderner

Lebensführung mit einer Entschleunigung des Alltags. Auf individueller Ebene sollen (aktuell oft als ‚Unbequemlichkeiten‘ empfundene) Verhaltensweisen wie das Ausüben zeitraubender Tätigkeiten im Haushalt durch Verzicht auf den Einsatz elektrischer Geräte, Mülltrennung oder die Verwendung öffentlicher Verkehrsmittel verbreitet werden. Problematisch ist hier die Frage nach der Umsetzung: es besteht ein Ungleichverhältnis zwischen der Priorität des Umweltschutzes für das Individuum und seiner tatsächlichen Bereitschaft, dafür den eigenen Lebensstil zu ändern (ebd.).

3.4 Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklungsplanung

Als Gesamtplanung umfasst der Handlungsbereich der Stadtentwicklungsplanung die Dimensionen Wohnen, Wirtschaft, Verkehr, Freiraummanagement, Kommunikation sowie Versorgung und Reinigung (Frick 2006: 93-97). Dabei werden bestimmte Annahmen über die zukünftige wirtschaftliche und demographische Entwicklung der Stadtregion getroffen, auf die über verschiedene Handlungsfelder Einfluss genommen werden kann: die Steuerung des Flächenverbrauchs, die Regulierung städtebaulicher Dichte, die Verwaltung von Frei- und Brachflächen, die Bereitstellung von Infrastrukturen und Kooperationen zwischen Stadt und Umland (Krautzberger Michael 2002: 124); im erweiterten Einflussbereich liegen auch die Ästhetisierung des Stadtbildes und die Inszenierung von Kultur, d.h. die städtebauliche Entwicklung der inneren Stadt und Bemühungen um die Ansiedlung privater Kultur- und Freizeiteinrichtungen (Berger, Schmalfeld 1999: 322). Die Stadtentwicklungsplanung versucht so, die zukünftige Entwicklung aktiv in eine als wünschenswert empfundene Richtung zu lenken, d.h. die der Planung zugrundeliegenden Annahmen zu realisieren. Nach FRICK werden in der Entwicklungsplanung idealtypisch vier Ziele verfolgt:

- ‚Necessitas‘: die Bereitstellung der für die Existenz der lokalen Gemeinschaft benötigten Gebäude, Infrastrukturen, Pflanzungen und Außenräume;
- ‚Commoditas‘: die größtmögliche Angemessenheit und Zweckdienlichkeit der gebauten Stadt gegenüber den Ansprüchen der Bewohner;
- ‚Voluptas‘: Schaffung der größtmöglichen Wahrnehmbarkeit und Identifikationsfähigkeit;

- ‚Durabilitas‘: das Decken der Grundbedürfnisse der Einwohner ohne langfristige Verminderung der vorhandenen Ressourcen (Frick 2006: 89-92).

Die Steuerung der räumlichen Entwicklung sollte sich demnach am Menschen und seinen Bedürfnissen ausrichten und ihm gleichzeitig bauliches Identifikationspotential bereitstellen. Langfristigkeit⁸, Dauerhaftigkeit⁹ und Flexibilität¹⁰ sind die Prinzipien, die die Grundlagen dieser städtebaulichen Entwicklung bilden würden. Da nachhaltige Entwicklungskonzepte ökonomische und ökologische Aspekte mit einbeziehen, könnte eine nachhaltige Stadtentwicklung definiert werden als

[...] enhancing people's quality of life in terms of environmental, economic and social benefit, while at the same time minimizing any damaging impact on the earth's resources in both the short and long term. (Higgins, Karski 2000: 266)

In der Praxis stehen, der gesellschaftlichen Funktion ökonomischer Tätigkeit entsprechend, oft wirtschaftspolitische Überlegungen im Zentrum der verwendeten räumlichen Entwicklungskonzepte. Dem Ansatz entsprechend, dass mit steigendem Entwicklungsstand einer Gesellschaft ihre Wirtschaftsstruktur zunehmend vom industriellen Sektor abkehrt und durch die Nachfrage nach immateriellen Gütern bestimmt wird, ist eine durch Emissionen und Flächeverbrauch der Industrie erzwungene Trennung von Wohn- und Wirtschaftsräumen in vielen europäischen Städten nicht mehr nötig (Kulke 2004: 22-29). Das ehemals dominierende Konzept der funktionsräumlichen Arbeitsteilung, sowohl zwischen als auch innerhalb von Raumeinheiten, wurde auch deshalb mittlerweile weitgehend abgelöst, hat aber Spuren hinterlassen: die räumliche Ordnung vieler Städte hat dauerhafte Veränderungen erfahren, und die frühere hierarchische und auf ein Zentrum ausgerichtete Struktur ist oft ersetzt worden durch ein Netz aus Verknüpfungspunkten (Basten 2005: 57-58). Neuere Entwicklungskonzepte verfolgen eine dezentrale Konzentration wirtschaftlicher Aktivitäten auf ausgewählte Zentren oder das Konzept ausgeglichener Funktionsräume, in dem alle Raumeinheiten eine vergleichbare, funktional und wirtschaftlich diversifizierte Struktur erhalten sollen (Kulker 2004: 45-46). Die

⁸ „Abwägung von Entscheidungen unter Berücksichtigungen der Auswirkungen auf heutige und künftige Entscheidungen“, vgl. Sabancilar 2002: 78

⁹ dauerhafte Nutzbarkeit und damit das Potential zur Entwicklung von Identität, vgl. Marbach 2006: 181-182

¹⁰ an sich verändernde Rahmenbedingungen anpassbar gestalten, Reaktion auf nicht vorhersehbare Entwicklungen soll möglich sein, vgl. Sabancilar 2002: 80

Dynamik der europäischen Integration und des gemeinsamen Wirtschaftsraums macht vielen Städten neue Hoffnung auf wirtschaftliche Entwicklungschancen, die sich durch eine Regionalisierung des wirtschaftlichen Wettbewerbs eröffnen (Pirhofer 2005: 17, 18). In diesem Sinne funktionieren ‚große Pläne‘ auch als Positionierungshilfe im regionalen Standortwettbewerb, die von der Kommission der EU aktiv unterstützt werden, da eine

nachhaltige Stadtentwicklung, welche die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Städte verbessert, gerechten Zugang zu den Vorteilen einer erhöhten Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit gewährleistet und soziale Ausgrenzung verhindert, die ökologische Zukunftsfähigkeit der Städte verstärkt und innovative und flexible Entscheidungsprozesse und städtische Institutionen fördert, die eine umfassende Beteiligung vorsehen. (Nachhaltige Stadtentwicklung in der Europäischen Union: ein Aktionsrahmen; bei: Pirhofer 2005: 19)

Die Erschließung zusätzlicher Wirtschaftsflächen soll durch zwei Raumwirtschaftskonzepte begrenzt werden: einerseits gibt es durch die Umwandlung von nicht mehr genutzten, altindustriellen Flächen die Möglichkeit, die bisherigen Raumstrukturen den sich ändernden Anforderungen der Wirtschaft entsprechend anzupassen. Andererseits wird durch die Ausweitung des Dienstleistungssektors das Aufbrechen der bisherigen hierarchisch geordneten „*Geographie der räumlichen Produktionsstrukturen*“ (Dicken, Lloyd 1999: 315) und das dem Prinzip der Nutzungsmischung folgende, über das Stadtgebiet verstreute, Ansiedeln der Wirtschaftsstrukturen erleichtert (Burgers et al. 2003: 21). Die Qualität der ökologischen Umwelt erhält hier eine Aufwertung im Sinne eines ‚weichen‘ Standortfaktors, während in der Vergangenheit umweltpolitische Regulierungen oft mit dem Verweis auf den Standortwettbewerb und das Argument „*Wenn wir es nicht machen, machen es die anderen*“ (Peithmann 2002: 19) abgelehnt wurden. Der steigende ökonomische Effizienzdruck erfordert aber auch zunehmend die Einsparung von Energie und die Minimierung klimatisierter Gebäudevolumina (Gilg, Schaeppi 2007: 8), was das Bauen bzw. Sanieren unter ökologischen Gesichtspunkten und die sparsame Flächenhaushaltswirtschaft vorantreibt; hier reichen die Ansätze bis hin zu Versuchen der Verhaltensbeeinflussung durch die Kombination technisch-planerischer Ansätze mit neuen Lebensstilen (Dangschat 1997: 186; Peithmann 2002: 16). Die drei klassischen raumwirtschaftspolitischen Ziele können so um ein weiteres Ziel ergänzt werden: das

Ökologieziel bezeichnet die Herstellung einer ‚nachhaltigen‘, weil wenig belastenden Raumwirtschaftsstruktur (Kulke 2004: 44-45).

Für den Rohstoffverbrauch existieren im Gegensatz zu Energie- und Flächenverbrauch keine einheitlichen Mess-, bzw. Zielgrößen, da die Vielzahl der verwendeten Materialien und die regional unterschiedlichen Ressourcenvorkommen und ökologischen Abbauwirkungen eine eindeutige Bewertung und Einordnung verhindern. Statt konkreten Reduktionszielen wird deshalb eher die Notwendigkeit eines umfassenden Natur- und Landschaftsschutzes unter Berücksichtigung der menschlichen Lebensqualität diskutiert, was aber von den regional unterschiedlichen Ressourcenvorkommen und ökologischen Abbauwirkungen erschwert wird (Böhm et al. 2005: 13, 15). Grundsätzlich werden verschiedene Modelle der Stoffkreisläufe zwischen Stadt und umliegender Region unterschieden:

- ‚Externally Dependent Cities‘: die Stadt funktioniert in diesem Modell als Durchzugsbereich, als Verbrauchsstation in den Stoffkreisläufen des erweiterten Umlandes, das gleichzeitig Bezugsquelle für Ressourcen und Deponie für Abfälle darstellt. Dieser nachfrage- und wachstumsorientierte ‚lineare Stoffwechsel‘ kann auf Ressourcen in entfernten Regionen zurückgreifen und schafft nur wenig Anreize für eine effizientere Ressourcennutzung innerhalb der Stadt; entstehende soziale und ökologische Folgekosten werden marktwirtschaftlich (durch Kompensationslösungen) und umweltrechtlich (durch Regulierungen) internalisiert (Moss 2001: 60-61).
- ‚Self-Reliant Cities‘: die stofflichen Kreisläufe der Stadt sind auf eine geschlossene Kernregion („Bioregion“) reduziert, die Ressourcennutzung muss sich wie die Abfallproduktion an den vorhandenen Kapazitäten orientieren. Die Lokalisierung der Stoff- und Wirtschaftskreisläufe und der Ausschluss interregionalen Ressourcenaustauschs wird aber durch die ungleiche geographische Verteilung von Ressourcen erschwert (ebd.: 61-62).
- ‚Redesigning Cities‘: eine Neugestaltung der räumlichen Strukturen der Stadt kann den Ressourcenverbrauch und die Abfallproduktion minimieren. Ohne konkreten regionalen Bezug können so positive Auswirkungen auf den Ressourcenverbrauch der Stadtregion erzielt werden (ebd.: 62-63).

- ‚Quasi-Autarkic Cities‘: dieser Ansatz führt die anderen Modelle zusammen: die Ressourcennutzung wird durch die räumlichen Stadtstrukturen und die ökologische Tragfähigkeit der Bioregion vorgegeben, darüber hinaus wird aber auch ein (zu kompensierender) Austausch mit anderen Bioregionen zugelassen (ebd.: 63-64).

Der Typ ‚Externally Dependent Cities‘ entspricht der aktuellen gesellschaftlichen Organisationsform, während der Typ ‚Self Reliant Cities‘ eine Reorganisation der gesellschaftlichen Austauschprozesse voraussetzen würde. Das Konzept des ‚Redesigning Cities‘ wird durch die weit verbreitete Finanzschwäche von Kommunen und durch den hohen Energieaufwand bei der Umsetzung von Plänen eingeschränkt. Deshalb konzentrieren sich Projektinitiativen oft nur auf die Initialzündung von Entwicklungen: durch die Förderung von symbolhaften, gebietsbezogenen Projekten soll die Bevölkerung anderer Raumeinheiten zur Eigeninitiative animiert werden; außerdem lassen sich neue Ideen, Verfahren und Prozesse leichter an Einzelprojekten erproben (Burgers et al. 2003: 29; Selle 1994: 87-88). Die ‚Stadt der kurzen Wege‘ ist ein derartiger Versuch, durch Verdichtung, Nutzungsmischung und qualitative Aufwertung von bestehenden Stadtquartieren eine Verringerung des Flächen- und Energieverbrauchs und des Verkehrsaufkommens zu erreichen (Neumeyer 2001: 35; Spiegel 1998: 39).

Die je Stadt und Region unterschiedlichen Standorteigenschaften und finanziellen Möglichkeiten, die Bandbreite an verwendbaren Instrumenten und die Freiheit bei der Gewichtung der Zielsetzungen in den ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimensionen verhindern die Entwicklung eines einheitlichen Konzepts nachhaltiger Entwicklung (Sabancilar 2002: 62; Spiegel 2005: 114-115). Einigkeit besteht darin, dass die spezifischen Vorteile der Städte und ihre Bedeutung für wirtschaftliche, technische, kulturelle und soziale Entwicklungen genutzt werden sollen (Oblasser 2006: 64; Pirhofer 2005: 18); die bauliche Dichte ermöglicht die Einsparung von Flächen und Energie, die räumlich enge Anordnung von Nutzungen ermöglicht den effizienten Einsatz von Ressourcen und eine zeitsparende Lebensgestaltung (Oblasser 2006: 64). Auch in den Oberzielen ist man sich einig: *„Langfristigkeit, Partizipation, Flexibilität, Verknüpfung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Orientierungen“* (Sabancilar 2002: 76) werden regelmäßig genannt. Der Interpretationsspielraum und die Konfliktrichtigkeit dieser Begriffe, aber auch die in der Vergangenheit oft negativen Erfahrungen mit ‚großen

Plänen' und deren von der realen Entwicklung abweichenden, unflexiblen Konzeptionen führen aber dazu, dass langfristig ausgerichtete Stadtentwicklungspläne oft nur wenig mehr als grundsätzliche Orientierungsrahmen mit geringer Verbindlichkeit bieten und in den Leitbildern und Zielsetzungen eher allgemeine Begriffe wie ‚Nachhaltigkeit‘, ‚gesellschaftlicher Strukturwandel‘ und ‚sozialer Ausgleich‘ beinhalten, deren Realisierung die Möglichkeiten der Stadtentwicklungsplanung übersteigt und die auf gesamtgesellschaftlicher Ebene ansetzen müsste (Hoffmann-Axthelm 1996: 217; Spiegel 2005: 114-115). Gleichzeitig ergibt sich der Widerspruch, dass einerseits der Begriff ‚Nachhaltigkeit‘, der auch ökologische und soziale Bedeutungen und Erwartungen mit sich bringt, als Wettbewerbsvorteil ins Feld geführt wird, andererseits werden aber gerade *„ökonomische Strategien gefördert und weiter auf die Spitze getrieben, die eine nachhaltige Entwicklung bislang verhindert haben“* (Dangschat 1997: 183). Nach DANGSCHAT verstößt der Standortwettbewerb nicht nur deutlich gegen die Ziele der Nachhaltigkeit, er ist sogar kontraproduktiv, da er den Abbau von Umweltschutz und Sozialleistungen aktiv vorantreibt (ebd.: 184). Die ökologische Dimension wird von den wirtschaftspolitischen Ansätzen, die keine oder nur wenige Bewusstseins- und Verhaltensänderungen abverlangen, weitgehend auf ihre *„Unterstützungskraft der ökonomischen Basis“* reduziert (ebd.: 187).

3.4.1 Soziale Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklungsplanung

Die baulich-räumlichen Ansätze einer sozial nachhaltigen Stadtentwicklung konzentrieren sich weitgehend auf die drei Ordnungsprinzipien ‚Dichte‘, ‚Nutzungsmischung‘ und ‚dezentrale Konzentration‘, zwischen denen ein verträgliches Gleichgewicht geschaffen werden soll (Sabancilar 2002: 66). Wichtig ist die Kombination aller drei Aspekte: so ist etwa hohe materielle Dichte allein nicht mit sozialer Dichte und Urbanität gleichsetzbar, was etwa bei vielen, an Stadträndern gelegenen hochverdichteten Neubaugebieten erkennbar ist (Spiegel 1998: 40; Strubelt 1998: 223).

3.4.1.1 Nutzungsmischung

Die Nutzungsmischung setzt auf mehreren Ebenen an: als die Herstellung einer funktionalen Mischung (durch die räumliche Zusammenführung von Wohnen, Arbeit, Versorgung, Freizeit), als die Herstellung einer sozialen Mischung (durch das Zusammenführen von Einkommensgruppen, Haushaltstypen, Lebensstilen) und als

Herstellung einer baulich-räumlichen Mischung (durch die Gestaltung öffentlichen Raums) (Dangschat 1997: 186; Sabancilar 2002: 66-67). Die Orte der Nutzungsmischung sind

die Wohnung, das Geschöß, das einzelne Gebäude, der Block bzw. die Nachbarschaft und das unmittelbare Wohnumfeld, das Viertel, der Stadtteil, die Gesamtstadt und die regionale bzw. Stadt-Umland-Ebene. (Kanatschnig, Weber 1998: 69)

Durch die dezentrale Konzentration von Nutzungen auf der Ebene des Stadtteils als

Voraussetzung zur Schaffung von Urbanität, zur Förderung eines Quartierslebens, zur Begünstigung urbaner Vielfalt, zum Abbau von Segregation, zur Verbesserung der Lebenssituation benachteiligter Bevölkerungsgruppen (BfLR 1996: 20, bei Sabancilar 2002: 67)

sollen eine Durchmischung geschaffen und der motorisierte Individualverkehr verringert werden (Sabancilar 2002: 67). Durch eine Konzentration von Nutzungen auf Stadteilebene kann auch das Problem der auf der regionalen Ebene abnehmenden Erkennbarkeit gebauten Raums bekämpft und das Individuum verstärkt an das Stadtquartier gebunden werden (Töpfer 2001: 49), während von der Förderung sozialräumlicher Heterogenität durch das Verhindern bzw. Beseitigen von Segregation positive Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben erwartet werden und die soziale Kontrolle im Sinn eines Überblicks über den unmittelbaren Lebensraum erleichtert und das subjektive Sicherheitsgefühl, das einen wichtiger Faktor bei die Bewertung von Lebensqualität darstellt, gestärkt wird (Sabancilar 2002: 67, 96-98). Dabei muss aber darauf geachtet werden, dass die Dezentralisierung nicht zu kleinräumig ausfällt: bereits BHRDT warnte vor einer Gliederung des Stadtraums in kleinflächige Nachbarschaftsräume, da diese das individuelle Bedürfnis nach Privatsphäre verstärken und leicht eine ausschließende Wirkung entfalten könnten (Bahrtdt 1961: 119-121). Die Umsetzung derartiger Konzepte kann auch wieder an der eingeschränkten Planbarkeit räumlicher Entwicklung und der begrenzten Vorhersagbarkeit menschlicher Verhaltensweisen scheitern; so kann etwa die räumliche Konzentration von Funktionen auch zu ‚Funktionsüberlagerungen‘ führen, d.h. dass Funktionen trotz eines entsprechenden Angebots an anderen Orten genutzt werden, dadurch das Verkehrsaufkommen vermehren und die Bindung an den Ort nicht verstärken (Dangschat 1997: 186).

3.4.1.2 Öffentlicher Raum

Städte besitzen eine hohe materielle Dichte und dadurch hohes Potential für das Entstehen sozialer Interaktionen. Voraussetzung für das Entstehen einer hohen sozialen Dichte ist aber der Austausch im Rahmen des alltäglichen Interaktionszusammenhanges (Arbeit, Ausbildung, Freizeit/Erholung, Versorgung) (Spiegel 1998: 47). Sozialer Austausch lässt sich nicht erzwingen, da er vor allem intentional determiniert ist und die potentielle Unverbindlichkeit der Begegnung zentrale Bedeutung besitzt (Gilg, Schaeppi 2007: 117); nach BAHRDT ist es sogar das Kennzeichen der städtischen ‚Öffentlichkeit‘, dass sie durch ihre unvollständige Integration das Aufnehmen von Beziehungen ohne dauerhafte Wirkung ermöglicht und jeden Teilnehmer individuell bestimmen lässt, mit wem er in welcher Weise Kontakte aufnimmt und wie lange er diese Kontakte aufrechterhält (Bahrtdt 1961: 40). Die Stadtentwicklungsplanung kann aber durch den öffentlichen Raum im Sinne von ‚Freiräumen‘ ein Bindeglied zwischen baulich-räumlicher und sozialer Organisation bereitstellen, das durch Wechselverhältnisse zwischen Konstruktion (unbewegliche Elemente) und Ausstattung (halbbewegliche Elemente) von Orten, die als ‚supportive environments‘ bestimmte Aktivitäten unterstützen, und dem Verhalten der Anwohner bzw. Passanten (bewegliche Elemente) das Entstehen sozialer Interaktionen ermöglicht (Frick 2006: 52). Gebauter öffentlicher Raum wird so als wichtiges soziales Element der Infrastruktur einer Stadt anerkannt, das gleichzeitig die Wahrnehmung und das Entstehen von Bindungen im Sinne eines individuellen ortsgebundenen Charakters unterstützt (ebd.: 54). Der soziale und ökonomische (durch den ‚weichen‘ Standortfaktor Lebensqualität) Wert von Freiräumen und das sich hier eröffnende sozial-ökologische Entwicklungspotential (Grünräume im Nahbereich) werden deshalb zunehmend berücksichtigt (Selle 1994: 187. Die Nutzbarkeit öffentlichen Raums wird durch seine Zugänglichkeit, die Aufenthaltsqualität, sowie Sicherheit und multifunktionelle Eignung bestimmt (Frick 2996: 53; Sabancilar 2002: 98); obwohl idealerweise der gesamten Bevölkerung gleichermaßen zugänglich, ergeben sich Einschränkungen in der Nutzung aus verschiedenen Gründen:

- zeitlich (z.B. Nachtruhe)
- zeit-räumlich (z.B. Erreichbarkeit durch öffentliche Verkehrsmittel)
- bezüglich der intendierten Nutzung:
 - personenbezogen (z.B. nur für bestimmte Personengruppen zugänglich)

- nutzungsbezogen (mögliche Nutzungen schließen sich gegenseitig aus)
 - zustandsbezogen (grundsätzlicher Ausschluss bestimmter Nutzungen)
- (Wendorf et al. 2004: 31)

Darüber hinaus werden die Nutzungsmöglichkeiten von den diese Räume umgebenden sozialen und kulturellen Strukturen eingeschränkt (Bühler, Kaspar 2006: 38-39). Trotzdem spielt die planerische Gestaltung eine wichtige Rolle: in der Vergangenheit wurden etwa durch die Dominanz städtebaulicher Leitbilder, die den motorisierten Individualverkehr und die funktionelle Entflechtung in den Mittelpunkt stellten, oft unwirtliche öffentliche Räume geschaffen, die die Verdrängung sozialer Ereignisse wie Begegnung und Spiel und den Rückzug bestimmter sozialer Gruppen (z.B. Frauen, Kinder, ältere Bürger) in den privaten Raum begünstigten (Häußermann, Siebel 1996: 23, 38).

3.4.1.3 Leitbilder sozial nachhaltiger Stadtentwicklungsplanung

Eine sozial nachhaltige Entwicklung benötigt Ziele im Sinne von Zukunftsperspektiven, deren Realisierung durch wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen angestrebt wird (vgl. Kapitel 2.3). Die Stadtentwicklungsplanung hat mit Leitbildern in der Vergangenheit eher negative Erfahrungen gemacht, was einerseits an der Überschätzung ihrer Reichweite, andererseits aber auch an den verwendeten Leitbildern lag, deren Formulierung weitgehend einem kleinen Kreis von Politikern und Fachleuten oblag und breite gesellschaftliche Schichten nicht einbezog. Die Reichweite der Stadtentwicklungsplanung wird mittlerweile realistischer eingeschätzt: durch ‚harte‘ bauliche Maßnahmen (z.B. Bereitstellung Infrastrukturen, Wohnungsbau...) kann die Stadt auf zukünftige wirtschaftliche und demographische Entwicklungen vorbereitet werden; die sichtbaren, baulichen Resultate können die gesellschaftliche Unterstützung der Eingriffe langfristig aufrechterhalten und neben ihrer unmittelbaren Wirkung über den baulichen Wandlungsprozess auch psychologische und auf Dauer für die Bewohner identifikationsstiftende Wirkungen entwickeln (Burgers et al. 2003: 16). Dazu kommt, dass bei steigenden räumlichen, zeitlichen und sachlichen Ansprüchen die Steuerungswirkung sinkt; die sozialen Auswirkungen entwickeln sich nur langsam (teils auch über Generationen hinweg), und sind wegen ihrer Anfälligkeit für externe Einflüsse schwierig zu beurteilen (ebd.: 33-34).

Dem Nachhaltigkeitsdiskurs ist anzurechnen, dass er auch in der Stadtentwicklungsplanung das Bewusstsein dafür gestärkt hat, dass nachhaltige Entwicklung der Einbindung aller betroffenen Akteure und gesellschaftlichen Gruppen in neuartigen institutionellen Arrangements bedarf, um die nötige gesellschaftliche Verankerung zu erhalten (Dangschat 1997: 187; Raemakers 2000: 25-26). In diesem Sinne definieren BECKMANN/FORSSMANN nachhaltige Stadtentwicklung nicht nur als räumliches Leitbild, sondern als ein „*Vorgehens-, Planungs-, Prüf-, Ordnungs- und Betriebsprinzip*“ (Beckmann, Forßmann 1996: 11, bei: Sabancilar 2002: 65). Damit werden einerseits schon vorher existierende Begriffe unter einem gemeinsamen Dach vereint (Sabancilar 2002: 65) (die „*gleichzeitige und gleichgewichtige Berücksichtigung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Orientierungen in Projekte[n]*“, Sabancilar 2002: 82), andererseits werden neben dem Erreichen von baulichen, wirtschaftlichen und sozialen Zielen neue Akteure in den Prozess eingebunden, neue Kooperationsformen und Netzwerke geschaffen und die beteiligten Akteure ‚verändert‘ (Burgers et al. 2003: 37). Frühere Leitbilder erzeugten Distanz und Misstrauen zwischen Planern und Bevölkerung; die Frage lautet nun, wie Leitbilder beschaffen sein müssen, um eine breite gesellschaftliche Verankerung und Unterstützung zu erfahren. DANGSCHAT bietet hierfür drei Zielsetzungen an, denen er einen allgemeinen Gerechtigkeitsbegriff zugrunde legt:

- Sozialer Ausgleich durch die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen und sozialer Integration: Unterschiede in Infrastrukturausstattung und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit sollen reduziert werden, soziale Integration und politische Partizipation soll durch Einbindung der Bürger in Informations- und Planungsprozesse verstärkt werden.
- Soziale Gerechtigkeit: durch den Abbau ungleicher Lebens- und Partizipationschancen zwischen Arm und Reich soll Bedürfnis-, Leistungs- und Besitzstandsgerechtigkeit hergestellt werden.
- Sozialverträglichkeit: durch das Bekämpfen residentieller Segregation soll sich räumliche und soziale Ungleichheit verringern, da räumliche Konzentrationen einkommensschwacher Bevölkerungsteile als sozial unverträglich erachtet werden (Dangschat 1997: 178-182).

Für die Umsetzung von Strategien im Sinne dieses gesellschaftlichen Gerechtigkeitsbegriffs müssen in integrierten Ansätzen „*Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Sozial-, Kultur-, Wohnungs- und Städtebaupolitik*“ (Selle 1994: 12) zusammengeführt werden. Die Stadtentwicklungsplanung in ihrer Funktion der umfassenden Gesamtplanung kann dabei, bei Berücksichtigung der Lebens- und Wohnbedürfnisse unterschiedlicher sozialer Gruppen, direkten oder indirekten Einfluss auf mehrere relevante Handlungsfelder nehmen:

1. Förderung der Bildungsangebote (durch die Bedarfsermittlung und Bereitstellung von Gebäuden und Infrastrukturen)
2. Förderung lokaler partizipativer Strukturen und Identifikation mit der Wohnumgebung (durch Beteiligung der Bürger an der Gestaltung ihrer Wohnumgebung)
3. Förderung sozialräumlicher Mischung (durch das Bekämpfen von durch ökonomische Mechanismen erzwungener Segregation),
4. Sicherstellung der Grundversorgung (im Sinne einer Nahversorgung in Wohnungsnähe),
5. Erhaltung des Sicherheitsgefühls (durch gestalterische Elemente, z.B. Beseitigung von Angsträumen) (Sabancilar 2002: 94-98).

Obwohl die hierfür relevanten Entscheidungen letztendlich auf anderen Ebenen getroffen werden, kann die Stadtentwicklungsplanung als Beratungs- und Entscheidungsinstrument für Politiker und durch die Steuerung der räumlichen Entwicklung aktiv an der Beseitigung struktureller gesellschaftlicher Benachteiligung teilnehmen. Tatsächlich kritisiert aber beispielsweise DANGSCHAT, dass die Bürgerbeteiligung oft als einzige Maßnahme für die soziale Dimension genannt wird (Dangschat 1997: 188), während andere Maßnahmen nicht ausgeschöpft oder nur im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Interessen (im Sinne einer Aufwertung der ‚weichen‘ Standortfaktoren) gebraucht werden, ohne dass ihnen ein gesamtgesellschaftlicher Gerechtigkeitsbegriff zugrunde liegen würde. Im Sinne einer Verbesserung der ‚weichen‘ Standortfaktoren kommt es so etwa auch zu einer Funktionalisierung von Kultur im wirtschaftlichen Sinn, wobei die ‚Kulturalisierung‘ dabei an ein selektives Publikum gerichtet ist und an der Mehrheit der Bevölkerung vorbeigeht (Lindner 1998: 256-257). Die sozialen Folgen derartiger Strategien äußern sich in

zunehmender räumlicher Segregation und Arbeitslosigkeit sowie Finanzschwäche vieler Kommunen, deren Sozialausgaben gleichzeitig mit den Investitionen in die eigene Wettbewerbsfähigkeit ansteigen (Dangschat 1997: 184).

3.4.1.4 Partizipation

Die Partizipation¹¹ nimmt in den Konzepten sozialer Nachhaltigkeit eine wichtige Rolle ein: durch die Förderung lokaler partizipativer Strukturen sollen langfristig Sozialbeziehungen und Bindungen an eine lebendige örtliche Kultur geschaffen werden, die zur Identifikation mit dem jeweiligen Lebensraum geeignet sind. Auf dieser Ebene setzen etwa die Prozesse der ‚Agenda 21‘ an, die über die ‚Lokale Agenda 21‘ auf Kommunalebene eine neue Form der kleinteiligen räumlichen Entwicklung durch Ermutigung des Engagements der Bewohner verfolgt (Sabancilar 2002: 62). Die Bewohner sollen sich aktiv an der Gestaltung ihrer Lebenswelt beteiligen (Herrmann 2002: 212) und dadurch ein Zugehörigkeitsgefühl entwickeln, das als Voraussetzung für soziale Stabilität betrachtet wird (Sabancilar 2002: 97). Von der Stadtentwicklungsplanung wird hier erwartet, dass sie dem Individuum mehr Raum und bessere Möglichkeiten zum Engagement und zur Entfaltung gibt, indem sie neue Kooperationsformen schafft, die Bedürfnisse unterschiedlicher sozialer Gruppen berücksichtigt und die benötigten Infrastrukturen bereitstellt, wie etwa ein gut ausgebautes Informationsnetz (Sabancilar 2002: 95-96). Dadurch sollen verschiedene Wirkungen erzielt werden:

- Zunahme der Identifikation von Bewohnern und Bewohnerinnen mit ihrem Wohnumfeld bzw. Lebensraum
- Steigerung der Akzeptanz von Veränderungen
- prozeßhaftes Voneinanderlernen (Einbringung des Wissens der Bürger als „Experten vor Ort“ sowie des Fachwissens von Experten und Wissenschaftlern) durch Koordination von praktischem und theoretischem Wissen und Erfahrungsaustausch (auch zwischen verschiedenen Gruppen von Bürgern), das gegenseitiges Verständnis entstehen läßt
- Verständnis von größeren Zusammenhängen durch Abwägung gesellschaftlicher und individueller Wünsche und Bedürfnisse
- Versachlichung der Diskussion
- Entmonopolisierung und Entmythologisierung von Sachentscheidungen und Planungen der traditionellen Entscheidungsträger
- Erweiterung der politischen Souveränität des Bürgers
- Möglichkeit, sich selbst Anregungen für die Veränderung des eigenen Lebensstils oder Lebensraums zu holen
- Chance für Betroffene sich einzubringen

¹¹ vgl. Kapitel 2.2.1

- Kennenlernen der (regionalen) Akteure und der endogenen Potentiale (Humanpotential, bestehende Beziehungen und Verflechtungen usw.) (Kanatschnig, Weber 1998: 219-220)

Die Erwartungen an eine Einbindung der Bürger in die Planung von Entwicklungsprozessen durch verschiedene Beteiligungsmodelle sind damit durchgehend positiv besetzt. Die tatsächlich erreichbaren Resultate werden begrenzt durch Hindernisse, die sowohl auf Seite der Bürger (vgl. Kapitel 2.2.1, 2.3), als auch auf Seite der Politik und Verwaltung liegen: das Selbstverständnis von Behörden, Beharrungstendenzen gegenüber Reformen und der Unwillen, Entscheidungskompetenz abzugeben, verhindern das Entstehen von Beteiligung oft schon im Anfangsstadium (Nicolini 1997: 242-245).

4. Der Wiener Stadtentwicklungsplan STEP 05

Mit der von 2002 bis 2005 dauernden Ausarbeitung des Stadtentwicklungsplans STEP 05 war die Magistratsabteilung MA18 ‚Stadtentwicklung und Stadtplanung‘ betraut (STEP 2005: 18). Üblicherweise umfasst der Aufgabenbereich der MA 18 unter anderem ‚Stadt- und Regionalentwicklung‘, ‚Landschafts- und Freiraumplanung‘, budgetäre Aufsicht über alle Planungsabteilungen sowie ‚Stadtforschung und Raumanalyse‘, die sich mit den Bereichen Wirtschaft, ‚Bevölkerung und Soziales‘ und ‚Wohn- und Lebensweltforschung‘ befasst (WSSW 1). In der Wiener Planungswerkstatt besitzt die MA 18 auch ein eigenes Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit (WSSW 2). Die Funktion ist dabei laut Eigendefinition eine übergeordnete und koordinierende:

Wir befassen uns im Rahmen der überörtlichen Raumplanung mit den Themen Wirtschaft - Arbeit, Stadtstruktur - Zentren, Wohnen sowie Standortpolitik und bereiten so Grundlagen für wesentliche stadtentwicklungspolitische Entscheidungen auf regionaler und überregionaler Ebene vor. (WSSW 3)

Die MA 18 ist der Geschäftsgruppe ‚Stadtentwicklung und Verkehr‘ zugeordnet, deren Aufgabenbereiche beschrieben werden als

Automationsunterstützte, elektronische Datenverarbeitung, Informations- und Kommunikationstechnologie, Regional- und Stadtentwicklungsplanung, Stadtplanung, städtebauliche und architektonische Gestaltung, Stadt- und Ortsbildpflege, Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung, Angelegenheiten der Agenda 21, Fragen der Transeuropäischen Verkehrsnetze, generelle Verkehrsplanung, Verkehrskoordination, Parkraumüberwachung, rechtliche Verkehrsangelegenheiten; Stadtvermessung, Stadtforschung, Verwaltung und Bau der Bundes- und Gemeindestraßen, Brückenbau, öffentliche Beleuchtung. (WSSW 4)

Dieser Geschäftsgruppe unterstehen neben der MA 18 noch weitere, direkt an der Stadtentwicklung beteiligte Stellen:

- MA 19 Architektur und Stadtgestaltung
- MA 21A ‚Stadtteilplanung und Flächennutzung Innen-West‘, MA 21B ‚Stadtteilplanung und Flächennutzung Süd-Nordost‘
- MA 41 Stadtvermessung (WSSW 5)

Darüber hinaus sind der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Verkehr weitere Magistratsabteilungen zugeordnet, u.a. die MA 28 Straßenverwaltung und Straßenbau, MA 29 Brückenbau und Grundbau, MA 33 Öffentliche Beleuchtung, MA 46 Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten, MA 65 Rechtliche Verkehrsangelegenheiten und die MA 67 Parkraumüberwachung (WSSW 4).

Weitere für die räumliche Entwicklung relevante, dem Wiener Magistrat aber nicht direkt untergeordnete Stellen sind:

- die Planungsgemeinschaft Ost (PGO, übernimmt die Koordination der Zusammenarbeit Wien-Niederösterreich-Burgenland)
- das Stadt-Umland-Management (SUM, übernimmt die Koordination der Zusammenarbeit Wien-Niederösterreich)
- der Fachbeirat für Stadtplanung und Stadtgestaltung¹² (WSSE 5)

Für die Erstellung des großräumigen Planungskonzepts STEP 05 wurde auf diese Ressourcen durch die Bildung eines Arbeitskreises unter Führung der MA 18 zurückgegriffen; darüber hinaus wurden als externe Beratungsorgane das ‚Österreichische Institut für Raumplanung‘ für fachliche Fragen sowie ‚Plansinn‘, ein Büro für Planungs- und Kommunikationsaufgaben, für die Öffentlichkeitsarbeit herangezogen (WSSW 6). Weiters flossen laut STEP 05 *„Stellungnahmen aus Bezirken, Interessenvertretungen, politischen Parteien, NGOs und BürgerInnen“* (STEP 2005: 19) in den Planungsprozess mit ein. Der einen Zeitrahmen bis ca. 2020 abdeckende STEP 05 wurde vom Wiener

¹² ein externes, ehrenamtlich tätiges Kontrollorgan für Flächenwidmung- und Bebauungspläne , vgl. euroBAU

Gemeinderat am 24.05.2005 offiziell beschlossen (WSSW 7) und soll anhand von Fünfjahresberichten evaluiert werden (STEP 2005: 20-21).

4.1 Inhalt und Funktion

Inhalt und Funktion des STEP 05 wurden folgendermaßen definiert:

Der Stadtentwicklungsplan (STEP) ist das Instrument einer generellen, vorausschauenden Stadtplanung und Stadtentwicklung und legt in großen Zügen den weiteren geordneten Ausbau der Stadt fest. Er zeichnet die Verteilung von Bauland und Grünland vor, weist Entwicklungsgebiete aus und setzt diese mit der übergeordneten Verkehrsinfrastruktur (U-Bahn, S-Bahn, Straßenbahn und hochrangiges Eisenbahn- und Straßennetz) in Beziehung. Darüber hinaus zeigt er auch die räumlich-funktionellen Zusammenhänge zwischen der Stadt und der Region auf. (STEP 2005: 16)

[Er ist] als Grundlage und Leitlinie für die raumwirksamen Handlungen der Fachabteilungen, der nachgelagerten Dienststellen und Unternehmungen der Stadt Wien zu verstehen. So sollen sich u.a. Widmungsverfahren an den Vorgaben des STEP 05 orientieren, Abweichungen erfordern eine substantielle Begründung. In analoger Weise gilt dies auch für andere raumwirksame Maßnahmen, z.B. im Bereich Verkehrsinfrastruktur, Wohnbau, Bodenbeschaffung etc. (ebd.: 19)

Damit übernimmt der STEP neben einer grundlegenden Raumordnungsfunktion auch eine Beratungsfunktion für politische und administrative Entscheidungsträger. Stadt und Region werden dabei in überregionalen Bezug gesetzt: Wien ist die größte Stadt Österreichs, und durch den Hauptstadtstatus gleichzeitig administratives, politisches und ökonomisches Zentrum des Landes (ebd.: 33). Gleichzeitig ist Wien ein wichtiges Bildungszentrum in Österreich, was einen wichtigen Standortfaktor darstellt (ebd.: 121).¹³ Wirtschaftliche Verflechtungen existieren auf verschiedenen Ebenen: auf nationaler Ebene behandelt das ‚Österreichische Raumentwicklungskonzept‘ regionale Kooperationen, die innerhalb des stadtnahen Raums, innerhalb der Ostregion (Bundesländer Wien, Niederösterreich, Burgenland) und innerhalb Gesamtösterreichs bestehen (ebd.: 35). Grenzüberschreitend hat die wirtschaftliche Zusammenarbeit durch den gemeinsamen Wirtschaftsraum der Europäische Union eine neue Qualität erhalten; auf regionaler Ebene existieren im Rahmen der Europaregion CENTROPE unter Einbeziehens von Teilen Tschechiens, der Slowakei und Ungarns (ebd.: 36-37) Kooperationen in den Bereichen

¹³ im Jahr 2006 waren 123.155 Studierende an den verschiedenen Universitäten inskribiert (SJSW 2007: 143), weiters wurden über 140.000 Volks- und über 6000 Fachhochschulbesucher gezählt (SJSW 2007: 151, 153)

Regional- und Standortentwicklung, Infrastrukturplanung und –realisierung, Bildungs- und Forschungspolitik sowie durch den Aufbau von Netzwerken in Kultur, Tourismus und Freizeitwirtschaft. (ebd.:36, 88)

Die Annahmen, die der STEP 05 über die zukünftige Entwicklung der Stadt trifft, sollen die Grundlage für die tatsächliche Entwicklung bilden. Im Kern dieser Annahmen stehen wirtschaftliche und demographische Prognosen: so werden von der 2004 erfolgten EU-Osterweiterung und zunehmender Integration in überregionale Wirtschaftskreisläufe neue wirtschaftliche Entwicklungsimpulse erhofft (ebd.: 32). In Erwartung dieser Entwicklungen postuliert der STEP 05 verschiedene raumrelevante Folgen für Stadt und Region:

- abnehmender Flächenbedarf für Güter produzierendes Gewerbe und Industrie (Zunahme der Brachflächen in großen Gewerbe- und Industriegebieten mit hohem Umnutzungsdruck)
- Rückzug der kleinen und mittleren Produktionsunternehmen aus dem dicht bebauten Gebiet
- gleichzeitig starker Trend zu mehr Beschäftigung und Flächenbedarf in KMUs allgemein, d.h. besonders stark wachsend im Dienstleistungsbereich, auch im dicht verbauten Gebiet
- höherer Vernetzungsgrad und „Just in time“-Zulieferungen kleinerer Produktionseinheiten
- häufigere Zuliefer- und Transportfahrten mit kleineren Fahrzeugen; zeitliche Ausdehnung der Wirtschaftsbeziehungen
- Nähe zu Forschungs- und Entwicklungsstandorten (Technologiecluster); entsprechendes Ambiente für Creative Industries
- durch abnehmende Trennung von Wohnen und Arbeiten erhöhte Standortansprüche, die nahe der Wohnnutzung kommen; vor allem hinsichtlich Nahversorgung, Erreichbarkeit, attraktive/repräsentative Adresse, Image des Standortes (Arbeiten als Form des Lebensstils)
- steigende Nachfrage nach komfortabler Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln, Autoabstellplätze (Garagenstellplätze) am Ziel- und Quellort, vor allem im höheren Managementbereich; Erreichbarkeit des Flughafens mit öffentlichen Verkehrsmitteln
- Größenanforderung an bauliche Kubaturen der Büroimmobilien, die in der historisch gewachsenen Stadtstruktur schwer integrierbar ist; Stadtrandwanderung der Dienstleistungen mit Lagepräferenzen an U-Bahnen, Stadtautobahnen und Flughafen
- Ansprüche der Tourismuswirtschaft an die „Stadtkulisse“: Gefahr der Verdrängung der Stadtbewohner durch touristische Stadtnutzer
- Internationale/regionale Großkonzerne in Dienstleistung, Handel und Produktion „machen sich ihre Standorte“ selbst nach interner Betriebslogik und Grundstücksverfügbarkeit (ebd.: 124)

Gleichzeitig sollen die negativen Wirkungen der wirtschaftlichen Entwicklungstätigkeit (Siedlungsentwicklung, Verkehrszunahme) im Sinne der Aufwertung ‚weicher‘ Standortfaktoren durch regulierende Eingriffe minimiert werden (ebd.: 33). Ca. 81% der Bruttowertschöpfung Wiens werden derzeit vom tertiären Wirtschaftssektor erzeugt

(Österreichweit: 66%), mit steigender Tendenz, die restlichen 19% entfallen auf den sekundären Sektor (ebd.: 120). 80% der Beschäftigten Wiens arbeiten im tertiären Sektor, ebenfalls mit steigender Tendenz (ebd.: 124). Die räumliche Organisation der Wirtschaftsstrukturen unterscheidet sich je nach Bezirk, es existieren sowohl gemischte Nutzungsflächen, darunter auch die 23 Haupt- und ca. 100 Nebengeschäftsstrassen, die wegen ihrer Rolle für die Nahversorgung und die Bedeutung bei der Belebung öffentlichen Raums als sehr wichtig bewertet werden, als auch entmischte Flächen (darunter auch Einzelhandel und Büroflächen) in den Stadterweiterungsgebieten (ebd.: 126, 137). In Zukunft soll eine kompakte Stadtentwicklung im Mittelpunkt stehen, die geringen Ressourcenverbrauch und hohe Versorgungsqualität garantieren soll (ebd.:171). Dazu sind zwei Phasen der Stadtentwicklung vorgesehen: bis 2010 stehen der Ausbau der Infrastrukturen und die Nutzung innerstädtischer Flächen im Zentrum der Aufmerksamkeit, sowie die Verdichtung der Siedlungsgebiete der 50er bis 80er Jahre (ebd.: 113); in der zweiten Phase bis ca. 2020 ist dann die Erschließung neuer Entwicklungsgebiete mittels flächen- und energiesparender Bauweisen vorgesehen (der Fokus liegt auf dem Areal des ehemaligen Südbahnhofs und auf Gebieten jenseits der Donau), bei gleichzeitiger Eindämmung des motorisierten Individualverkehrs (ebd.: 172, 196).

Zusammen mit dem wirtschaftlichen Wandel wird sich auch die Wiener Bevölkerung verändern: der Anteil der über 60-Jährigen wird steigen, durch Zuwanderung wird aber auch die Zahl der Jugendlichen stark zunehmen. 2006 lebten 1,664 Millionen Menschen in der Stadt Wien (SJSW 2007: 63). Bis 2020 wird ein Wachstum der Wiener Bevölkerung auf 1,7 Millionen erwartet (STEP 2005: 41), räumlich wird das Wachstum aber eher in Außenbezirken anfallen, während die Bevölkerungszahlen in den Innenbezirken stagnieren bzw. abnehmen (ebd.: 42). Die Nachfrage nach Wohnungen mittlerer und geringer Größe nimmt zu (2001: 45% der Haushalte in Wien sind Einpersonenhaushalte (ebd.: 104), während gleichzeitig die Wohnfläche pro Kopf weiterhin steigt (1971: 25m²; 1991: 33m²; 2001: 38m² pro Einwohner, ebd). Gleichzeitig wird der Suburbanisierungsgrad der gesamten Ostregion (Wien, Niederösterreich, Burgenland) zunehmen, starke Bevölkerungszuwächse werden deshalb auch im Stadtumland anfallen (möglicherweise doppelt so hohes Wachstum wie in Wien selbst). Bereits jetzt pendeln täglich über 200.000 Menschen nach Wien, über ständig zunehmende

Distanzen. Hier werden noch Steigerungen erwartet, die Belastungen durch den motorisierten Individualverkehr werden so in Zukunft voraussichtlich zunehmen (ebd.: 39-40).

Die sich verändernde Zusammensetzung der Bevölkerung und die Veränderung der Lebensstile (der Lebensstandard wird allgemein ein höheres Niveau erreichen, ebd.: 104) bringen neue Anforderungen an die Wohnformen (mehr Einpersonenhaushalte, mehr Eigenheime im Grünen, mehr Wohnfläche pro Kopf, mehr Nachfrage nach betreutem Wohnen, steigende Ansprüche an die Qualität des Wohnumfeldes, ebd.: 51) und an die Infrastrukturen (Betreuungs-, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, Betreuungs- und Kommunikationsraum für Jugendliche, öffentliche Verkehrsmittel) (ebd.: 45-46). Zur Entlastung des Stadtbudgets wird geplant, private Unternehmen in die Finanzierung der Infrastrukturen einzubinden (ebd.: 51).

Aufwertung und Ausbau der bestehenden Stadtstrukturen allein genügen aber nicht angesichts des prognostizierten Bevölkerungswachstums. Die Erschließung neuer Stadterweiterungsgebiete muss deshalb eingeplant werden: so sollen in Zukunft in Wien pro Jahr ca. 6000 geförderte Wohnungen entstehen, um das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf gegenwärtigem Niveau zu halten (ebd.: 103). Die steigende Zahl an Einpersonenhaushalten wird über die dadurch zunehmende Haushaltsabfallmenge auch Auswirkungen auf die regionalen Stoffkreisläufe haben, während die Gesamtabfallmenge voraussichtlich abnehmen wird (ebd.: 78).

Das zukünftige Bevölkerungswachstum soll vor allem durch Zuwanderung erreicht werden (ebd.: 40).¹⁴ Im Jahr 2006 waren 19,1% der Einwohner Wiens ohne österreichische Staatsbürgerschaft, insgesamt hatten 31,4% einen ‚Migrationshintergrund‘, d.h. sind Nichtösterreicher oder sind im Ausland geboren (SJSW 2007: 64). Für die Zukunft bedeutet der Rückgriff auf Zuwanderung einerseits, dass die Erstversorgung mit billigem Wohnraum als Einstieg für Zuwanderer gesichert werden muss (STEP 2005: 104-105); andererseits wird der Trend zur Ausweitung der Wohnflächen und der steigenden qualitativen Ansprüche an die Wohnungsmerkmale auch unter ZuwandererInnen anhalten (aus den im Schnitt geringeren Wohnflächen von ZuwandererInnen heraus wird auch ein ‚Nachholbedarf‘ postuliert) (ebd.: 104-105). Die Zuwanderer siedeln sich räumlich

¹⁴ 2006 sind 67.028 Menschen nach Wien gezogen, 57.025 zogen weg; Saldo: +10.003 (SJSW 2007: 198)

weitgehend in ausgewählten Bezirken an, wobei je nach Herkunft oft bestimmte Gebiete bevorzugt werden:

Es sind in erster Linie die persönlichen Kontakte und Netzwerke und, damit verbunden, die spezifischen Sozial- und Kommunikationsstrukturen, die im Falle von Zuwanderung eine wesentliche Rolle spielen. Diese Faktoren sind für räumliche Konzentration ebenso verantwortlich wie ökonomische Faktoren und stellen damit die Möglichkeit des Zugangs zu leistbarem Wohnraum dar. (ebd.: 47)

Diese räumliche Konzentration bringt also auch durchaus Vorteile. Im Interesse von Integration, Chancengleichheit und gesellschaftlicher Entwicklung soll aber doch Einfluss genommen werden:

Im planerischen Kontext wird es in Zukunft wichtig sein, die ökonomischen und sozialen Möglichkeiten zu nutzen, die sich aus der Diversität der Bevölkerung und dem damit verbundenen spezifischen Know-how ergeben – Voraussetzung dafür ist in erster Linie die Möglichkeit des bereits angesprochenen Zugangs zu Wohnraum, Bildung, Arbeit, zu sozialen und kulturellen Einrichtungen sowie zu politischer Mitbestimmung und Partizipation. (ebd)

Berücksichtigt werden weiters Naturschutzmaßnahmen: die Stadt Wien hat im Jahr 1999 ein Klimaschutzprogramm beschlossen, um seine CO₂-Emissionen bis 2010 zu reduzieren (auf 14% unter dem Niveau von 1990). Diese Reduktionen sollen durch Verkehrsvermeidung und Energieeffizienzsteigerungen erreicht werden (ebd.: 24). Durch eine grundsätzliche Verkehrsverlagerung hin zum Umweltverbund (öffentliche Verkehrsmittel, Rad, Fußgänger) soll der Anteil motorisierten Individualverkehrs von ca. 35% auf 25% aller Wege sinken, während der Anteil der öffentlichen Verkehrsmittel von 34 auf 40% steigen soll (ebd.: 65). Der Anteil der Pendlerverkehrs am Gesamtaufkommen betrug 2001 knapp 22%, etwa 26% der Wege sind dem Versorgungsverkehr (Einkäufe, private Besorgungen) zuzurechnen, und 31% der Wege wurden im Rahmen von Freizeitaktivitäten bewältigt (ebd.: 65-66); durch die Abstimmung zwischen Verkehrs- und Raumordnungspolitik soll das Wachstum der Entfernungen zwischen Wohn- und Arbeitsort verringert und die Nahversorgung verbessert werden (ebd.: 66). Auch sollen im Interesse der Standortpolitik ökologische Räume im Stadtgebiet erhalten bleiben (ebd.: 51).

Die Vorgaben des STEP 05 sollen in Zukunft berücksichtigt werden, wenn „*Fachkonzepte, städtebauliche Leitbilder, Zielgebietsprogramme, Masterpläne sowie die rechtsverbindlichen Flächenwidmungs- und Bebauungspläne*“ (ebd.:19) ausgearbeitet

werden. Zur besseren Darstellung der Konzepte wurden 13 Zielgebiete der Wiener Stadtentwicklung in den Plan aufgenommen, die laut STEP 05 den grundlegenden Prinzipien entsprechend gestaltet werden, d.h. nachhaltig, klimaschützend, integrativ und partizipativ entwickelt und unter Berücksichtigung von Diversität und ‚Gender Mainstreaming‘ (ebd.: 202-205). Die in den Entwicklungszielen dieser Zielgebiete regelmäßig wiederkehrenden Begriffe sind

- Aufwertung der Wohnstandorte (Attraktivierung’, ‚Lebensqualität‘),
- Erhalt historischer Bausubstanz,
- Verbesserung der Versorgung mit Grün- und Freiräumen,
- kulturelle und funktionale Durchmischung,
- Verkehrsberuhigung und Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel
- Ausbau der lokalen Wirtschaft (Ansiedeln neuer Unternehmen, Ausbau des Tourismus etc.) (vgl. ebd.: 208-240).

Die qualitative Aufwertung der Wohnstandorte und Stadtteilgebiete wird in diesem Abschnitt mehrfach in direkten Bezug zur wirtschaftlichen Entwicklung und zu den Standortqualitäten Wiens gesetzt, wie etwa die Versorgung mit Grün- und Freiflächen (vgl. ebd.: 210, 217, 220, 222, 228, 232). Tatsächlich lässt sich dem STEP 05 ein Entwicklungsverständnis entnehmen, das nicht explizit zwischen den Dimensionen Umwelt, Wirtschaft und Sozialen unterscheidet und einen übergreifenden Entwicklungsansatz verfolgt, trotzdem aber den wirtschaftlichen Standortqualitäten die zentrale Rolle für die zukünftige Entwicklung zuschreibt, da wirtschaftliche Prosperität als zentraler Faktor für zukünftige Zuwanderungsbewegungen verstanden wird.

4.2 Ziele und Prinzipien des STEP 05

Die Annahmen über die zukünftige Entwicklung von Stadt und Region und bereits existierende großflächige Entwicklungspläne und Konzepte (darunter: Klimaschutzprogramm der Stadt Wien; Stadtentwicklungsplan 94; Grüngürtel Wien 95; Masterplan Verkehr Wien 03; Strategieplan 2004, ‚Hochhäuser in Wien – Städtebauliche Leitlinien‘ u.a., ebd.: 18, 195) bilden den Rahmen, von dem ausgehend der STEP 05 es sich zur Aufgabe macht, durch angemessene Entwicklungsimpulse

auch in Zukunft Rahmenbedingungen zu schaffen, um die hohen Standards der Lebensqualität für alle BewohnerInnen der Stadt zu erhalten, zu stabilisieren bzw. entsprechend den neuen Anforderungen und Voraussetzungen weiterzuentwickeln und anzupassen. (ebd.:22)

Zur Präzisierung dieses Auftrags formuliert der STEP 05 verschiedene Handlungsempfehlungen:

- Im Wettbewerb der Städte und Regionen durch attraktive Standorte, Infrastruktur und innovative Einrichtungen ein investitionsfreudiges Klima für die Wirtschaft schaffen (Headquarters, Handel, Gewerbe, KMUs, Dienstleister, Technologiecluster) sowie die Nahversorgung sichern.
- Die Vielfalt und Qualität des Lebensraumes in der Region Wien durch Sicherung und Ausbau des Grüngürtels rund um Wien und der Donaulandschaft als regionales Strukturprinzip gemeinsam mit Niederösterreich gewährleisten.
- Die bauliche Entwicklung entlang leistungsfähiger öffentlicher Verkehrsmittel konzentrieren, mit der Ressource Boden sparsam umgehen, die vertikale Nutzungsmischung forcieren, die funktionelle und soziale Entmischung verhindern.
- Den Anteil des Umweltverbundes (Rad, Fuß, öffentlicher Verkehr) an der gesamten Verkehrsleistung steigern, Anteil des motorisierten Individualverkehrs (MIV) reduzieren; generell soll Verkehrsentstehung verringert werden.
- Die Lebensqualität in Wien soll durch gleiche Chancen aller Bewohnerinnen und Bewohner unter Berücksichtigung unterschiedlicher Lebenszusammenhänge, der Herkunft, des sozialen Hintergrundes und besonderer Bedürfnisse von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen zu sinnerfülltem Leben durch Zugang zu Einrichtungen des kulturellen Lebens, zu den Sozial-, Bildungs-, Gesundheits- und Betreuungseinrichtungen, zu Wohnraum ausreichender Größe und Qualität sowie zu Natur- und Erholungsräumen gewährleistet werden (ebd.: 17)

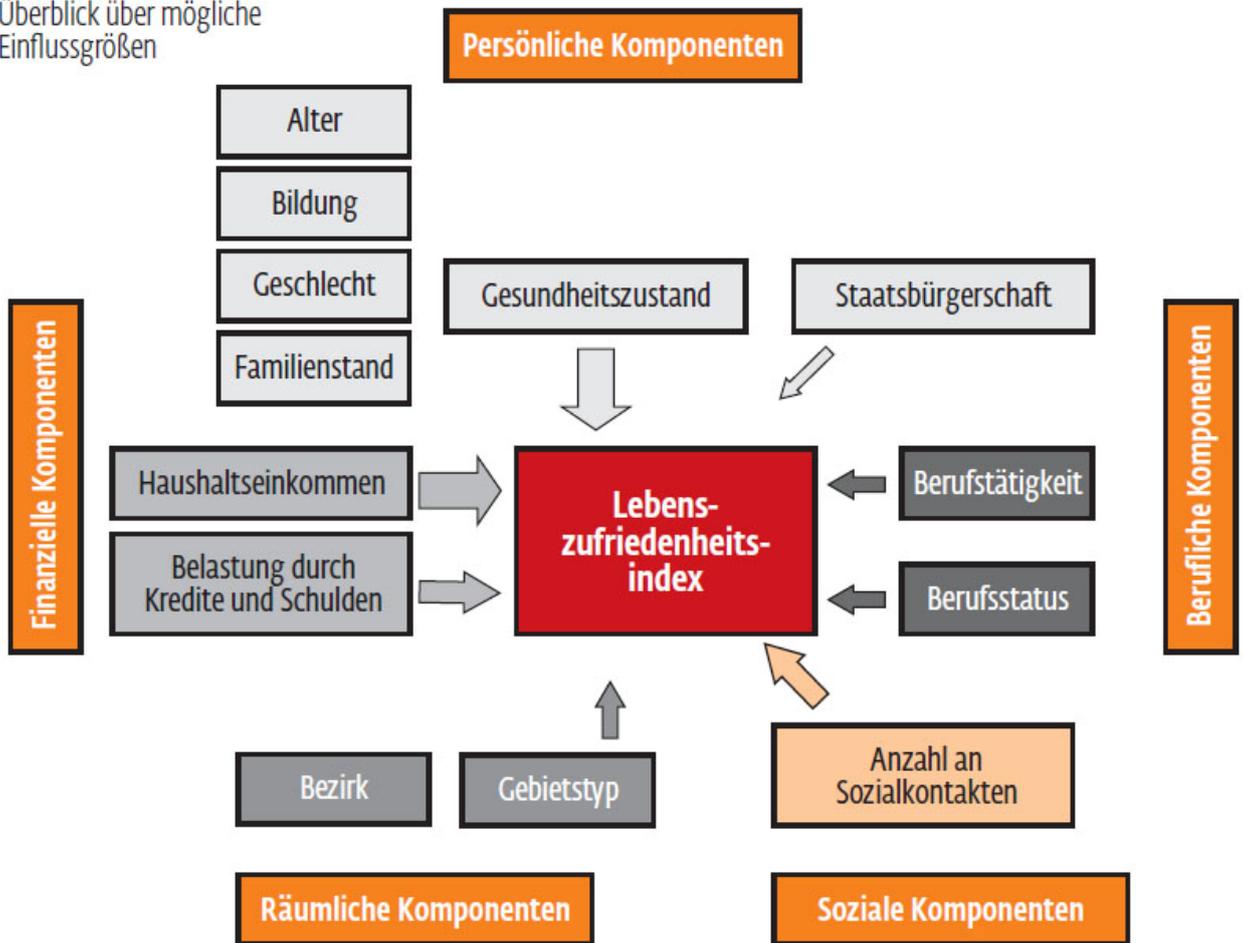
Die Umsetzung dieser Ziele soll sich an mehreren Prinzipien orientieren, deren Beschreibung diverse begriffliche Überschneidungen und Mehrfachnennungen enthält (ebd.: 22):

1. Verbesserung und Sicherung der Lebensqualität:

der STEP 05 sieht die Lebenszufriedenheit als ein Zusammenspiel aus persönlichen, sozialen, finanziellen, beruflichen und räumlichen Komponenten:

Abbildung 1 Komponenten der Lebenszufriedenheit

Überblick über mögliche Einflussgrößen



(Quelle: STEP 2005: 23)

Die wirtschaftlichen Komponenten finden hier mehrfache Berücksichtigung, darunter auch bei der räumlichen Komponente: durch die Möglichkeit, sich das Lebensumfeld gezielt auszusuchen und finanziell dafür aufkommen zu können.

Die Lebensqualität der urbanen Gesellschaft kann diesem Konzept entsprechend anhand verschiedener Komponenten gemessen werden:

- der Vielfältigkeit des Angebotes und der Wahlfreiheit, der ausreichenden Verfügbarkeit sowie der sozialen und räumlichen Zugänglichkeit zu Arbeit, Einkommen, Wohnen, Einrichtungen des öffentlichen und kulturellen Lebens, zu Sozial-, Gesundheits- und Betreuungseinrichtungen, zu Natur- und Erholungsräumen
- der sozialen Sicherheit und Sicherheit von Personen und Eigentum sowie der sozialen Integration
- der Möglichkeit der Partizipation
- der ökologischen und sozialen Verträglichkeit und Ressourcenschonung sowie

- der Chancengleichheit und dem Gender Mainstreaming (ebd.:23)

Die Lebensqualität wird so bestimmt von der Möglichkeit, zu individuell bestimmbaren und nicht strukturell eingeschränkten Konditionen an gesellschaftlichen Prozessen teilzunehmen, d.h. die individuellen Lebensentwürfe ohne strukturelle Behinderungen verfolgen zu können. Die Komponenten, aus denen sich die Lebensqualität zusammensetzt, werden von verschiedenen, sich verändernden Faktoren beeinflusst; der STEP unterscheidet hier zwischen gesellschaftspolitischen und ökonomischen Rahmenbedingungen und individuellen Faktoren:

- gesellschaftspolitische und ökonomische Rahmenbedingungen:
Internationalisierung, Verflechtung der Produktions- und Konsumstrukturen, Flexibilisierung der Arbeits- und Produktionsverhältnisse, steigende Anforderungen an die Mobilität, an das Wohnen, an die öffentlichen Infrastrukturen), Liberalisierung und Deregulierung (Rücknahme der öffentlichen Steuerungsfunktion, Abbau staatlicher Leistungen) und Knappheiten und Beschränkungen bei der Ressourcenverfügbarkeit (ebd.: 50-51).
- Individuelle Faktoren auf der Ebene der individuellen Lebenszusammenhänge und soziokulturellen Umgebungen:
 - das (steigende) Bildungsniveau der Bevölkerung
 - die Veränderung der individuellen Werthaltungen
 - die Veränderungen im Geschlechterverhältnis und damit verbunden die neuen Rollenbilder von Männern und Frauen
 - die Veränderung der persönlichen ökonomischen Situation
 - die Veränderungen, die sich im Bereich der Arbeitswelt ergeben (ebd.: 51)

Die Erwerbstätigkeit erhält dabei mehrfache Berücksichtigung: durch das durch den Berufsstatus erhaltene Prestige, durch die sinnstiftende Arbeitstätigkeit selbst, sowie durch die materielle Versorgung. Die ökologische Umwelt wird in diesem Zusammenhang als Frei- und Grünraum im bebauten Stadtgebiet im Hinblick auf ihre Wirkung als ‚weicher Standortfaktor‘ auf die wirtschaftliche Entwicklung instrumentalisiert:

[...] stellt die Sicherung und Weiterentwicklung dieser Landschaftsräume der Grün- und Freiräume einen integralen Bestandteil der wirtschaftlichen Standortentwicklung dar und ist somit Basis für die langfristige Sicherung der Lebensqualität. (ebd.: 150)

Frei- und Grünräumen werden vom STEP 05 mehrere spezielle Wirkungen auf die Verbesserung der Lebensqualität zugeschrieben:

- Verbesserung des Bioklimas: Filterung der Luftschadstoffe, Staubbinding, Temperatúrausgleich, Erhöhung der Luftfeuchtigkeit, Luftaustausch
- Aufwertung des menschlichen Lebensraumes: Erholungs- und Freizeitraum, Raum für soziale Kontakte, Erlebnisraum als Kontrast und Ergänzung zur gebauten Umwelt, Vermittlung ökologischer Zusammenhänge
- Grundlage des Lebensraumes für Tiere und Pflanzen, Beitrag zur Grundwasserbildung
- Beitrag zur Versorgungssicherheit mit Nahrungsmitteln (Produktionsfunktion)
- Beitrag zur Orientierbarkeit im Stadtgefüge, Stadtgliederung
- Ausdruck der kulturellen Entwicklung einer Gesellschaft,
- Standortsqualitätssicherung als Wettbewerbsvorteil. (ebd.: 159)

Hier wird auch ein direkter Zusammenhang zwischen der Qualität der Frei- und Grünräume und dem wirtschaftlichen Standortwettbewerb geäußert. Der STEP 05 definiert diese Flächen im bebauten Stadtgebiet als

wichtige stadtteilgliedernde Grünzüge, historische Parkanlagen inklusive Gebäude, Parks (Stadtteilparks und wohngebietsbezogene Beseerparks), wohnungsbezogener (halböffentlicher/privater) Grün- und Freiflächen, Sport- und Spielflächen, großer Grünanlagen von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen („Gesunde Gärten“), Plätze, Fußgängerzonen, Straßenräume (breite Alleen), Gewässer, Friedhöfe und kleinräumig agrarisch genutzter Flächen. (ebd.: 166)

Unter diese Definition fallen 48% des Wiener Stadtgebiets (ebd.: 159). Wegen der ungünstigen Verteilung lebt fast die Hälfte der Wiener Bevölkerung mindestens 500m von Grünräumen bzw. Grünanlagen entfernt, die Verbesserung des Zugangs bzw. der Erreichbarkeit und das Schaffen neuer Flächen werden deshalb zum Ziel erhoben (ebd.: 167).

Die Funktionen dieser Frei- und Grünräume im bebauten Stadtgebiet (Naherholungsfunktion, kulturelle Funktion, ökologische Funktion, Klimafunktion, Orientierungsfunktion, ebd.: 166-167) werden von STEP 05 im Hinblick auf Zuwanderung um eine explizit soziale Funktion ergänzt:

Menschen unterschiedlicher Ethnien, Männern und Frauen sollen folgende Möglichkeiten offen stehen: Kommunikation, soziales Lernen, verstehen lernen und zulassen unterschiedlicher Verhaltensmuster, Konditionierungen aufbrechen, Fähigkeiten entfalten, den Erfordernissen des sozialen Lernens (Konfliktbearbeitung) Raum geben (ebd.: 166)

Zuwanderung wird auch im Gesundheitsbereich speziell berücksichtigt: die Bedürfnisse, die sich aus der Veränderung der demographischen Zusammensetzung Wiens und sich verändernden wirtschaftlichen Bedingungen ergeben, werden noch ergänzt durch die speziellen Ansprüche von MigrantInnen:

- muttersprachliche Betreuung der MigrantInnen im Gesundheitsbereich
- Öffnung der geriatrischen Tageszentren für Menschen mit Migrationshintergrund
- stärkere Öffnung der Pensionisten-Wohnformen für Menschen mit Migrationshintergrund
- Aufbau einer zielgruppenorientierten Versorgung im niedergelassenen Bereich (Arztpraxen)
- flexible Räume für integrative Gesundheitseinrichtungen in neu zu gestaltenden Stadtteilen vorsehen (z.B. Flugfeld Aspern). (ebd.: 82)

2. Das Prinzip der Nachhaltigkeit;

3. Partizipation und demokratische Mitbestimmung:

demokratische Mitbestimmung und Beteiligung der BürgerInnen durch intensive und kontinuierliche planungsbegleitende Zusammenarbeit, die durch Interessenausgleich und Konsensbildung, Vertrauen und Identifikation schaffen soll (ebd.: 26). Die Methoden reichen dabei

von Information über Konsultation (Beteiligte als RatgeberInnen), Kooperation (Verfahren im Dialog wie z.B. SUP – Strategische Umweltprüfungen oder Mediation) bis zur Koproduktion und Mitentscheidung. (ebd.: 26)

Aus praktischen Überlegungen sollen die behandelten Projekte möglichst konkret und kleinräumig sein, um die Betroffenen leichter zur Mitarbeit animieren zu können; weiters müssen finanzielle und zeitliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen. Frauen sollen hierbei spezielle Berücksichtigung erfahren, da sie in bei vergangenen Beteiligungsverfahren immer die Minderheit stellten (ebd.: 27).

4. Gender Mainstreaming:

die Gleichstellung der Geschlechter soll als Grundprinzip allen Handelns im Sinne von Ausgewogenheit und Gerechtigkeit und der Chancengleichheit für Frauen und Männer im Sinne einer Nichtdiskriminierung in alle Handlungsvorschläge des STEP 05 hineinwirken:

Gender Mainstreaming in der Stadtplanung bedeutet, die Sichtweisen von Frauen und Männern und ganz generell unterschiedliche Lebenssituationen sowie, damit verbunden, auch die unterschiedlichen Ansprüche von Beginn an in alle Entscheidungsprozesse und Projektplanungen mit einzubeziehen. (ebd.: 28)

Dies geschieht auf Planungsebene durch das Instrument der Partizipation; die dadurch erhöhte Zielgenauigkeit soll die allgemeine Zufriedenheit der Bevölkerung verbessern (ebd.: 29).

5. Diversität:

Der STEP 05 ordnet Zuwanderung als Regelfall und als Voraussetzung städtischen Wachstums ein. Die Zuwanderungspolitik wird zwar auf gesamtstaatlicher Ebene koordiniert, die Städte übernehmen aber als wichtige Anlaufstellen eine zentrale Integrationsfunktion. Der STEP 05 geht hier davon aus, dass die Grundlagen des *„friedlichen und gleichberechtigten Miteinander und der Vielfalt verschiedener Kulturen, Religionen und Lebensweisen“* (ebd.) durch ein politisches *„Diversitätsmanagement“* (ebd.) hergestellt werden müssen, dessen Hauptaufgabe die Herstellung *„gleicher Chancen, gesellschaftlicher Durchlässigkeit und Zugänglichkeit für alle Menschen unabhängig von Geschlecht, Alter, sozialer und ethnischer Herkunft“* (ebd.) darstellt; eine weitergehende Definition dieses ‚Diversitätsmanagements‘ wird vom STEP 05 nicht geliefert. Erwähnt wird aber, dass in Wien eine eigene Magistratsabteilung für die Integration von ZuwandererInnen geschaffen wurde, die MA17- ‚Integrations- und Diversitätsangelegenheiten der Stadt Wien‘ (ebd.).

Bei der Betrachtung der Ziele und Prinzipien des STEP 05 zeigt sich, dass die Begriffe Partizipation, Gender Mainstreaming und Diversität mehrfach genannt werden: einerseits eigenständig als grundlegende Prinzipien des STEP 05; andererseits wiederum als Handlungsfelder des ‚Prinzips der Nachhaltigkeit‘.

4.3 Der Nachhaltigkeitsbegriff im STEP 05

Eines der vom STEP 05 verfolgten Prinzipien ist jenes der nachhaltigen Entwicklung. Der verwendete Nachhaltigkeitsbegriff orientiert sich an internationalen Konzepten in seiner Unterscheidung von Dimensionen, die hier als ‚ökologische Nachhaltigkeit‘ (Nutzung von Ressourcen, Verbesserung der Umweltqualität, Schutz biologischer Vielfalt, Risikovermeidung für Mensch und Umwelt), ‚ökonomische Nachhaltigkeit‘ (Erhöhung ökonomischer Leistungsfähigkeit, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, Ausgleich zwischen Generationen) und ‚soziale und gesellschaftliche Nachhaltigkeit‘ (soziale Gerechtigkeit, Recht auf menschenwürdiges Leben, Beteiligung aller relevanten

gesellschaftlichen Gruppen am politischen und Gesellschaftlichen Leben) bezeichnet werden (ebd.: 23-24). Die ‚Lokale Agenda 21‘ wird als Instrument für die nachhaltige Entwicklung auf lokaler Ebene explizit erwähnt; durch die aktive Unterstützung der Implementierung von LA21-Prozessen sei *„eine Basis für eine nachhaltige Stadtentwicklung auf lokaler Ebene geschaffen“* (ebd.: 24).

Der Komplexität des Nachhaltigkeitsbegriff entsprechend sind die Dimensionen inhaltlich eng verflochten, die Zuweisung von Handlungsfeldern ist daher nicht besonders trennscharf. Für die ökologische Nachhaltigkeit werden etwa folgende Handlungsfelder als relevant bezeichnet:

- Boden:

Fruchtbarkeit erhalten und sichern, Boden pfleglich bewirtschaften, mit der Ressource Boden wirtschaftlich haushalten (Bodenpolitik) und Zersiedelung und Flächenversiegelung eindämmen (ebd.: 25)

- Wasser:

Qualität und Versorgung für alle sichern, Niederschläge bewirtschaften, Grundwasser vor Verunreinigung schützen, Fließgewässer als Lebensraum erhalten und gestalten“ (ebd.)

- Luft:

Schadstofffreie Luft (gasförmig, fest) mit entsprechender Temperatur und Feuchte sichern, natürliche Luftströme und Durchlüftungsschneisen freihalten (ebd.)

- Landschaft:

Landschaft als Erlebnis- und Erholungsraum, Kultur- und Begegnungsraum, Orientierung(shilfe) begreifen und entwickeln, Landschaftsverbrauch minimieren, bestehende Identitäten und Landschaftscharakteristika erhalten, landschaftliche und biologische Vielfalt (Lebensraum für Tier und Pflanzen) sichern und entwickeln, Beeinträchtigungen vermeiden bzw. durch Pflege und Erhaltungsmaßnahmen kompensieren, Biodiversität erhalten (ebd.)

Die Ziele in dieser Dimension sind *„die umweltschonende Nutzung der natürlichen Ressourcen, die Verbesserung der Umweltqualität, den Schutz der biologischen Vielfalt sowie um die Risikovermeidung für Mensch und Umwelt“* (ebd.: 23-24). Inhaltlich liegt der Schwerpunkt bei der Flächenwirtschaft, die regionalen Stoffkreisläufe werden nur im Hinblick auf Luft und Wasser berücksichtigt, Abfallentsorgung und Energie werden hier nicht behandelt.

Das Ziel der ‚ökonomischen Nachhaltigkeit‘ ist es,

ein zukunftsbeständiges Wirtschaftssystem, die ökonomische Leistungsfähigkeit und Innovationskompetenz zu erhalten bzw. zu erhöhen, Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit zu gewährleisten und den Ausgleich zwischen den Generationen sicherzustellen. (ebd.: 24)

Wirtschaftliches Wachstum und soziale Sicherheit werden hier in direkten Zusammenhang gesetzt. Dies entspricht dem gegenwärtigen erwerbsarbeitszentrierten Gesellschaftsbegriff, in dem der Markt wichtige Integrationsfunktionen übernimmt, obwohl er gleichzeitig auch strukturell ausgrenzende Wirkungen hat. Für diesen Bereich werden folgende Handlungsfelder als relevant betrachtet:

- das Wohnen:

Angebot zur Befriedigung der unterschiedlichen Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger schaffen, ressourcenschonende kompakte Stadtentwicklung fördern, Wohnumfeld attraktivieren, ökologisches Bauen, Energieverbrauch minimieren, Wohnen als kulturelle Ausdrucksform begreifen (ebd.: 25)

- Wirtschaft und Arbeit:

Beschäftigung erhalten und schaffen, Zugang für alle Frauen und Männer mit gezielten Maßnahmen ermöglichen, regionale Kreislaufwirtschaften aufbauen, regionale Kooperationen ausbauen, Nahversorgung forcieren, Nutzungsmischung fördern, Wirtschaftskraft lokal verankern (ebd.)

- Mobilität:

Erreichbarkeit von Standorten, Austausch von Gütern, Dienstleistungen und sozialen Kontakten sicherstellen und ausbauen, Stadt der kurzen Wege zur Vermeidung erzwungener Verkehrswege entwickeln, Umweltverbund forcieren, motorisierten Individualverkehr reduzieren, auf Lärmreduzierung achten, breiten Zugang zur Informations- und Telekommunikationsinfrastruktur sichern (ebd.)

- Ver- und Entsorgung:

umwelt- und klimagerechte sowie erneuerbare Energieträger forcieren, Energieverbrauch minimieren, Wirkungsgrade erhöhen, Emissionen von Treibhausgasen und Luftschadstoffen vermeiden, bei Bauten auf Minimierung des Energieverbrauches achten, Versorgungssicherheit gewährleisten, Stoffströme beachten, Abfall vermeiden, wiederverwerten und energetisch nutzen (ebd.)

Neben den zu erwartenden Handlungsfeldern ‚Wirtschaft und Arbeit‘ und ‚Mobilität‘ werden hier auch die für die Lebensqualität bedeutenden baulich-räumlichen Bereiche Wohnung und Wohnumfeld sowie die für die ökologische Dimension unmittelbar

relevante Versorgung mit Energie und Entsorgung von Abfällen zugeordnet. Die Zuordnung des Wohnens lässt sich hier im Sinne einer Priorisierung wirtschaftspolitischer Überlegungen interpretieren, deren Hauptanliegen die Verbesserung der ‚weichen‘ Standortfaktoren durch die Aufwertung und Individualisierung des Wohnumfeldes sowie die Erschließung sich eröffnender Entwicklungspotentiale für neue Märkte (‚ökologisches Bauen‘) sind.

4.3.1 Soziale und gesellschaftliche Nachhaltigkeit

Die soziale Dimension der Nachhaltigkeit wird im STEP 05 als ‚soziale und gesellschaftliche Nachhaltigkeit‘ bezeichnet und beschreibt

das Ziel der sozialen Gerechtigkeit, das Recht auf menschenwürdiges Leben für alle sowie die Beteiligung aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen am politischen und gesellschaftlichen Leben. (ebd.: 24)

Damit wird ein gesellschaftlicher Gerechtigkeitsbegriff umrissen, der dem in Kapitel 3.4.1.3 beschriebenen konsensfähigen Konzept der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs nahekommt (beachtenswert ist hier die Verwendung des Ausdrucks ‚menschenwürdiges Leben‘, der vom STEP 05 allerdings inhaltlich nicht weiter beschrieben wird). Eine etwas ausführlichere Beschreibung, wie diese Ziele inhaltlich aussehen und wie sie erreicht werden könnten, findet sich in den hierfür definierten Handlungsfeldern:

4.3.1.1 Daseinsvorsorge, Gesundheit

Ermöglichung der Erfüllung der Grundbedürfnisse, soziale Absicherung der Daseinsvorsorge, Lebensqualität erhöhen, Sicherung des Zugangs zur Versorgung mit Einrichtungen der Daseinsvorsorge ohne Beschränkungen aufgrund ökonomischer bzw. kultureller Unterschiede, Prozess des Älterwerdens in Würde begleiten, Vorsorge u. soziale Absicherung gewährleisten (ebd.: 25)

Die Zuordnung dieses Handlungsfeldes zur sozialen und gesellschaftlichen Nachhaltigkeit impliziert, dass es hier um die Absicherung durch materielle Transferleistungen geht, etwa durch das Gesundheitssystem, um jedem Individuum die Möglichkeit zur Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse zu geben.¹⁵ Hier greift einerseits ein gesellschaftlicher

¹⁵ vgl. das Konzept der Lebenszufriedenheit Kapitel XXX, finanzielle und persönliche Komponenten; eine inhaltliche Konkretisierung der Bedürfnisausformung wird im STEP 05 nicht vorgenommen

Gerechtigkeitsbegriff,¹⁶ der dem Individuum die Befriedigung seiner Grundbedürfnisse zugesteht und den barrierefreien Zugang zu Transferleistungen garantiert; weiters wird durch den Begriff ‚Würde‘ (vom STEP 05 ebenfalls inhaltlich nicht weiter konkretisiert) angedeutet, dass auf gesellschaftlicher Ebene ein breites gesellschaftliches Verständnis von Lebensqualität als eine bestimmte Ausformung der Bedürfnisbefriedigung existiert, dessen Erreichen durch alle gesellschaftliche Gruppen ein anzustrebendes Ziel darstellt, und das der STEP 05 inhaltlich erfasst und als Orientierungshilfe für seine Entwicklungsvorgaben verwendet. Zugleich impliziert der Bedarf nach einer ‚sozialen Absicherung der Daseinsvorsorge‘, dass die ökonomischen Mechanismen allein nicht jedem Gesellschaftsmitglied den Existenzertahl garantieren können, dass also eine strukturelle Benachteiligung existiert und die Gemeinschaft hier regulierend einschreiten muss, um durch Eingriffe ‚Gerechtigkeit‘, im Sinne einer Befähigung jeden Individuums zur Teilnahme an gesellschaftlichen Austauschprozessen, durch materielle Transfers herzustellen. Weiters wird durch die spezielle Berücksichtigung des ‚Älterwerdens‘ auf den erwarteten demographischen Wandel eingegangen, der die Kapazitäten des derzeitigen Pflege- und Gesundheitssystems überfordern wird.

4.3.1.2 Bildung und Wissenschaft

Entwicklung von intellektuellen Ressourcen, regionale Wissenszentren und Standortfaktor Wissen stärken, Kooperationen und Clusterbildungen unterstützen, Zugang zum Wissen für alle Bevölkerungsgruppen ermöglichen (ebd.)

Bildung wird in Nachhaltigkeitskonzepten meist dahingehend berücksichtigt, dass eine bessere Ausbildung die Kapazität des Individuums für die eigenständige Sicherung der jeweiligen Existenz verbessert eine durch höhere Bildung sinkende Armut positive Auswirkungen auf den Verbrauch ökologischer Natur und den gesellschaftlichen Zusammenhalt hat.¹⁷ Auch der STEP 05 sieht Bildung als eine persönliche Komponente mit Einfluss auf die Lebenszufriedenheit, und fordert gesellschaftliche Gerechtigkeit im Sinne eines barrierefreien Zugangs aller gesellschaftlichen Gruppen zur Bildung ein. Die vom STEP 05 zur Beschreibung des Handlungsfeldes verwendeten Begriffe stellen aber weniger die Potentiale eines über Bildung vermittelten sozialen Transformationsprozesses in den Mittelpunkt, sondern befinden sich mehr in der Nähe der Konzepte zur

¹⁶ vgl. Kapitel 3.4.1.3

¹⁷ vgl. Kapitel 2.1, 2.2.2

Ausdifferenzierung des Arbeitsmarktes, der steigenden Anforderungen an Arbeitnehmer im Sinne funktionaler Flexibilität und unternehmens- und personenbezogener Standortfaktoren, die von einer Aufwertung der Bildungsangebote profitieren würden (vgl. Kapitel 3.3.1.1).

4.3.1.3 Kultur und Kunst

Identität, gesellschaftliche Entwicklung, Ressourcen für Weiterentwicklung der Kunst bereitstellen, Vielfalt der unterschiedlichen gesellschaftlichen Kulturen in der Stadt als Ausdruck städtischen Lebens ermöglichen und fördern (ebd.)

Die durch das Aufeinandertreffen von Kulturen und Lebensstilen auf engem Raum entstehenden gesellschaftlichen Entwicklungspotenziale der Stadt werden noch erweitert angesichts der derzeitigen und zukünftigen Rolle von Zuwanderung. Um die hier zusammentreffende ‚Vielfalt‘ zu nutzen (bzw. zu instrumentalisieren), soll Raum für (kreative) Begegnung bereitgestellt werden. Gleichzeitig wird der Begriff der ‚Identität‘ verwendet, der sowohl in seiner Ausprägung für die Bewohner als auch für die Stadt als Ganzes angewandt werden kann. Hier wird impliziert, dass ‚Identität‘ einen definierbaren, aber trotzdem in Bezug zu gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen stehenden Wert darstellt, der in das nach innen und außen dargestellte Bild der Stadt einfließt. Durch die Integration kultureller Vielfalt und durch die gezielte Förderung von ‚Kunst‘ kann dieser Wert verbessert werden. Auch dieses Handlungsfeld kann im Zusammenhang mit ökonomischen Konzepten im Rahmen einer Instrumentalisierung städtischer Vielfalt und Identität zur Aufwertung der Standortqualitäten betrachtet werden (vgl. Kapitel 3.3.1.1).

4.3.1.4 Soziale Teilhabe – Diversität

uneingeschränkte Teilnahme aller BürgerInnen am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, Chancengleichheit anstreben, Klima der Offenheit, Solidarität und Gerechtigkeit schaffen, Ausgrenzung und Stigmatisierung von Bevölkerungsgruppen verringern bzw. beseitigen, Vielfalt sichtbar und lebbar machen, Integration fördern, konfliktarmes Zusammenleben ermöglichen (ebd.)

Die Beschreibung dieses Handlungsfeldes enthält ein deutliches Bekenntnis zur ‚Integration‘ als Beseitigung von unfreiwilliger Segregation auf ökonomischer, sozialer und kultureller Ebene, ohne jedoch den Begriff ‚Segregation‘ mit seinen Konsequenzen für

die räumliche Entwicklung zu verwenden. Auch der Begriff ‚Durchmischung‘¹⁸ mit seinen baulich-räumlichen Konnotationen wird nicht verwendet, stattdessen setzt die Beschreibung des Handlungsfeldes auf einer mehr normativen, gesellschaftlichen Ebene an (‚Klima der Offenheit, Solidarität und Gerechtigkeit‘), hier in Bezug auf die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben unter gleichberechtigten Bedingungen, bzw. unter Nicht-Ausgrenzung von ‚Bevölkerungsgruppen‘ aufgrund struktureller Merkmale, die in Bezug zu gesellschaftlicher Solidarität gesetzt werden. Die gleichzeitige Verwendung der Ausdrücke ‚Vielfalt‘, ‚Integration‘ und ‚konfliktarmes Zusammenleben‘ impliziert, dass Integration hier nicht als einseitige kulturelle Anpassung an das Örtliche, sondern als das Zusammenführen von diversen gesellschaftlichen Gruppen verstanden wird, das sich in einer durch steuernde Eingriffe lenkbaren und damit (hier für Wien) spezifischen Art entwickeln soll. ‚Vielfalt‘ (im Sinne dieser Zusammenführung gesellschaftlicher Gruppen) wird so vom STEP 05 als qualitative Bereicherung erfasst. Obwohl der Begriff ‚Kultur‘ hier nicht vorkommt, kann der Begriff der ‚Vielfalt‘ inhaltlich auch in Beziehung zum Handlungsfeld ‚Kunst und Kultur‘ und dessen Anliegen ‚Vielfalt der unterschiedlichen gesellschaftlichen Kulturen in der Stadt als Ausdruck städtischen Lebens ermöglichen und fördern‘ gesetzt werden.

4.3.1.5 Gender Mainstreaming

Differenzierte Wahrnehmung unterschiedlicher Lebenssituationen und Lebensbedingungen von Frauen und Männern, geschlechtersensible Planungsprinzipien beachten, Chancengleichheit für Frauen und Männer bei Benützung öffentlicher Räume sicherstellen, Zugang und Teilhabe am gesellschaftlichen und ökonomischen Leben sicherstellen (ebd.)

Das Ziel dieses Handlungsfeld als Komponente der ‚sozialen und gesellschaftlichen Nachhaltigkeit‘ im Sinne eines gesellschaftlichen Gerechtigkeitsprinzips ist es, strukturelle Benachteiligung in der Gesellschaft aufgrund eines bestimmten Merkmales zu beseitigen. Gleichzeitig sollen vom STEP 05 nicht näher ausgeführte Unterschiede in den ‚Lebenssituationen und Lebensbedingungen‘ von Frauen und Männern berücksichtigt werden und in die Entwicklung der Stadt einfließen im Sinne von ‚Geschlechtersensibilität‘, d.h. grundsätzliche Unterschiede sind im positiven Sinn zu berücksichtigen. Wie bereits weiter oben erwähnt, findet dieses Ziel mehrfache Erwähnung im STEP 05 (vgl. Kapitel 4.2).

¹⁸ vgl. Kapitel 3.4.1.1

4.3.1.6 Partizipation

Mitgestaltung der eigenen Lebensumwelt, Artikulation/Einfangen von verschiedenen Meinungen, Bedürfnissen, Partizipation und Mitbestimmung in der Stadtverwaltung für alle Bevölkerungsgruppen fördern, Interessenausgleich und Konsens schaffen, Erfahrungen und Kenntnisse der Betroffenen bei Gestaltung der Lebensumwelt einbeziehen, Identifikation der Menschen mit Planungsergebnissen bzw. -prozessen anstreben (ebd.)

Auch dieses Handlungsfeld wird in den Zielen und Prinzipien mehrfach erwähnt. Partizipation hat hier primär die Funktion, in die zukünftige Entwicklung die in der Gesellschaft vorhandenen Bedürfnisse mit einfließen zu lassen, d.h. allen Bevölkerungsgruppen eine beratende Position zuzugestehen, und die Akzeptanz für die Maßnahmen, die für die Steuerung der zukünftigen Entwicklung Wiens ausgewählt werden, zu erhöhen. Dadurch soll neben der verbesserten Treffsicherheit der Planung gleichzeitig in der Bevölkerung auch ein Gefühl der Kontrolle über die eigene Lebensumwelt entstehen, dem eine legitimierende Funktion für die Entwicklung an sich zugeschrieben wird; der Begriff orientiert sich damit stark am Konzept des bürgerschaftlichen Engagements (vgl. Kapitel 2.3). Die Begriffe ‚Interessenausgleich‘ und ‚Konsens‘ implizieren hier wieder das Vorhandensein eines Gleichheits- und Gerechtigkeitsbegriffs, der durch steuerbare gesellschaftliche Prozesse hergestellt werden kann.

4.3.1.7 Stadtbild und Identität

Unverwechselbarkeit, kulturellen Bezugsrahmen schaffen, Formenvielfalt in der Stadt erhalten und entwickeln, gestalterische Qualität und Ästhetik weiterentwickeln (ebd.)

Dieses Handlungsfeld bezieht sich auf die städtische Identität im Sinne eines baulich-räumlichen Charakters (vgl. Kapitel 2.3) und grenzt sich dadurch vom Handlungsfeld ‚Kultur und Kunst‘ und dessen gesellschaftlichem Ansatz ab. Inhaltlich gilt hier das Selbe: ‚Identität‘ im Sinne von Partikularität, Unterscheidbarkeit und ‚Unverwechselbarkeit‘ besitzt einen Wert, der durch gezielte Eingriffe gesteigert werden kann. Dies hat gleichzeitig Einfluss auf die Identifikation der Stadtbewohner mit ihrem Lebensumfeld und auf die Standortqualität des Ortes.

Aus der Zusammenstellung der Handlungsfelder ‚sozialer und gesellschaftlicher Nachhaltigkeit‘ lässt sich damit durchaus ein Leitbild der gesellschaftlichen Veränderung

ablesen, das einen Gerechtigkeitsbegriff des materiellen Ausgleichs und der Unterstützung bei der Realisierung individueller Lebensentwürfe ohne strukturelle Benachteiligung aufgrund von Geschlecht, Alter, Bildungszugang oder kultureller Zugehörigkeit enthält. Gleichzeitig sollen durch ‚sozialen Ausgleich‘ die Chancen aller Gesellschaftsmitglieder auf eine grundsätzliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gesichert werden. Partizipation nimmt hier im STEP 05 zwei Funktionen ein: einerseits soll sie emanzipierend wirken auf die Bevölkerung, was im Einklang mit dem Anliegen sozialer Nachhaltigkeit steht, mehr individuelle Eigenverantwortung durch die Gestaltung der eigenen Lebensumwelt zu erzeugen; andererseits enthält sie auch klar das Ziel, Konfliktpotenziale in der Stadtentwicklung zu minimieren und das Vorgehen der Planung zu erleichtern.

4.3.2 Verankerung der Prinzipien sozialer Nachhaltigkeit in den Handlungsfeldern des STEP 05

Eine inhaltliche Ausführung zur Umsetzung der Prinzipien des STEP 05 im Rahmen der zukünftigen Entwicklung Wiens findet sich im Abschnitt ‚IV. Handlungsfelder der Stadtentwicklung‘ (ebd.: 86-201), der sich in insgesamt neun Teile gliedert:

1. Regionale Entwicklungskooperationen und Strategien (S. 88-97)
2. Regionales räumliches Leitbild – Wien in CENTROPE (S. 98-101)
3. Wohnen (S. 103-118)
4. Wirtschaft und Arbeit (S. 119-148)
5. Grün- und Freiraum (S. 149-170)
6. Räumliche und zeitliche Prioritäten der Stadtentwicklung Wiens (S. 171-182)
7. Potentialflächen für größere Stadtentwicklungsprojekte Wiens (S. 183-189)
8. Architektur und Stadtgestaltung (S. 190-195)
9. Räumliches Leitbild der Stadtentwicklungsplanung Wiens (S. 196-201)

Die ersten beiden Abschnitte befassen sich mit der Entwicklung regionaler Kooperationen, mit besonderer Berücksichtigung der Europaregion CENTROPE (ebd.: 88-91, 98-101). Wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen sollen eine grenzüberschreitende, ‚polyzentristische‘, dezentral konzentrierte Raumwirtschaftsstruktur schaffen, wodurch die negativen Folgen zentralen Wachstums (vor allem Verkehrs- und Umweltbelastung) verringert werden sollen. Zentrale

Voraussetzung für das Entwicklungsszenario des STEP 05 ist das Vorhandensein zukünftigen wirtschaftlichen Wachstums, für dessen Stimulation die Natur als ‚weiche‘ Standortfaktor der Region instrumentalisiert wird, etwa durch eine ‚Biosphärenregion‘, bestehend aus *„Biosphärenparks, Nationalparks und weiteren wertvollen Landschaftsteilen“* (ebd.: 91).

Auf Ebene der Stadtumlandregion wird ebenfalls eine Dezentralisierung und das Wachstum einer als ‚Zwischenstadt‘ bezeichneten Siedlungsform erwartet (ebd.: 92-93). Der STEP 05 geht davon aus, dass die diesen Entwicklungen zugrundeliegenden Ursachen nur geringfügig beeinflussbar sind (vgl. Kapitel 4.1), und will deswegen die daraus erwachsenden Belastungen durch die Förderung dezentraler konzentrierter Siedlungs- und Wirtschaftstätigkeit zumindest minimieren (ebd.: 93). Die Erhaltung von Grünräumen nimmt auch auf dieser Ebene eine wichtige Rolle ein (ebd.: 93-95).

Im Abschnitt ‚Wohnen‘ wird eine von der demographischen Entwicklung verursachte steigende Nachfrage nach billigen Klein- und Mittelwohnungen (60-80m²) prognostiziert. Gleichzeitig wachsen die Anforderungen an die Qualität der Wohnung und des Wohnumfeldes und die Verluste der Stadt an die Wohnform ‚Eigenheim im Grünen‘ (ebd.: 104-105). Die qualitative Aufwertung bestehenden und der Bau neuen Wohnraums sollen sich daher an den sich verändernden Bedürfnissen orientieren, unter Berücksichtigung gesellschaftlicher Gruppen, z.B. als *„Kinder- und jugendfreundliche Stadtplanung und Wohnbau“* oder als *„Altersfreundliches Planen und Bauen“* (ebd.: 104-105). Nutzungsmischung und das Schaffen neuer Grünräume im Nahbereich sind als zentrale Maßnahmen für das Erhöhen der Lebensqualität in allen Wohngebieten vorgesehen (ebd.: 106, 111, 114). Experimentelle, besonders energiesparende Siedlungsbauten und Integrationsprojekte sollen gezielt gefördert werden, um langfristig auch neue Wohnformen zu etablieren (ebd.: 117-118).

Anteil und Qualität der Grün- und Freiräume im bebauten Stadtgebiet werden vom STEP 05 als zentrale Faktoren für die Lebensqualität betrachtet (vgl. Kapitel 4.2). Um das Angebot an derartigen Räumen zu verbessern und zu erweitern, sollen alle sich eröffnenden Möglichkeiten genutzt werden. Auch ‚Brownfields‘, d.h. nicht mehr genutzte Flächen, sollen neue Funktionen als Freiräume oder im Sinne einer ‚inneren Stadterweiterung‘ erhalten (ebd.: 115).

Während Randgebiete insgesamt größere Potentiale besitzen, bedeutet dies in dicht bebauten Gebieten:

- Neugestaltung von gewidmeten Parkanlagen, Vergrößerung von Parkanlagen um die in der Widmung vorgesehenen Erweiterungsflächen
- Realisierung von gewidmeten Durchgängen, Realisierung von Stadtteilplätzen durch Bevorrangung der langsamen VerkehrsteilnehmerInnen und Verringerung der Parkplatzflächen an der Oberfläche
- Nutzung des Straßenraums als Aufenthaltsraum und Bewegungsraum
- Raum geben für Angebote der Mehrfachnutzung und temporäre Nutzung von Baulücken etc. (ebd.: 167)

Potentiale für die Ausweitung von Freiflächen werden damit auch durch Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs und durch die Umwidmung und Neunutzung von Verkehrsflächen eröffnet. Im Gegenzug soll die Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln ausgeweitet werden. Dies steht auch im Einklang mit dem Ziel, die baulich-räumliche Entwicklung Wiens ‚nachhaltig‘ zu gestalten, das bedeutet laut STEP 05 einen geringen Flächenverbrauch, Verdichtung bestehender und Anschluss neugeschaffener Räume sowie die ‚ausgewogene‘ Versorgung mit Arbeitsplätzen, Infrastrukturen und Versorgungseinrichtungen (ebd.: 171-176). Zur besseren Übersichtlichkeit unterscheidet der STEP 05 je nach ‚Standortqualitäten‘ acht unterschiedliche ‚Potentialflächen‘:

- A. kleinere innerstädtische Baulandpotenziale
- B. große Flächen der inneren Stadterweiterung
- C. Bürokonzentrationen außerhalb der Stadtzentren
- D. Stadterweiterung in den Siedlungsachsen
- E. Zentren mit regionaler Bedeutung
- F. Wohnen mit hohem Freizeitwert/Grünanteil
- G. Gewerbeparks
- H. Bereiche mit mehrfachen Entwicklungsoptionen (Umnutzung ehemaliger Gewerbegebiete) (ebd.: 183-187)

Vielfalt in der Nachfrage erzwingt laut STEP 05 die Gleichzeitigkeit der Entwicklung all dieser Typen; daher sollen die notwendigen Voraussetzungen, d.h. die Infra- und Versorgungsstrukturen, flächendeckend bereitgestellt werden, wobei für Wohngebiete neben dem Anschluss ans Straßennetz nur eine grundlegende Versorgung mit öffentlichen

Verkehrsmitteln vorgesehen wird, während wirtschaftliche genutzte Flächen wegen des Standortwettbewerbs hochrangige Verkehrsanschlüsse benötigen (ebd.: 187).

Der Abschnitt ‚Architektur und Stadtgestaltung‘ widmet sich der baulich-räumlichen Erkennbarkeit der Stadt, ‚der Stadtgestalt‘, die anhand bestimmter ‚Stadtteilbilder‘ erkennbar wird; der STEP 05 unterscheidet hier Stadtknotenpunkte, Stadttore, Bewegungslinien, Stadtkanten und -ränder, Identifikationsbereiche sowie Landschaftsräume (ebd.: 190-192). Im Rahmen der qualitativen Aufwertung der öffentlichen Räume im Stadtbereich sollen die Freiraumgestaltungen unter Einbindung der Bevölkerung durchgeführt werden (ebd.: 195).

Es zeigt sich, dass die fundamentalen Prinzipien sozial nachhaltiger Entwicklungsplanung¹⁹ bei der inhaltlichen Konkretisierung der Handlungsfelder durchwegs erwähnt werden. Das Prinzip der Nutzungsmischung ist etwa in den räumlichen Handlungsvorschlägen des STEP 05 als Zusammenführen von Wohnen, Arbeit und Freizeitgestaltung erkennbar:

- im Abschnitt ‚Wohnen‘ (ebd.: 105, 111),
- im Abschnitt ‚Wirtschaft und Arbeit‘ (ebd.: 129, 130, 135),
- im Abschnitt Grün- und Freiräumen im bebauten Stadtgebiet (ebd.: 169-170)

Das Prinzip der sozialräumlichen Mischung wird im Zusammenhang mit dem geförderten Wohnbausektor ausgeführt: durch eine hohe Wohnbauleistung soll das Angebot an Wohnraum konstant gehalten und die Versorgung mit qualitativ hochwertigen Wohnungen auch für finanziell schwache Gruppen sichergestellt werden (ebd.: 104-106). Da die Verdichtungskapazitäten in den Innenbezirken nur mehr gering sind, wird sich diese Wohnbauleistung weitgehend auf Stadterweiterungsgebiete konzentrieren. Hier soll auch wieder das Prinzip der Funktionsmischung Anwendung finden. In den bereits bestehenden Wohngebieten sollen die ‚urbanen Qualitäten‘ durch bauliche Maßnahmen, die teilweise der Ausweitung ‚öffentlichen Raums‘ entsprechen, erhöht werden, z.B. durch Verkehrsberuhigung, Begrünung, Nutzung ungenutzter Flächen, Anbau von Balkonen, Dachterrassen usw. (ebd.: 111-116). In den Randgebieten sollen energie- und ressourcensparende Alternativen zum Einfamilienhaus forciert werden (ebd.: 116-117). Sozial schwache oder benachteiligte Gruppen werden bei der Erweiterung und

¹⁹ vgl. Kapitel soziale Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklungsplanung

Verbesserung der Grün- und Freiräume explizit erwähnt, durch geschlechtergerechte Gestaltung, Freiräume für Kinder, Beseitigung von Angsträumen etc., ebd.: 169-170).

4.3.3 Zusammenfassung

Die Auswahl der Handlungsfelder zeigt, dass der STEP 05 ein ganzheitliches Entwicklungsverständnis verwendet, das von raumwirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Überlegungen dominiert wird. In diesem Verständnis eröffnet eine wachsende Wirtschaft gesellschaftliches Entwicklungspotenzial, das gleichzeitig wiederum auf die Standortfaktoren einwirkt und mehr wirtschaftliches Wachstum generiert. Ökologische Umwelt bildet den flexiblen Rahmen, in dem sich diese beiden Dimensionen befinden, und der sich den Ansprüchen einer dynamischen Entwicklung anpassen muss. Im STEP 05 wird Natur so weitgehend als zu nutzender Raum mit bestimmten, auf den Menschen bezogenen Funktionen definiert, der formbar ist und nach zu ermittelndem Bedarf in seiner jeweiligen Ausprägung hergestellt bzw. verwendet wird. Auch der hier verwendete Begriff sozialer Nachhaltigkeit wird der ökonomischen Dimension untergeordnet, was keinen grundsätzlichen Wandel der gesellschaftlichen Organisationsverhältnisse vorantreibt, sondern statt dessen den barrierefreien Zugang des Individuums zu Markt und Konsum erleichtern will: Zugang zum Markt durch die Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten, Emanzipierung des Individuums und durch eine qualitativ hochwertige Lebensumwelt, durch die die individuelle Lebenszufriedenheit und Produktivität erhöht wird (was wiederum mehr wirtschaftliches Wachstum generiert); Zugang zum Konsum durch die Bereitstellung materieller Transferleistungen an Individuen, die am Markt keine oder keine für den Erhalt des Lebensunterhalts ausreichende Position mehr finden und ihre Bedürfnisse nicht durch eigenständige Arbeit befriedigen können (was auch wiederum den Konsum und die wirtschaftliche Entwicklung vorantreibt, auch durch den Versuch der Entlastung öffentlicher Budgets durch die Beteiligung privatwirtschaftlicher Unternehmen an Bau und Betrieb von technischen und sozialen Infrastrukturen im Rahmen von ‚private-public-partnerships‘, vgl. ebd.: 51). Die Gesellschaftsveränderung, die durch das Potenzial kultureller und sozialer Begegnung angedeutet wird, ist in diesem Sinne nicht weiter bemerkenswert, da der Siedlungsform ‚Stadt‘ eigentlich immanent. Die spezielle Förderung von Kreativität und das Ziel des konfliktarmen Zusammenlebens lässt dafür wiederum auf zugrundeliegende

Standortinteressen schließen, die in Verbindung zu den ‚weichen‘ Faktoren Stadtbild und Identität stehen und zusätzlich wieder über die Lebensqualität die wirtschaftliche Produktivität beeinflussen. Das Konzept der Lebenszufriedenheit, das vom STEP 05 verwendet wird, wird durch die berufliche und die finanzielle Komponente gleich auf zwei Seiten ökonomisch mitbestimmt; der STEP 05 will hier die sich durch eine großflächige qualitative Aufwertung des Stadtgebiets, durch das Bereitstellen günstigen Wohnraums und durch die Förderung wirtschaftlichen Wachstums eröffnenden Potenziale nutzen, um die selbst gesetzten Entwicklungsziele, die weitgehend wirtschaftlicher Natur sind, auch tatsächlich zu erreichen.

Andererseits lässt sich auch argumentieren, dass durch die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, die Stabilisierung des Wirtschaftswachstums und das Herstellen von Vollbeschäftigung Potentiale für eine gesamtgesellschaftliche Integration eröffnet werden, die jene der öffentlichen Hand bei weitem übersteigen (vgl. Kapitel 2.2.1), weil sie einen oberflächlich freiwilligen Charakter entfalten; oberflächlich, da der Druck, mit dem die Mechanismen der gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung das Individuum zur Teilnahme am Markt bzw. am marktwirtschaftlich vermittelten Konsum zwingen und dem es sich nur schwer entziehen kann, latent ist und nicht im selben Ausmaß wie jener von politisch-administrativen Steuerungsversuchen wahrgenommen wird. Der STEP 05 scheint ein derartiges Konzept zu verfolgen, in dem Benachteiligungen aufgrund von Geschlecht, Alter, ethnischer oder kultureller Zugehörigkeit durch die Einbindung in den Markt bzw. in den Konsum aufgehoben werden; explizit wird ein derartiges Verständnis nicht geäußert, die Rolle, die raumwirtschaftliche und wirtschaftspolitische Überlegungen im STEP 05 einnehmen, lässt aber darauf schließen. Hier setzt aber die im Kapitel 3.4 beschriebene Kritik am Standortwettbewerb an, der den Zielen der Nachhaltigkeit entgegengesetzt ist: Konzentration wirtschaftlicher Tätigkeit auf Zentren, bei gleichzeitiger Zersiedelung innerhalb der Region und zunehmendem Verkehrsaufkommen; Instrumentalisierung des Menschen und seines gesamten Daseins für wirtschaftliche Zwecke zur Steigerung der Produktivität; Reduktion der ökologischen Natur auf ihre ‚erholende‘ Wirkung auf das Individuum, wieder zum Zweck der Produktivitätssteigerung; dies sind Elemente, die einer nachhaltigen Entwicklung entgegengesetzt wirken. Wirtschaftlich motivierte Veränderungen auf gesellschaftlicher Ebene und die Verankerung neuer Lebensstile erscheinen hier zwar als realisierbar, beschränken sich aber auf das Marktgeschehen und

dessen Teilnehmer und besitzen damit weder einen gesamtgesellschaftlichen Anspruch, noch einen umfassenden Gerechtigkeitsbegriff. Sie werden auch nicht von sozial nachhaltigen Prinzipien bestimmt (Dematerialisierung, Natürlichkeit, Entschleunigung, Suffizienz etc., vgl. Kapitel 2.3), da diese nicht den Zielen ökonomischen Wachstums entsprechen.

5. Schluss

Die Nachhaltigkeitsdebatte wird allgemein sehr stark von der ökologischen Dimension bestimmt. Für Städte wie Wien, die ihre altindustrielle Phase mit den damit zusammenhängenden Umweltproblemen weitgehend hinter sich gelassen haben, ist dies aber weniger relevant: die Realisierung ökologischer Nachhaltigkeit wird hier weniger durch eine direkt übergreifend lenkbare Entwicklung, sondern mehr durch individuelle Handlungen des frei agierenden Gesellschaftsmitgliedes bestimmt. Eine von oben gesteuerte direkte Reorganisation der gesellschaftlichen Organisation wird derzeit als nicht realistisch eingeschätzt; um gesellschaftliche Transformationsprozesse trotzdem zu initiieren, werden politische Steuerungsfunktionen, die von der Bevölkerung mit Misstrauen betrachtet werden, zugunsten lokaler Verfahren der partizipativen Selbstverwaltung abgegeben und Marktmechanismen, denen derartiges Misstrauen nicht entgegengebracht wird, entsprechend instrumentalisiert. Als Maximen des im STEP 05 verwendeten Verständnisses von Menschenwürde und Gerechtigkeit lassen sich Emanzipation und wirtschaftliches Wachstum ableiten: materieller Wohlstand verleiht das Potential zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, schafft individuelle Autonomie und hebt damit die Lebensqualität; über das Lebensminimum hinausreichender materieller Wohlstand eröffnet den Individuen die Möglichkeit, ihren Konsum an gemeinschafts- und umweltorientierten Prinzipien auszurichten, die dadurch eine breite gesellschaftliche Verankerung erfahren können. Nachhaltigkeitskonzepte wie jenes des STEP 05 versuchen gerade hier anzusetzen: durch die Stärkung der marktwirtschaftlichen Produktions- und Organisationsmechanismen und durch die Verbesserung der vom Konsumverhalten mitbestimmten Lebensqualität erhält jedes Individuum die Möglichkeit, aus eigener Kraft eine Position innerhalb jener Gemeinschaft einzunehmen, in der der Markt zentrale Integrationsfunktionen übernimmt; strukturell nicht ausreichend integrierbare Individuen erhalten durch wohlfahrtsstaatliche Transferleistungen ebenfalls die Chance, an der konsumvermittelten Bedürfnisbefriedigung teilzunehmen. Eine Weiterentwicklung der Gesellschaft und ökonomisches Wachstum werden hier direkt in Bezug gesetzt: nur wenn ausreichende Wohlstandsgewinne für alle Wirtschaftsteilnehmer erzeugt werden (und die Gemeinschaft sich um die materielle Absicherung der nicht in den Markt integrierbaren Individuen kümmert), kann die Gesellschaft sich der Bekämpfung anderer sozialer und

ökologischer Probleme widmen. Der unmittelbare Einfluss politischer und administrativer Strukturen wird so reduziert auf das Schaffen wirtschaftsförderlicher Rahmenbedingungen. In diesem Bereich bewegt sich der Versuch der Stadt Wien, ihre zukünftige Entwicklung in eine bestimmte Richtung zu lenken. Gerade die Stadtentwicklungsplanung als Gesamtplanung symbolisiert, welche Rolle unternehmerische Investitions- und Marketingstrategien mittlerweile einnehmen: die Verbesserung der wirtschaftlichen Standortfaktoren und die Steigerung der Attraktivität für ökonomisch relevante Zuwanderungsbewegungen dienen zur Verbesserung der eigenen Position im Rahmen des Standortwettbewerbs, regional wie überregional; zu diesem Zweck werden auch strategische Entwicklungskooperationen auf regionaler Ebene abgeschlossen. Die Ziele der ‚sozialen und gesellschaftlichen Nachhaltigkeit‘ wie die Stärkung der Gemeinschaft durch Ausbildung örtlicher Identität und Bindung des Individuums, die Erhöhung der Lebensqualität oder die Aufwertung der baulich-räumliche Lebensumwelt werden so hauptsächlich als Nebeneffekte durch Investitionen in die Standortqualität der Stadt erzeugt.

Die Instrumentalisierung marktwirtschaftlicher Strategien zur Steuerung der Stadtentwicklung kann aber auch Gefahren bergen: wenn das Standortpotential durch eine flächendeckende Aufwertung des Stadtgebiets verbessert wird, bedeutet dies auch, dass die bisherigen BewohnerInnen der aufzuwertenden Gebiete systematisch verdrängt werden könnten, wenn sie den Übergang aus materiellen Gründen nicht mitmachen können. Gleichzeitig präsentiert sich Wien als Wirtschaftszentrum, dessen Bevölkerung weitgehend über Zuwanderung wachsen wird; als Konsequenz aus der Orientierung an marktwirtschaftlichen Strategien könnte abgeleitet werden, dass die Zuwanderung weitgehend von ökonomischen Interessen gesteuert werden sollte, d.h. dass vorzugsweise speziell qualifiziertes Arbeitskräftepotential zuziehen sollte, um den Wirtschaftsstandort zu stärken. Umgekehrt lässt dies darauf schließen, dass unqualifizierte Bevölkerungsteile zum Potential des Wirtschaftsstandorts wenig beitragen und sogar mindernde Wirkung entfalten können, wenn sie am Marktgeschehen und am Konsum nur eingeschränkt oder nicht teilnehmen.

Die Stadtverwaltung nimmt eine gespaltene Position ein: einerseits soll die Instrumentalisierung ökonomischer Mechanismen eine Steuerung der Entwicklung der Gesellschaft ermöglichen, andererseits entstehen dadurch negative Folgen für die

Gesellschaft, die nur durch regulative Eingriffe kompensiert werden können. Die öffentliche Hand als Akteur muss das Gleichgewicht halten zwischen der Herstellung von geeigneten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (was auch Deregulation umfasst), um das für diese Strategie nötige Wachstum zu realisieren, und der Bewahrung von Durchsetzungsfähigkeit gegenüber jenen wirtschaftlichen Strukturen, die das Wachstum leisten sollen, um ihre regulativen Funktionen weiterhin ausüben zu können. Städte befinden sich hier in einer tendenziell unterlegenen Position: die Mobilität der Wirtschaft ermöglicht es Unternehmen, Druck auf die Vielzahl der im direkten Wettbewerb zueinander stehenden potentiellen Standorte auszuüben und diese gegeneinander auszuspielen. Sich im globalisierten Wirtschaftssystem immer mehr auf einheitlichem Niveau einpendelnde Standortbedingungen erzeugen zunehmenden Zwang zur individuellen Positionierung anhand einer Aufwertung der ‚weichen‘ Standortfaktoren; die Frage bleibt aber, ob diese Aufwertung mit aus dem Wirtschaftswachstum entstehenden Mitteln durchgeführt werden kann, wenn niedrige Steuer- und Abgabequoten und direkte finanzielle Förderungen weiterhin relevant sind für Standortentscheidungen. Gleichzeitig können die der öffentlichen Hand zur Verfügung stehenden Mittel nicht nur zur Aufwertung des Standorts dienen, sondern müssen auch zur Kompensation der durch wirtschaftliche Tätigkeit entstehenden, auf die Gesellschaft abgewälzten ökologischen und sozialen Folgekosten und zur materiellen Absicherung von in den Arbeitsmarkt nicht integrierten Bevölkerungsteilen verwendet werden, d.h. dass die Stadt als Vertreterin der Gemeinschaft nur eingeschränkt als wirtschaftlicher Akteur auftreten kann, da sie die Folgekosten ihrer Handlungen tragen muss, während die Privatwirtschaft diese externalisieren kann.

Die aus dem Nachhaltigkeitsbegriff ableitbaren Entwicklungslinien lassen ebendiese Ansätze erkennen: durch verschiedene Impulse soll die Gesellschaft auf einen Zustand hingelenkt werden, in dem einem möglichst großen Anteil der Bevölkerung die Teilnahme am ökonomischen Prozess und eine eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts über das Lebensminimum hinaus ermöglicht wird. Gleichzeitig sollen die Elemente eines nachhaltigen Lebensstils im gesellschaftlichen Alltag Verankerung finden, wodurch ökologische und soziale Folgewirkungen der verbreiteten Teilnahme an Produktion und Konsum minimiert werden. Die Suffizienz eines nachhaltigen Lebensstils lässt sich dabei mit der Ausweitung der marktwirtschaftlichen Produktionsweise

vereinbaren, da dadurch mehr Menschen am Konsum hochwertiger Güter beteiligt werden und die Wirtschaft weiterhin wachsen kann; das erhoffte Resultat ist eine allgemeine Zunahme des gesellschaftlichen Wohlstandes, die als Voraussetzung für die Realisierung nachhaltiger Entwicklung gesehen wird. Gleichzeitig ist ein Bewusstsein dafür vorhanden, dass trotz einer Ausweitung der über den Arbeitsmarkt ablaufenden Integration auch weiterhin ein Bedarf an gesteuerter Umverteilung vorhanden sein wird, um die gesamte Gesellschaft am gesellschaftlichen Konsum zu beteiligen, dass diese marktwirtschaftlichen Mechanismen allein also nicht ausreichen können.

Die Frage ist nun, ob dieses Konzept tatsächlich aufgehen wird: sind die Verschärfung eines lokalisierten wirtschaftlichen Wettbewerbs, die Ausweitung des Standortdenkens in private Lebensbereiche hinein und die Steigerung und Verbreitung des Konsumverhaltens mit den Handlungsprinzipien der Nachhaltigkeit vereinbar? Der Ansatz der Instrumentalisierung wirtschaftlicher Mechanismen erscheint hier als der Komplexität gesellschaftlicher Entwicklung nicht angemessen; der Rückzug eines wichtigen gesellschaftlichen Akteurs zugunsten eines Systems, dessen Handlungslogiken sich nicht getrennt von den derzeitigen sozialen und ökologischen Problemen betrachten lassen und dessen Prozesse zum aktuellen Zustand beigetragen haben, kann auch kontraproduktiv wirken. Wenn die institutionelle Umsetzung der Prinzipien sozialer Nachhaltigkeit vom Erfolg bei der Herstellung wirtschaftlichen Wachstum abhängig ist, kann dies in im Fall einer regional übergreifenden und andauernden Wirtschaftskrise auch eine Rücknahme der bisherigen Maßnahmen zur Folge haben; die Verankerung erscheint damit als unsicher und zu sehr wachstumsabhängig.

6. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Komponenten der Lebenszufriedenheit81

7. Literatur

- AEA (2006): Der Energieverbrauch in Österreich. Austrian Energy Agency. Erreichbar unter: [http://www.energyagency.at/\(de\)/enz/res-dat.htm#h3](http://www.energyagency.at/(de)/enz/res-dat.htm#h3) Letzter Zugriff: 07.09.2008
- Agrawal, Kanu (Hg.) (2007): Re-urbanism. Transforming Capitals. Cambridge: MIT Press.
- Albers, Gerd; Wékel, Julian (2008): Stadtplanung. Eine illustrierte Einführung. Darmstadt: Primus Verlag.
- Albers, Gerd (2000): Zur Rolle der Theorie in der Stadtplanung. In: Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, Bericht 2000. Berlin: Edition StadtBauKunst. S. 12-34
- Albrechts, Louis; Mandelbaum, Seymour J. (ed.) (2005): The Network Society. A new context for planning. London, New York: Routledge.
- Althoff, Christian (1996): Stadtentwicklungsplanung in Wien am Beispiel STEP 84. Die historische Einordnung und kritische Analyse einer Planungsmethode und ihre Umsetzung im Rahmen der Verwaltung der Stadt Wien. Wien: Diplomarbeit Universität Wien.
- Antalovsky, Eugen; Knoth, Ernst; König, Ilse; Weniger, Thomas (1993): Kommunikation und Konflikte bei städtischen Planungen. Wien: Magistrat der Stadt Wien.
- Antalovsky, Eugen; König, Ilse (1994): Planung initiativ. Bürgerbeteiligung in Wien. Wien: Magistrat der Stadt Wien.
- ASD: Austrian Business Academy for Sustainable Development. Die Akademie > Ziele. Erreichbar unter: <http://www.asd.at/asd/akademie.php?menu=4&untermenu=3&id=3> Letzter Zugriff. 07.09.2008
- Astleithner, Florentina (1998): Das Leitbild „Nachhaltige Stadt“. Ein Blick auf die Entstehungszusammenhänge und die aktuelle Diskussion. Wien: Diplomarbeit Universität Wien.
- Baccini, Peter (2002): Der Stoffwechsel urbaner Systeme. In: Frey, Otto; Klotz, Arnold; Rosinak, Werner; Ludwig Boltzmann Institut für Interdisziplinäre Stadtforschung (Hg.): Stadt und Nachhaltigkeit. Ein Diskurs. Wien: Springer Verlag. S. 117-127
- Bahrtdt, Hans Paul (1961): Die moderne Großstadt: soziologische Überlegungen zum Städtebau. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Baker, Susan (2006): Sustainable Development. London, New York: Routledge.
- Bank für Sozialwirtschaft (2002): Zivilgesellschaft und soziale Nachhaltigkeit – Forum zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Berlin.
- Barton, Hugh; Grant, Marcus; Guise, Richard (2003): shaping neighbourhoods. A Guide for Health, Sustainability and Vitality. London, New York: Spon Press.
- Basten, Ludger (2005): Postmoderner Urbanismus. Gestaltung in der städtischen Peripherie. Münster: LIT Verlag.
- Bathelt, Harald; Glückler, Johannes (2002): Wirtschaftsgeographie. Ökonomische Beziehungen in räumlicher Perspektive. Stuttgart: Ulmer.
- Becker, Egon; Jahn, Thomas; Stiess, Emmanuel (1999): Exploring uncommon Ground: Sustainability and the Social Sciences. In: Becker, Egon; Jahn, Thomas (Hg.):

- Sustainability and the Social Sciences. A cross-disciplinary approach integrating environmental considerations into theoretical reorientation. London: Zed Books. S. 1-22
- Becker, Heidede (2005): Perspektiven der Stadtentwicklung. In: Klotz, Arnold; Frey, Otto; Ludwig Boltzmann Institut für Interdisziplinäre Stadtforschung (Hg.): Verständigungsversuche zum Wandel der Stadtplanung. Wien, New York: Springer. S. 40-44
- Beckmann, Klaus J.; Forßmann, Jörg (1996): Zwischen Rio und Istanbul liegen München und Oberhausen. In: Planerin, 4. Quartal, Dez. 1996. S. 1-12
- Beer, Anne R.; Higgins, Catherine (2000): Environmental Planning for Site Development. A manual for sustainable local planning and design. London, New York: E & FN Spoon.
- Bell, Jo (1997): Valuing Difference and Working with Diversity. In: Bell, Jo (ed.): A City for all. Valuing Difference and Working with diversity. London, New Jersey: Zed Books. S. 2-37
- Berger, Olaf; Schmalfeld, Andreas (1999): Stadtentwicklung in Hamburg zwischen ‚Unternehmen Hamburg‘ und ‚Sozialer Großstadtstrategie‘. In: Dangschat, Jens (Hg.): Modernisierte Stadt- gespaltene Gesellschaft. Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung. Opladen: Leske + Budrich. S. 317-341
- Beyer, Susanne; Heyer, Julia Amalia (2008): Stadtplanung: Platz für alle. Der Spiegel 31/2008. Erreichbar unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,568481,00.html> Letzter Zugriff 07.09.2008
- BfLR (Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung) (Hg.) (1996): Nachhaltige Stadtentwicklung. Herausforderungen an einen ressourcenschonenden und umweltverträglichen Städtebau. Städtebaulicher Bericht. Bonn: BfLR.
- Biart, Michel (2002): Social sustainability as part of the social agenda of the European Community. In: Ritt, Thomas (Hg.) (2002): Soziale Nachhaltigkeit. Von der Umweltpolitik zur Nachhaltigkeit? Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte. S. 5-10
- Bigg, Tom; Gordon, John (1994): Nach dem Erdgipfel von Rio de Janeiro- eine Zwischenbilanz. Britisch-deutsche Notizen zur Umsetzung. Berlin: Birkhäuser Verlag.
- Bisky, Jens (2008): Soziale Schieflage in Deutschland: Sozialer Abstieg heißt jetzt Exklusion. Süddeutsche Zeitung 05.05.2008. Erreichbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/kultur/artikel/282/172770/6/> Letzter Zugriff 2.10.2008
- Böhm, Ruth; Deilmann, Clemens; Gruhler, Karin (2005): Stadtumbau und Leerstandentwicklung aus ökologischer Sicht. Dresden: oekom Verlag.
- BOKU: Vision. Österreichisches Institut für Nachhaltige Entwicklung. Erreichbar unter: <http://dyn.boku.ac.at/oin/cont01.htm> Letzter Zugriff: 07.09.2008
- Bourdieu, Pierre (1991): Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum. In: Wentz, Martin (Hg.): Stadt-Räume. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag.
- Brand, Karl-Werner (1997): Probleme und Potentiale einer Neubestimmung des Projekts der Moderne unter dem Leitbild „nachhaltige Entwicklung“. Zur Einführung. In: Brand, Karl-Werner (Hg.): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie. Opladen: Leske + Budrich. S. 9-32
- Brand, Karl-Werner (2002): Das Leitbild der Nachhaltigkeit. Strukturen und Probleme der Debatte. In: Bückmann, Walter; Lee, Yeong Heui; Schwedler, Hans-Uve (Hg.): Das Nachhaltigkeitsgebot der Agenda 21. Die Umsetzung ins Umwelt- und Planungsrecht. Europäische Akademie für städtische Umwelt. Berlin: Reimer Verlag. S. 28-42

- Brandl, Sebastian (2002): Konzepte sozialer Nachhaltigkeit im deutschen Diskurs. In: Ritt, Thomas (Hg.): Soziale Nachhaltigkeit. Von der Umweltpolitik zur Nachhaltigkeit? Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte. S. 11-32
- Brunkhorst, Hauke (2000): Ist die Solidarität der Bürgergesellschaft globalisierbar? In: Brunkhorst, Hauke; Kettner, Matthias (Hg.): Globalisierung und Demokratie. Wirtschaft, Recht, Medien. Frankfurt am Main: Suhrkamp. S. 53-89
- Bühler, Elisabeth; Kaspar, Heidi: Räume und Orte als soziale Konstrukte. Plädoyer für einen verstärkten Einbezug sozialer Aspekte in die Gestaltung städtischer Parkanlagen. In: Raumplanung, 125 (2006) S. 37-41. Erreichbar unter: http://www.geo.unizh.ch/nfp54/docs/Artikel1_SOSPA.pdf Letzter Zugriff: 07.09.2008
- Burgers, Jack; Vranken, Jan; Freidrichs, Jürgen; Hommerich, Carola (Hg.) (2003): Anleitung für ein erfolgreiches Stadtentwicklungsprogramm. Beispiele aus neun europäischen Ländern. Opladen: Leske + Budrich.
- Burgess, Rod; Carmona, Marisa; Kolstee, Theo (ed.) (1997): The Challenge of Sustainable Cities. Neoliberalism and Urban Strategies in Developing Countries. London, New Jersey: Zed Books.
- Burton, Elizabeth; Mitchell, Lynne (2006): Inclusive Urban Design. Streets for Life. Burlington. Linacre House.
- Canniffe, Eamonn (2006): Urban Ethic. Design in the Contemporary City. London, New York: Routledge.
- Carigiet, Erwin (2001): Gesellschaftliche Solidarität. Prinzipien, Perspektiven und Weiterentwicklung der sozialen Sicherheit. Basel: Helbing & Lichtenstein.
- Condin, Patrick M. (ed.) (1996): Sustainable Urban Landscapes. The Surrey Design Charrette. Vancouver: University of British Columbia.
- Conrad, Jobst (1997): Nachhaltige Entwicklung – ein ökologisch modernisiertes Modell der Moderne? In: Brand, Karl-Werner (Hg.): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie. Opladen: Leske + Budrich. S. 51-69
- Coy, Martin (2003): Paris - aktuelle Entwicklungstendenzen und Ansätze der Stadterneuerung in einer europäischen Megastadt. In: Petermanns Geographische Mitteilungen, 147. S. 60-69.
- Dangschat, Jens (1997): Sustainable City – Nachhaltige Zukunft für Stadtgesellschaften? In: Brand, Karl-Werner (Hg.): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie. Opladen: Leske + Budrich. S. 169-191
- Dangschat, Jens (1998): Segregation. In: Häußermann, Hartmut (Hg.): Großstadt: soziologische Stichworte. Opladen: Leske + Budrich. S. 207-220
- Dangschat, Jens; Dietrich, Ben (1999): Regulation, Nach-Fordismus und „global cities“ – Ursachen der Armut. In: Dangschat, Jens (Hg.): Modernisierte Stadt- gespaltene Gesellschaft. Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung. Opladen: Leske + Budrich. S. 73-112
- Dangschat, Jens (2002): Soziale Aspekte der nachhaltigen Stadtentwicklung. In: Frey, Otto; Klotz, Arnold; Rosinak, Werner; Ludwig Boltzmann Institut für Interdisziplinäre Stadtforschung (Hg.): Stadt und Nachhaltigkeit. Ein Diskurs. Wien: Springer Verlag. S. 43-62
- Dicken, Peter; Lloyd, Peter (1999): Standort und Raum. Theoretische Perspektiven in der Wirtschaftsgeographie. Stuttgart: Verlag Eugen Ulmer.
- Diebäcker, Marc (Hg.) (2004): Partizipative Stadtentwicklung und Agenda 21. Diskurse-Methoden- Praxis. Wien: Edition Volkshochschule.

- Dürr, Dietmar (2007): Der Europäische Emissionshandel. Hintergründe, Fakten und Trends zur Revision der europäischen Emissionshandelsrichtlinie (ETS-RL). Inagendo Energy Policy Consulting. Erreichbar unter: http://www.inagendo.com/res/doc/inagendo_ets_kompodium.pdf Letzter Zugriff: 07.09.2008
- Ehrenstrasser, Elisabeth (2006): Lokale Agenda 21-Prozesse - Handlungsvorschläge zur Weiterführung in Wien. Diplomarbeit: Universität Wien.
- Eckardt, Frank (ed.) (2005): The City and the Region. Frankfurt am Main: Verlag Peter Lang.
- Ecological Footprint and Biocapacity (2006): Global Footprint Network. 2006 National Footprint Results. Erreichbar unter: <http://www.footprintnetwork.org/download.php?id=305> Letzter Zugriff: 07.09.2008
- ESA 2008: World Urbanization Prospects: The 2007 Revision Population Database. UN Department of Social and Economic Affairs. Erreichbar unter: <http://esa.un.org/unup/> Letzter Zugriff: 07.09.2008
- euroBAU: Bauordnung für Wien, Paragraf 003 Fachbeirat für Stadtplanung und Stadtgestaltung. Europäisches Bauinformationssystem. Erreichbar unter: <http://www.baurecht.at/baurecht.asp?r=REC0001060001170006083046> Letzter Zugriff: 25.09.2008
- EUROSTAT (2007): Measuring progress towards a more sustainable Europe. 2007 monitoring report of the EU sustainable development strategy. Erreichbar unter: http://ec.europa.eu/sustainable/docs/estat_2007_sds_en.pdf Letzter Zugriff: 07.09.2008
- Fischer-Kowalski, Marina (2002): Das magische Dreieck der Nachhaltigkeit. In: Frey, Otto; Klotz, Arnold; Rosinak, Werner; Ludwig Boltzmann Institut für Interdisziplinäre Stadtforschung (Hg.): Stadt und Nachhaltigkeit. Ein Diskurs. Wien: Springer Verlag. S. 25-41
- FNN (2007): Humanity's Footprint 1961-2003. Footprint Network News. Global Footprint Network. Erreichbar unter: http://www.footprintnetwork.org/gfn_sub.php?content=global_footprint Letzter Zugriff: 07.09.2008
- Frick, Dieter (2006): Theorie des Städtebaus. Zur baulich-räumlichen Organisation von Stadt. Berlin: Ernst Wasmuth Verlag.
- Friedrichs, Jürgen (1977): Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Friedrich, Malte (1999): Die räumliche Dimension städtischer Armut. In: Dangschat, Jens (Hg.): Modernisierte Stadt- gespaltene Gesellschaft. Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung. Oplade: Leske + Budrich. S. 263-287
- Gawron, Thomas (2001): Planungskultur und nachhaltige Raumentwicklung. Praktische und theoretische Ansätze. In: Kühn, Manfred; Moss, Timothy (Hg.): Planungskultur und Nachhaltigkeit. Neue Steuerungs- und Planungsmodelle für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung. Berlin: Verlag für Wissenschaft und Forschung. S. 33-49
- Giddens, Anthony (1984): Die Konstitution der Gesellschaft. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Gilg, Mark; Schaeppi, Werner (2007): Lebensräume. Auf der Suche nach zeitgemäßem Wohnen. Zürich: Verlag Niggli.
- Grupp, Michael et al (1993): The „Earth Summit“-Agreements: A Guide and Assessment. An Analysis of the Rio '92 UN Conference on Environment and Development. London: Earthscan Publications Ltd.

- Hammer, Antje; Scheiner, Joachim (2006): Lebensstile, Wohnmilieus, Raum und Mobilität – Der Untersuchungsansatz von StadtLeben. In: Beckmann, Klaus; Hesse, Markus; Holz-Rau, Christian; Hunecke, Marcel (Hg.): StadtLeben – Wohnen, Mobilität und Lebensstil. Neue Perspektiven für Raum- und Verkehrsentwicklung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 15-30
- Hauff, Volker (Hg.) (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven: Eggenkamp Verlag.
- Haughton, Graham; Hunter, Colin (1996): The contribution of regional resource management to sustainable urban development. Final Report of the ESRC Global Environment Change Phase 3 Project.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1991): Bausteine zu einem Szenario der Entwicklung von Berlin. In: Sentasverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz (Hg.): Metropole Berlin: Mehr als ein Markt! Berlin: StadtUm. S. 23-58
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1996): Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens. Weinheim, München: Juventa Verlag.
- Heinz, Werner (1998): Stadtentwicklungsplanung. In: Häußermann, Hartmut (Hg.): Großstadt: soziologische Stichworte. Opladen: Leske + Budrich. S. 234-245
- Heinz, Werner (2002): Stadtentwicklungsplanung – ein Instrument in ständiger Veränderung. In: Hanzl, Tanja (Red.): Stadtregionen – Steuerungsmöglichkeiten für die räumliche Entwicklung. Dokumentation des STEP-Workshops. Wien: Magistratsabteilung 18. S. 124-136
- Herrmann, Heike (2002): Initiierte Bürgerforen – Bürgerbeteiligung im Rahmen Sozialer Stadtentwicklung in Hamburg. In: Haus, Michael (Hg.): Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik. Theoretische Analysen und empirische Befunde. Opladen: Leske + Budrich. S. 211-229
- Higatsberger, Michaela (1999): Lokale Agenda 21. Möglichkeiten und Hemmnisse in der Umsetzung einer Politik der Nachhaltigkeit auf lokaler Ebene. Wien: Diplomarbeit Uni Wien.
- Higgins, Marilyn; Karski, Andy (2000): The Built Environment and Design. In: Allmendinger, Philip (ed.): Introduction to Planning Practice. Wiley: Academy Press. S. 247-284
- Hillier, Bill (1996): Space is the machine. A configurational theory of architecture. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hillmann, Karl-Heinz (2007): Wörterbuch der Soziologie. 5. Auflage. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag.
- Hoffman-Axthelm, Dieter (1996): Anleitung zum Stadtumbau. Frankfurt, New York: Campus-Verlag.
- Hoffmann, Peggy; Wintermeyer, Kerstin (2006): Habitus. Freie Universität Berlin – Glossar Geschlechterforschung. Erreichbar unter: http://userpage.fu-berlin.de/~glossar/de/view.cgi?file=dat_de@171&url=/~glossar/de/menu3.cgi?l1=abc@@@l2=H@@l3=Habitus%20 Letzter Zugriff: 25.10.2008
- Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik (2007): Dokumentation des Workshops „Nachhaltige Stadtentwicklung“ am 18. Juni 2007. Berlin: Deutscher Gewerkschaftsbund.
- Internet-Portal zur Nachhaltigkeit in Österreich (2007): Liste aller österreichischer LA21-Prozesse (Stand März 2007). Erreichbar unter:

- http://www.nachhaltigkeit.at/pages/la21/pdf/la21_prozesse_stand_2007-03.xls Letzter Zugriff: 07.09.2008
- Kanatschnig, Dietmar; Weber, Gerlind (1998): Nachhaltige Raumentwicklung in Österreich. Schriftenreihe des Österreichischen Instituts für Nachhaltige Entwicklung, Band 4. Wien: Österreichisches Institut für Nachhaltige Entwicklung. Erreichbar unter: http://dyn.boku.ac.at/oin/artikel/OeIN_Bd_4.pdf Letzter Zugriff: 20.09.2008
- Klein, Bruno; Siegel, Paul (Hg.) (2006): Konstruktionen urbaner Identität. Zitat und Rekonstruktion in Architektur und Städtebau der Gegenwart. Berlin: Lukas Verlag.
- Klotz, Arnold; Frey, Otto; Rosinak, Werner; Ludwig Boltzmann Institut für interdisziplinäre Stadtforschung (Hg.) (2002): Stadt und Nachhaltigkeit. Ein Diskurs. Wien, New York: Springer.
- Klotz, Arnold (2005): Der Strategieplan für Wien – ein Beispiel für die Rückkehr der großen Pläne? In: Klotz, Arnold; Frey, Otto; Ludwig Boltzmann Institut für Interdisziplinäre Stadtforschung (Hg.): Verständigungsversuche zum Wandel der Stadtplanung. Wien, New York: Springer. S. 82-92
- Klotz, Arnold; Frey, Otto; Ludwig Boltzmann Institut für Interdisziplinäre Stadtforschung (Hg.) (2005): Verständigungsversuche zum Wandel der Stadtplanung. Wien, New York: Springer.
- Kneer, Georg; Nassehi, Armin; Schroer, Markus (Hg.) (1997): Soziologische Gesellschaftsbegriffe. Konzepte moderner Zeitdiagnosen. München: Wilhelm Fink Verlag.
- Krause, Monika (2005): The City and its Borders: Some implications of the globalization of migration control for urban space. In: Eckardt, Frank (Hg.): The City and the Region. Frankfurt am Main: Peter Lang Europäischer Verlag der Wissenschaften. S. 159-169
- Krautzberger, Maria (2002): Zum Geleit: Das Nachhaltigkeitsgebot der Agenda 21 und seine Umsetzung ins Umwelt- und Planungsrecht. In: Bückmann, Walter; Lee, Yeong Heui; Schwedler, Hans-Uve (Hg.): Das Nachhaltigkeitsgebot der Agenda 21. Die Umsetzung ins Umwelt- und Planungsrecht. Europäische Akademie für städtische Umwelt. Berlin: Reimer Verlag. S. 9-14
- Krautzberger, Michael (2002): Das Nachhaltigkeitsgebot aus der Sicht der gesetzgebungspraxis. Das Beispiel: räumliches Planungsrecht. In: Bückmann, Walter; Lee, Yeong Heui; Schwedler, Hans-Uve (Hg.): Das Nachhaltigkeitsgebot der Agenda 21. Die Umsetzung ins Umwelt- und Planungsrecht. Europäische Akademie für städtische Umwelt. Berlin: Reimer Verlag. S. 120-129
- Kulke, Elmar (2004): Wirtschaftsgeographie. Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh.
- LA21 Wien: Die LA21-Bezirke. Lokale Agenda 21 Wien. Erreichbar unter: <http://la21wien.at/die-la-21-bezirke> Letzter Zugriff 07.09.2008
- Lahofer, Thomas (2008): Rationalisierungslogiken der Erwerbsarbeit. Wien: Diplomarbeit Universität Wien.
- Land Salzburg: Homepage Land Salzburg. Umwelt / Natur / Wasser > Umweltschutz > Nachhaltigkeit > LA21-Gipfel 2007 > about. Erreichbar unter: http://www.salzburg.gv.at/la21gipfel_themen.htm Letzter Zugriff: 07.09.2008
- Läpple, Dieter (1992): Essay über den Raum. Für ein gesellschaftswissenschaftliches Raumkonzept. In: Häußermann, Hartmut u.a.: Stadt und Raum. Soziologische Analysen. Pfaffenweiler: Centaurus.

- Lexikon der Nachhaltigkeit (2005): Aalborg Charta 1994. Erreichbar unter: http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/aalborg-charta_1994_554.htm Letzter Zugriff: 07.09.2008
- Lexikon der Nachhaltigkeit (2007): Österreichs Nachhaltigkeitsstrategie 2002. Erreichbar unter: http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/nachhaltigkeitsstrategie_2002_764.htm Letzter Zugriff: 07.09.2008
- Lindner, Rolf (1998): Stadtkultur. In: Häußermann, Hartmut (Hg.): Großstadt: soziologische Stichworte. Opladen: Leske + Budrich. S. 256-262
- Lindner, Rolf (2003): Der Habitus der Stadt. Ein kulturgeographischer Versuch. In: Petermanns Geographische Mitteilungen 147. S. 46-53.
- Littig, Beate; Grießler, Erich (2004): Soziale Nachhaltigkeit. Informationen zur Umweltpolitik 160. Wien: Arbeiterkammer Österreich.
- LM (2002): Österreichische Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung. Österreichisches Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Erreichbar unter: http://www.nachhaltigkeit.at/strategie/pdf/strategie020709_de.pdf Letzter Zugriff: 07.09.2008
- Löw, M; Steets, S.; Stoetzer, S. (2007): Einführung in die Stadt und Raumsoziologie. Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Macias, Trinidad; Tanaka, Hiroyuki (2007): Europe's Disappearing Internal Borders. Migration Policy Institute. Erreichbar unter: http://www.migrationpolicy.org/pubs/FS20_SchengenDisappearingBorders_121807.pdf Letzter Zugriff: 07.09.2008
- Magistratsabteilung 18 der Stadt Wien (2004): Strategieplan 2004. Wien: Magistratsabteilung 18.
- Marbach, Ueli (2006): Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklung. Beispielfall Biel. In: Fritzsche, Bruno; Gilomen, Hans-Jörg; Stercken, Martina (Hg.): Städteplanung – Planungsstädte. Zürich: Chronos Verlag. S. 181-192
- Mayer, Margit (2002): Soziales Kapital und Stadtentwicklungspolitik – ein ambivalenter Diskurs. In: Haus, Michael (Hg.): Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik. Theoretische Analysen und empirische Befunde. Opladen: Leske + Budrich. S. 33-58
- Meier, Hans-Rudolf (2006): Stadtentwicklung zwischen Denkmalpflege und Gschichtsfiktion. In: Sigel, Paul; Klein, Bruno (Hg.): Konstruktionen urbaner Identität. Zitat und Rekonstruktion in Architektur und Städtebau der Gegenwart. Berlin: Lukas Verlag. S. 161-174
- Meslow, A.H. (1967): A theory of metamotivation: the biological rooting of the value-life. In: Journal of Humanistic Psychology 7. S. 93-127
- Mittriner, urt (2002): Warum ein neuer STEP? In: Hanzl, Tanja (Red.): Stadtregionen – Steuerungsmöglichkeiten für die räumliche Entwicklung. Dokumentation des STEP-Workshops. Wien: Magistratsabteilung 18. S. 118-123
- Mittringer, Kurt (Hg.) (2005): STEP 05 - Stadtentwicklung Wien 2005. Wien: Stadtentwicklung.
- Mönninger, Michael (2001): Die Stadt als Zivilisationsmodell der Zukunft? In: Stimmann, Hans (Hg.): Von der Architektur- zur Stadtdebatte. Berlin: Verlagshaus Braun. S. 37-43
- Moss, Timothy (2001): Akteursorientiertes Ressourcenmanagement bei der Ver- und Entsorgung. In: Kühn, Manfred; Moss, Timothy (Hg.): Planungskultur und

- Nachhaltigkeit. Neue Steuerungs- und Planungsmodelle für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung. Berlin: Verlag für Wissenschaft und Forschung. S. 53-79
- Müller-Christ, Georg (Hg.) (1998): Nachhaltigkeit durch Partizipation. Bürgerbeteiligung im Agendaprozess. Sternenfels: Verlag Wissenschaft und Praxis.
- Mühlich, E.; Heinelt, H. (Hg.) (2000): Lokale „Agenda 21“ Prozesse. Erklärungsansätze, Konzepte und Ergebnisse. Oplade: Leske + Budrich.
- Nassehi, Armin (1990): Zum Funktionswandel von Ethnizität im Prozess gesellschaftlicher Differenzierung, in: Soziale Welt, 41, 261-282
- Neumeyer, Fritz (2001): Dem Verschwinden der Stadt entgegengedacht. In: Stimmann, Hans (Hg.): Von der Architektur- zur Stadtdebatte. Berlin: Verlagshaus Braun. S. 29-35
- Newman, Peter; Thornley, Andy (1996): Urban Planning in Europe. International competition, national systems and planning projects. London, New York: Routledge.
- Nicolini, Maria (1997): Bürgerbeteiligung. Eingriff in Eingriffe? In: Fischer-Kowalski, Marina (et al.): Gesellschaftlicher Stoffwechsel und Kolonialisierung von Natur. Ein Versuch in sozialer Ökologie. Amsterdam: G+B Verlag Fakultas. S. 241-258
- Niess, Frank (Hg.) (1984): Leben wir, um zu arbeiten? Die Arbeitswelt im Umbruch. Köln: Bund-Verlag
- Oblak, Sigrid (Hg.) (2003): Masterplan Verkehr Wien 2003. Wien: Stadtentwicklung Wien, Magistratsabt. 18.
- Oblasser, Marion (2006): Die beispielbare Stadt. Kinderfreundliche Stadtplanung als Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung. Universität Dortmund: Dissertation. Erreichbar unter: <https://eldorado.uni-dortmund.de/handle/2003/22847> Letzter Zugriff: 07.09.2008
- ÖINE (2008): Die österreichische Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung Österreichs. Internetportal für Nachhaltige Entwicklung. Erreichbar unter: http://www.nachhaltigkeit.at/strategie.php3?strat_strategie.php3 Letzter Zugriff: 07.09.2008
- Österreichische Nachhaltigkeitsstrategie (2008): Österreichische Nachhaltigkeitsstrategie. Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. Erreichbar unter: <http://www.bmwa.gv.at/BMWA/Schwerpunkte/Wirtschaftspolitik/Nachhaltigkeit/02nachhaltigkeit.htm> Letzter Zugriff: 07.09.2008
- Pies, Ingo (2000): Globalisierung und Demokratie: Chancen und Risiken aus ökonomischer Sicht. In: Brunkhorst, Hauke; Kettner, Matthias (Hg.): Globalisierung und Demokratie. Wirtschaft, Recht, Medien. Frankfurt am Main: Suhrkamp. S. 53-89
- Postl, Julia (2005): Aktive Bürgerbeteiligung und lokale Identität in einem ‚Lokale Agenda 21-Prozess‘. Wien: Diplomarbeit Universität Wien.
- Potyka, Hugo (2005): Erfahrung mit großen Plänen in Wien. In: Klotz, Arnold; Frey, Otto; Ludwig Boltzmann Institut für Interdisziplinäre Stadtforschung (Hg.): Verständigungsversuche zum Wandel der Stadtplanung. Wien, New York: Springer. S. 100-108
- Putnam, Robert D. (1994): Making Democracy Work. Civic Traditions in Italy. Princeton: University Press.
- Parfect, Michael; Power, Gordon (1997): Planning for Urban Quality. Urban Design in Towns and Cities. London, New York: Routledge.
- Peithmann, Ortwin (2002): Optionen zur Begrenzung des Flächenverbrauchs – Diskussionen und Erfahrungen in Deutschland. In: Hanzl, Tanja (Red.): Stadtregionen

- Steuerungsmöglichkeiten für die räumliche Entwicklung. Dokumentation des STEP-Workshops. Wien: Magistratsabteilung 18. S. 15-24
- Pirhofer, Gottfried (2005): Strategische Planung in europäischen Städten. In: Klotz, Arnold; Frey, Otto; Ludwig Boltzmann Institut für Interdisziplinäre Stadtforschung (Hg.): Verständigungsversuche zum Wandel der Stadtplanung. Wien, New York: Springer. S. 10-37
- Pirhofer, Gottfried; Stimmer, Kurt (2007): Pläne für Wien. Theorie und Praxis der Wiener Stadtplanung von 1945-2005. Wien: Stadtentwicklung Wien, Magistratsabteilung 18. Erreichbar unter: <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/instrumente/planungsgeschichte/index.htm>
Letzter Zugriff: 10.09.2008
- Prigge, Walter (2005): Strukturfragen, unter der Herausforderung von Schrumpfung. In: Klotz, Arnold; Frey, Otto; Ludwig Boltzmann Institut für Interdisziplinäre Stadtforschung (Hg.): Verständigungsversuche zum Wandel der Stadtplanung. Wien, New York: Springer. S. 56-60
- Raemakers, Jeremy (2000): Planning for Sustainable development. In: Allmendinger, Philip (ed.): Introduction to Planning Practice. Wiley: Academy Press. S. 21-48
- Raith, Ercih (2005): Steuerung von regeldichten und Regedauer. In: Klotz, Arnold; Frey, Otto; Ludwig Boltzmann Institut für Interdisziplinäre Stadtforschung (Hg.): Verständigungsversuche zum Wandel der Stadtplanung. Wien, New York: Springer. S. 61-63
- Reese, Schäfer, Walter (1995): Was ist Kommunitarismus? Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Rinner, René (2002): Stadtentwicklungspolitik durch Großprojekte. Eine empirische Untersuchung zu unternehmerischen Strategien der Stadtentwicklungspolitik am Beispiel der Donau City- Wien. Wien: Diplomarbeit Universität Wien
- Robbins, Edward (2004): New Urbanism. In: Robbins, Edward; El-Khoury, Rodolphe (ed.) (2004): Shaping the City. Studies in History, Theory and Urban Design. London, New York: Routledge. S. 212-230
- Rodenstein, Marianne (1998): Frauen. In: Häußermann, Hartmut (Hg.): Großstadt: soziologische Stichworte. Opladen: Leske + Budrich. S. 47-57
- Rosenberg, Barbara (Hg.) (1994): Vom Zuschauer zum Aktivbürger. Modelle der Bürgerbeteiligung in Kommunalen Planungsprozessen. Wien: Dr.-Karl-Renner-Institut.
- Roth, R.; Wollmann, H. (Hg.) (1999): Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden. Opladen: Leske + Budrich.
- Sabancilar, Serpil (2002): Nachhaltige Stadtentwicklung. Beitrag eines Leitbildes zur Verbesserung der Lebensqualität. Berlin: dissertation.de
- Sachs, Wolfgang (1997): Sustainable Development. Zur politischen Anatomie eines internationalen Leitbildes. In: Brand, Karl-Werner (Hg.): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie. Opladen: Leske + Budrich. S. 93-110
- Schacht, Annette (1999): Sozial-räumliche Milieus der Armut. In: Dangschat, Jens (Hg.): Modernisierte Stadt- gespaltene Gesellschaft. Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung. Opladen: Leske + Budrich. S. 289-313
- Schäfers, Bernhard, Köhler, Gabriele (1989): Leitbilder der Stadtentwicklung. Wandel und jetzige Bedeutung im Expertenurteil. Pfaffenweiler: Centaurus Verlag.
- Scheller, Andrea (1996): Frau Macht Raum. Geschlechtsspezifische Regionalisierungen der Alltagswelt als Ausdruck von Machtstrukturen. Zürich:

- Schulte, Karin (2002): Nachhaltigkeitsindikatoren als strategische Instrumente der Politik? In: Hanzl, Tanja (Red.): Stadtregionen – Steuerungsmöglichkeiten für die räumliche Entwicklung. Dokumentation des STEP-Workshops. Wien: Magistratsabteilung 18. S. 25-29
- Selle, Klaus (1994): Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 69: Was ist bloß mit der Planung los? Erkundungen auf dem Weg zum kooperativen Handeln. Ein Werkbuch. Dortmund: Institut für Raumplanung.
- Siebel, Walter (1998): Urbanität. In: Häußermann, Hartmut (Hg.): Großstadt: soziologische Stichworte. Opladen: Leske + Budrich. S. 262-270
- Siebel, Walter (2002): Ist die europäische Stadt ein zukunftsfähige Modell? In: Frey, Otto; Klotz, Arnold; Rosinak, Werner; Ludwig Boltzmann Institut für Interdisziplinäre Stadtforschung (Hg.): Stadt und Nachhaltigkeit. Ein Diskurs. Wien: Springer Verlag. S. 149-157
- Siebel, Walter (2005): Konstanz und Transformation von Planungsfunktionen. In: Klotz, Arnold; Frey, Otto; Ludwig Boltzmann Institut für Interdisziplinäre Stadtforschung (Hg.): Verständigungsversuche zum Wandel der Stadtplanung. Wien, New York; Springer. S. 109-112
- Sieverts, Thomas (2002): Zeitbudget und Raumstruktur. In: Frey, Otto; Klotz, Arnold; Rosinak, Werner; Ludwig Boltzmann Institut für Interdisziplinäre Stadtforschung (Hg.): Stadt und Nachhaltigkeit. Ein Diskurs. Wien: Springer Verlag. S. 159-164
- Sigel, Paul (2006): Konstruktionen urbaner Identität. In: Sigel, Paul; Klein, Bruno (Hg.): Konstruktionen urbaner Identität. Zitat und Rekonstruktion in Architektur und Städtebau der Gegenwart. Berlin: Lukas Verlag. S. 13-31
- Simmel, Georg (1993): Die Gross-Städte und das Geistesleben. In: Simmel, Georg: Das Individuum und die Freiheit. Frankfurt am Main: Fischer. S. 192-204
- SJSW (2007): Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien. Wien: Magistrat der Stadt Wien MA5 – Finanzwirtschaft, Haushaltswesen und Statistik. Erreichbar unter: <http://www.wien.gv.at/statistik/pdf/jahrbuch07.pdf> Letzter Zugriff: 10.09.2008
- Sloterdijk, Peter (2002): Stadt-Energetik. In: Frey, Otto; Klotz, Arnold; Rosinak, Werner; Ludwig Boltzmann Institut für Interdisziplinäre Stadtforschung (Hg.): Stadt und Nachhaltigkeit. Ein Diskurs. Wien: Springer Verlag. S. 15-24
- Smook, Roger A. F. (2002): Stadt und Nachhaltigkeit. In: Frey, Otto; Klotz, Arnold; Rosinak, Werner; Ludwig Boltzmann Institut für Interdisziplinäre Stadtforschung (Hg.): Stadt und Nachhaltigkeit. Ein Diskurs. Wien: Springer Verlag. S. 63-91
- Spiegel, Erika (1998): Dichte. In: Häußermann, Hartmut (Hg.): Großstadt: soziologische Stichworte. Opladen: Leske + Budrich. S. 39-47
- Spiegel, Erika (2005): „Große Pläne“ – in den 70er Jahren und heute. In: Klotz, Arnold; Frey, Otto; Ludwig Boltzmann Institut für Interdisziplinäre Stadtforschung (Hg.): Verständigungsversuche zum Wandel der Stadtplanung. Wien, New York; Springer. S. 113-116
- Statistik Austria (2008): Jahresdurchschnittsbevölkerung seit 1870. Erreichbar unter: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstand_und_veraenderung/bevoelkerung_im_jahresdurchschnitt/022311.html Letzter Zugriff: 07.09.2008
- Statistik Austria (2007): Bevölkerungspyramide für Österreich 2006 und 2030. Erreichbar unter: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/demographische_prognosen/bevoelkerungsprognosen/027331.html Letzter Zugriff: 07.09.2008

- Strauch, Volkmar (2002): Stadt und Nachhaltigkeit. In: Frey, Otto; Klotz, Arnold; Rosinak, Werner; Ludwig Boltzmann Institut für Interdisziplinäre Stadtforschung (Hg.): Stadt und Nachhaltigkeit. Ein Diskurs. Wien: Springer Verlag. S. 173-187
- Strubelt, Wendelin (1998): Stadtentwicklung. In: Häußermann, Hartmut (Hg.): Großstadt: soziologische Stichworte. Opladen: Leske + Budrich. S. 220-234
- Surböck, Astrid (2005): Image und Öffentlichkeitsarbeit der lokalen Agenda 21. Wien: Diplomarbeit Universität Wien
- Töpfer, Klaus (2001): Die Stadt des 21. Jahrhunderts. In: Stimmann, Hans (Hg.): Von der Architektur- zur Stadtdebatte. Berlin: Verlagshaus Braun. S. 45-55
- UN: Indicators of Sustainable Development (2007): Indicators of Sustainable Development. Guidelines and Methodologies. Third Edition. Erreichbar unter: <http://www.un.org/esa/sustdev/natlinfo/indicators/guidelines.pdf> Letzter Zugriff: 07.09.2008
- Venturi, Marco (2005): Eine neue Generation von PlanerInnen und Plänen. In: Klotz, Arnold; Frey, Otto; Ludwig Boltzmann Institut für Interdisziplinäre Stadtforschung (Hg.): Verständigungsversuche zum Wandel der Stadtplanung. Wien, New York: Springer. S.45-47
- Von Weizsäcker, E. U.; Lovins, A. B.; Lovins, L. H. (1995): Faktor vier. Doppelter Wohlstand- halbiertes Naturverbrauch. München: Droemer Knauer.
- Wachten, Kunibert (2002): Bewährte Bausteine nachhaltiger Stadtentwicklung. In: Frey, Otto; Klotz, Arnold; Rosinak, Werner; Ludwig Boltzmann Institut für Interdisziplinäre Stadtforschung (Hg.): Stadt und Nachhaltigkeit. Ein Diskurs. Wien: Springer Verlag. S. 165-172
- Wehling, Peter (1997): Sustainable development – eine Provokation für die Soziologie? In: Brand, Karl-Werner (Hg.): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie. Opladen: Leske + Burich. S.36-50
- Wendorf, Gabriele; Felbinger, Doris; Graf, Bettina et al. (2004): Von den Qualitäten des Wohnumfeldes zur Lebensqualität? Das Konzept des Atmosphärischen als Ausgangspunkt einer integrierten Theorie. Berlin: Zentrum Technik und Gesellschaft. Erreichbar unter: <http://www.ztg.tu-berlin.de/pdf/Atmosphaerisches.pdf> Letzter Zugriff: 07.09.2008
- WHO 2008: What is the WHO definition of health? World Health Organization. Erreichbar unter: <http://www.who.int/suggestions/faq/en/index.html> Letzter Zugriff 13.10.2008
- WSSW 1: Stadtforschung und Raumanalysen. Webservice der Stadt Wien. Erreichbar unter: <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/forschung/index.htm> Letzter Zugriff: 25.09.2008
- WSSW 2: MA 18 - Stadtentwicklung und Stadtplanung. Webservice der Stadt Wien. Erreichbar unter: <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/ma18/index.htm> Letzter Zugriff: 25.09.2008
- WSSW 3: MA 18 - Stadtentwicklung und Stadtplanung – Leitbild. Webservice der Stadt Wien. Erreichbar unter: <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/ma18/leitbild.htm> Letzter Zugriff 25.09.2008
- WSSW 4: Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Verkehr. Webservice der Stadt Wien. Erreichbar unter: <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/gsv/index.htm> Letzter Zugriff: 25.09.2008
- WSSW 5: Stadtplanungsabteilungen. Webservice der Stadt Wien. Erreichbar unter: <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/05/01.htm> Letzter Zugriff: 25.09.2008

- WSSW 6: Stadtentwicklungsplan 2005 – Kontakte. Webservice der Stadt Wien. Erreichbar unter: <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/step/team.htm> Letzter Zugriff 25.09.2008
- WSSW 7: Gemeinderat, 56. Sitzung vom 24.05.2005, Wörtliches Protokoll - Seite 64 von 104. Webservice der Stadt Wien. Erreichbar unter: <http://www.wien.gv.at/mdb/gr/2005/gr-056-w-2005-05-24-064.htm> Letzter Zugriff 25.09.2008
- Ziener, Karen; Carstensen, Ines; Goltz, Elke (Hg.) (2005): „Bewegende Räume“ – Streiflichter multidisziplinärer Raumverständnisse. Festschrift anlässlich der Verabschiedung von Frau Prof. Dr. Gabriele Saupe am 26.11.2004. Potsdam: Universitätsverlag.

8. Anhang

Abstract

Die vorliegende Arbeit untersucht anhand des Wiener Stadtentwicklungsplans 2005 (STEP 05) die Frage, wie eine inhaltliche Verankerung von Elementen sozialer Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklungsplanung aussehen kann. Von der grundsätzlichen inhaltlichen Bestimmung des sozialen Nachhaltigkeitsbegriffs ausgehend werden zunächst die Umsetzungsmöglichkeiten untersucht, die sich durch die Verwendung der Methoden der Stadtentwicklungsplanung eröffnen. Es wird festgestellt, dass die Stadtentwicklungsplanung in den letzten Jahren vermehrt den Belastungen eines ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturwandels ausgesetzt ist, was vor allem durch die Anpassung an Prinzipien des marktwirtschaftlichen Standortwettbewerbs bekämpft werden soll, und dass Elemente sozialer Nachhaltigkeit im Rahmen dieser Strategie zur Aufwertung der Standortqualitäten verwendet werden können. Hierfür wird als besonders relevanter Aspekt die Hebung der Qualität des Lebensumfeldes identifiziert. Von dieser Bestimmung der Situation und der vorhandenen Optionen ausgehend wird der vom STEP 05 verwendete Begriff sozialer Nachhaltigkeit und die Verankerung desselben in den Handlungsfeldern der zukünftigen Stadtentwicklung Wiens analysiert. Es zeigt sich, dass raumwirtschaftliche und wirtschaftspolitische Überlegungen den Entwicklungsbegriff des STEP 05 dominieren, während die Umsetzung sozial nachhaltiger Elemente wie der materiellen Umverteilung und des sozialen Ausgleichs im Rahmen des Standortwettbewerbs erfolgt und damit vom erfolgreichen Herstellen von Wirtschaftswachstum abhängig gemacht wird.

Lebenslauf

Name	Werner Fulterer
Geburtsdatum	03. 04. 1981 in Bozen (Südtirol)
Staatsbürgerschaft	Italien
1987-1992	Besuch der Grundschule in Kastelruth
1992-1995	Besuch der Mittelschule in Kastelruth
1995-2000	Besuch der Oberschule für Geometer ‚Peter Anich‘ in Bozen
2000-2001	Studium der Soziologie, geisteswissenschaftl. Stzw., und der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien
2001-2008	Studium der Soziologie, geisteswissenschaftl. Stzw., und der Politikwissenschaft an der Universität Wien
2005	Auslandsaufenthalt im Rahmen des ‚Erasmus‘- Programms an der ‚University of Lapland‘ in Rovaniemi (Finnland)